

## Die Einheit von Wissenschaft und Ideologie im Marxismus

Die hervorragende Bedeutung des Marxismus-Leninismus beste darin, daß in ihm die im strengen Sinne *wissenschaftliche* Interpretation der gesellschaftlichen Erscheinungen und Prozesse zugleich zur *Ideologie einer Massenbewegung* wird. Diese Eigenart bedeutet zugleich, daß im Marxismus-Leninismus *die Funktion des wissenschaftlichen Verständnisses der Welt* und deren *revolutionäre Umgestaltung durch die Arbeiterklasse* eine *untrennbare Einheit* bilden.

Das Betonen der Einheit und wechselseitigen Bedingtheit dieser beiden Aufgaben ist heute darum besonders angebracht, Weil die gegen den Marxismus-Leninismus auftretenden verschiedensten ideologischen Strömungen den Versuch unternehmen, eben diese im Marxismus verwirklichte – beziehungsweise als ständige Aufgabe zu verwirklichende Einheit von Wissenschaft und Ideologie als fragwürdig hinzustellen, sie als einen ungerechtfertigten Anspruch zu deklarieren. So wird z. B. die in den heutigen bürgerlichen Sozialwissenschaften zur Herrschaft gelangte empirisch-positivistische Anschauungsweise dadurch gekennzeichnet, daß sie nur den sozialwissenschaftlichen Disziplinen die Bezeichnung „Wissenschaft“ zubilligt, die sich auf die Beschreibung der Erscheinungen der sozialen Wirklichkeit in empirischer Weise beschränken. Alles, was darüber hinausgeht, trägt im Sinne der positivistischen Dogmen den Makel der „Ideologieanfälligkeit“ oder ist selbst schon „Ideologie“. Letztere sei generell falsche Widerspiegelung und demzufolge keine erfolgsversprechende Richtschnur für eine bewußte und planmäßige Veränderung der Welt.

Eine Ideologie, die sich die grundlegende Umgestaltung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel setzt – und damit kann nur der Marxismus-Leninismus gemeint sein –, [10] wird der wissenschaftlichen Erkenntnis in metaphysischer Verabsolutierung entgegengesetzt.

Die in den heutigen bürgerlichen Sozialwissenschaften herrschenden Strömungen halten es darum für ihre grundlegende Aufgabe, die Wissenschaft und die Ideologie im Prinzip einander gegenüberzustellen und diese als einander ausschließende Gegensätze zu betrachten. Diese Strömungen schreiben die Losung der „*Entideologisierung der Wissenschaft*“ und der „*Entwissenschaftlichung der Ideologie*“ auf ihr Banner.

Eine derartige prinzipielle Gegenüberstellung von Wissenschaft und Ideologie wurde besonders plastisch von dem Amerikaner D. Bell formuliert. Nach seiner Auffassung betrachtet es der Gelehrte als seine Aufgabe, die Welt zu *verstehen*, der Ideologe aber, sie *umzugestalten*. Diese unversöhnliche Gegenüberstellung der Funktion des Verstehens und der Umwandlung der objektiven Realität ist dazu berufen, das – wie man behauptet – voneinander gänzlich abweichende Wesen von Wissenschaft und Ideologie zu bestätigen. Die Wissenschaft könne – ihrem Charakter entsprechend – nicht mit dem Programm einer grundlegenden Umwandlung der Wirklichkeit auftreten; die Ideologie dagegen könne sich bei der Begründung der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft nicht auf wissenschaftliche Argumente berufen. Diese bürgerliche Anschauungsweise schließt die Sozialwissenschaften in den Käfig des Empirismus ein und unterwirft sie damit den ideologischen Funktionen einer Verherrlichung des *Status quo* der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse. Die Ideologie wird dabei im vorhinein als eine Art von subjektivistischem Voluntarismus betrachtet.

Diese in einem weiten Kreis bürgerlicher Ideologen und Sozialwissenschaftler vorherrschende Anschauung formuliert R. Ries in seiner Studie folgendermaßen: „Der Ideologe verschreibt sich einer Idee, die über die Wirklichkeit der Zukunft hinausgeht. Sein Ziel besteht darin, das bestehende Leben umzugestalten ... Der Gelehrte verpflichtet sich zur Beobachtung der gegebenen Wirklichkeit ... Die Sozialwissenschaft, insofern sie auf einem streng wissenschaftlichen Verhalten beharrt, kann nur eine Niederlage der ideologischen oder religiösen Bestrebung verzeichnen ... Sie kann registrieren, daß [11] ideologische oder religiöse Standpunkte verschiedener Art existieren, die Realitäten des laufenden

sozialen Lebens aber diesen Standpunkten widersprechen ... Auch die Wissenschaft ist nicht imstande, bei Anwendung ihrer eigenen speziellen Methoden über die existierende Gesellschaft hinauszugehen, und sie kann auch deren Sinn nicht erschließen. Obzwar die Sozialwissenschaft auf die Umgestaltung der menschlichen Geschichte folgern könnte, kann sie diese Umgestaltung weder fördern noch deren Richtung bestimmen.“<sup>1</sup> Im Zeichen dieser Anschauungsweise definierte L. S. Feuer die Ideologie als „einen bewußten oder unbewußten Versuch, der sich darauf richtet, daß jemand seinen eigenen politischen Willen der Natur des Universums aufzwingt“.<sup>2</sup>

Eine derartige Interpretation und Definition der Rolle der Wissenschaft und der Ideologie richtet sich offensichtlich *vorwiegend* gegen den Marxismus-Leninismus. Der Marxismus-Leninismus tritt ja als Ideologie einer revolutionären Massenbewegung auf, deren Bewegung zugleich auch auf der wissenschaftlichen Interpretation des Prozesses der gesellschaftlichen Entwicklung basieren muß. Dies sehen die Vertreter einer „Entideologisierung der Wissenschaft“ und einer „Entwissenschaftlichung der Ideologie“ jedoch als einen unlösbaren inneren Widerspruch an. Aus diesem angeblichen Widerspruch ziehen die bürgerlichen Ideologen im allgemeinen zwei Schlüsse: entweder die Folgerung, daß der Marxismus ganz und gar Ideologie sei und deswegen auf keinen Fall Anspruch darauf erheben könne, eine wissenschaftliche Erläuterung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu geben, oder, daß er *teils* eine Ideologie, *teils* eine Wissenschaft sei.

Der erste Standpunkt wurde durch C. Wright Mills – Hauptwidersacher der Konzeption vom „Ende der Ideologie“ und einer der ideellen Wegbereiter der „neuen Linken“ – treffend charakterisiert. Er schreibt: „Marx, wenn man ihm überhaupt Beachtung schenkte, wurde als einer jener ‚Sozialphilosophen‘ betrachtet, die in öden Handbüchern als ‚Vorläufer‘ der wirklichen Sozialwissenschaft dargestellt wurden. Oder noch gröber ausgedrückt, solchen Gelehrten nach ist die Bedeutung des Marxismus eine gänzlich ideologische und politische, wogegen ihre eigene Arbeit politisch neutral und moralisch rein – mit einem Wort: objektiv ist. Die Sozial-[12]wissenschaft ist in Wirklichkeit, d. h. ausschließlich, Wissenschaft; der Marxismus ist in Wirklichkeit, d. h. ausschließlich, Ideologie.“<sup>3</sup>

Die zweite Auffassung disqualifiziert dagegen im Marxismus-Leninismus all das als Ideologie, was sie als Formulierung der Klasseninteressen des Proletariats betrachtet. Zugleich ist sie bereit, einige der allgemeinen methodologischen Verfahren der marxistisch-leninistischen Untersuchung der Wirklichkeit als wissenschaftlich – im Sinne des empirischen Relativismus: als anwendbare „Arbeitshypothese“ anzuerkennen. Hier zeigt sich, daß weder ein absolutes Verwerfen noch ein generelles Akzeptieren der Aussagen des Marxismus-Leninismus als gangbar angesehen werden, sondern daß danach getrachtet wird, innerhalb des Marxismus-Leninismus die „wissenschaftlichen und die „ideologischen Elemente“ voneinander zu trennen bzw. sie einander als unverträglich gegenüberzustellen. Die verschiedenen Richtungen der bürgerlichen Ideologie müssen angesichts der Erfolge und der weltweit wachsenden Anziehungskraft des Marxismus-Leninismus eine Erklärung dafür finden, daß er „zur materiellen Gewalt wird, sobald er die Massen ergreift“ (Marx). Bürgerliche Ideologen sehen sich gezwungen, immer wieder „neue Deutungen“ zu erfinden, mit denen sich die Tatsache verschleiern läßt, daß der Marxismus-Leninismus die entscheidende geistige Strömung unserer Epoche ist, die als Theorie die revolutionäre Praxis der Arbeiterklasse leitet, die eine wirksame Triebkraft bei der Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts der Menschheit darstellt.

Dafür bietet sich als ein simples, offensichtlich gegen den Marxismus-Leninismus gerichtetes Verfahren die „Erklärung“ an, daß die Wirkung des Marxismus derjenigen der Religion analog sei. Keynes schreibt z. B. in einem seiner – zuerst 1925 erschienenen – Werke im charakteristischen Ton eines überheblichen Bourgeois dazu folgendes: „Wir hassen den Kommunismus als Religion so sehr, daß wir seine wirtschaftliche Ineffektivität übertreiben, und uns beeinflußt dieses Fehlen der wirtschaftlichen Effektivität so sehr, daß wir ihn als Religion unterschätzen.“<sup>4</sup> Genau dreißig Jahre später versuchte R. Aron (der damals bereits nicht mehr auf so selbstverständliche Weise über das Fehlen der

<sup>1</sup> R. Ries, Social Science and Ideology, in: The End of Ideology Debate, New, York 1968, S. 283.

<sup>2</sup> L. S. Feuer, Beyond Ideology, ebenda, S. 64.

<sup>3</sup> C. Wright Mills, The Marxists, New York 1963, S. 102.

<sup>4</sup> J. M. Keynes, Essays in Persuasion, London 1931, S. 306.

wirtschaftlichen Effektivität des Kommu-[13]nismus sprechen konnte), die wissenschaftliche Existenz des Marxismus-Leninismus trotz dessen unbestreitbarer Verbreitung als unberechtigt hinzustellen: „Die Expansion der kommunistischen Macht beweist die Wahrheit der Theorie ebenso nicht, wie auch die Eroberungen Mohammeds nicht die Wahrheit des Islams bewiesen.“<sup>5</sup>

Bei der „marxistischen Eschatologie“ würde das Proletariat die Rolle des „kollektiven Erlösers“ erhalten: „Im Marxismus des jungen Marx ergibt sich die revolutionäre Berufung des Proletariats aus den Anforderungen der Dialektik. Das Proletariat ist jener Diener, der seinen Herrn bezwingt, nicht nur in seinem eigenen Interesse, sondern im Interesse aller Menschen. Es (das Proletariat – d. Verf.) ist Zeuge der Unmenschlichkeit und es verwirklicht die Menschlichkeit. Marx verbrachte den Rest seiner Tage damit, vermittels seiner wissenschaftlichen und sozialen Analysen die Sanktion der Wahrheit dieser Dialektik zu suchen.“<sup>6</sup>

Eine derart leichtfertige Verstümmelung des Marxismus-Leninismus – hier speziell Marxscher Auffassungen – wurde aber auch für einen bedeutenden Teil der bürgerlichen Ideologen immer unannehmer. So z. B. für J. A. Schumpeter, der zwar bemerkte: „Der Marxismus ist in einem wichtigen Sinn Religion“, aber sofort hinzufügte, daß man damit allein den Einfluß des Marxismus nicht erklären könne, weil „die Menschheit schnell den Namen derer vergißt, die das Libretto für ihre politischen Opern schreiben“.<sup>7</sup> Schumpeter – der sich nach Haberlers Auffassung in seinem ganzen Leben von der Größe des Marxschen Systems überwältigt sah – erklärte deshalb die Dauerhaftigkeit und das Wachsen des Einflusses von Marx damit, daß sich in Marx der Genius der Wissenschaft und der Prophet der Religion vereinigte.

Auf eine ähnliche Art wie Schumpeter stellte auch J. Robinson den Marxismus als eine Mischung von Wissenschaft und Religion dar. Sie versuchte, das Vordringen des angeblich religiösen Charakters des Marxismus in einer ihrer – von diesem Gesichtspunkt aus besonders charakteristischen – Studien damit zu begründen, daß der Marxismus einer mächtigen, die ganze Gesellschaft in ihren Grundlagen umformenden Massenbewegung als geistiger Wegweiser dienen wolle. „Die Berufung auf die Ideologie ist ein Weg zum Glauben“ – schrieb sie. [14] „Mit dem Glauben bleibt aber die Entwicklung der Wissenschaft stecken. Daß dies so geschah, war aber unabwendbar. Eine revolutionäre Bewegung braucht einen Glauben ... Die wissenschaftlichen Aspekte des Marxismus mußten der Notwendigkeit eines Glaubensbekenntnisses Raum geben.“<sup>8</sup>

Heute betrachtet bereits eine ganze Reihe bürgerlicher Ideologen es als ein unvergängliches Verdienst von Marx, daß er die Entstehungsquellen der verschiedenen gesellschaftlichen Ideen auf eine bestimmte Klassenlage zurückführte und den Inhalt der Ideen als Ausdruck von Klasseninteressen erkannte. Mit dieser Anerkennung wollen sie jedoch auch gleichzeitig die Trennung von Wissenschaft und Ideologie innerhalb des Marxismus-Leninismus durch Marx selbst beweisen. Der bekannteste und bis heute einflußreichste Vertreter dieses Versuches, Karl Mannheim, argumentiert folgendermaßen: „Es ist nicht mehr Privileg sozialistischer Denker, das ‚Bürgerliche‘ auf seine Ideologiefähigkeit hin zu sichten ... Das Ideologieproblem ist ein viel zu allgemeines und viel zu prinzipielles Problem, als daß es auf die Dauer das Privileg einer Partei bleiben könnte, und niemand konnte es dem Gegner verbieten, auch den Marxismus auf seine Ideologiefähigkeit hin zu analysieren.“<sup>9</sup> Nach Mannheim wählte Schumpeter das entscheidende Argument gegen die Marxsche Ideologieauffassung eben in jener Behauptung zu finden, daß sich Marx gänzlich im klaren über den ideologischen Charakter jener Gedankensysteme war, mit denen er nicht sympathisierte, dagegen „den in seinem eigenen System vorhandenen ideologischen Elementen gegenüber gänzlich blind war“.<sup>10</sup> Joan Robinson aber verband die Hervorhebung des unbestreitbaren Verdienstes der Ideologiekonzeption von Marx damit, daß sie die wissenschaftliche Bedeutung der Marxschen Auffassungen in Frage stellt:

<sup>5</sup> R. Aron, *L'opium des intellectuels*, Paris 1955, S. 326.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 83.

<sup>7</sup> J. A. Schumpeter, *Ten Great Economists: From Marx to Keynes*, New York 1965, S. 5-6.

<sup>8</sup> J. Robinson, *Marxism: Religion and Science*, in: *Collected Economic Papers*, Oxford 1965, Bd. III, S. 150.

<sup>9</sup> K. Mannheim, *Ideologie und Utopie*. Frankfurt (Main) 1965, 8.68/69.

<sup>10</sup> J. A. Schumpeter. *History of Economic Analysis*, New York 1954, S. 36.

„Einer der wichtigsten Beiträge von Marx zur Entwicklung des Denkens war der Begriff der Ideologie – die Erkenntnis dessen, daß auch die Ideen und der Glaube, besonders in der Sphäre der Sozialwissenschaften, ein Ausdruck von wirtschaftlichen Interessen sind ... Aber auch der Marxismus selbst ist Ideologie. Und wenn sich dies so verhält, ist er dann nicht ebenso ein Ausdruck von Interessen und ebensowenig ein Teil der Wissenschaft?“<sup>11</sup>

[15] Auf Grund all dieser „Vorbehalte“ und „Einwände“ versuchte K. Mannheim, die angebliche „Einseitigkeit“ der Marxschen Ideologie-Auffassung durch die Ausarbeitung der „totalen Konzeption der Ideologie“ oder, mit anderen Worten, durch die Umgestaltung der Ideologietheorie zu einer sogenannten Wissenssoziologie zu überwinden. Einige bezeichneten eben deshalb Mannheim direkt als den „wirklichen“, den „vervollständigten“ Marx. Mannheim schreibt: „Man gelangt zu einer *allgemeinen* Fassung des *totalen* Ideologiebegriffes, wenn man den Mut hat, nicht nur die gegnerischen, sondern prinzipiell alle, also *auch den eigenen Standort*, als ideologisch zu sehen ... Mit dem Auftauchen der allgemeinen Fassung des totalen Ideologiebegriffes entsteht *aus der bloßen Ideologielehre die Wissenssoziologie*. Es wird hierbei aus der geistigen Kampfapparatur einer Partei die in ihr mitentdeckte, aber nur noch partikular gefaßte allgemeine Richtigkeit von der ‚*Seinsgebundenheit*‘ eines jeden lebendigen Denkens herausgehoben und zum Thema einer geistesgeschichtlichen Forschung gemacht.“<sup>12</sup>

Da der Marxismus seine eigene Anschauung mit der Lage und den Interessen einer bestimmten Klasse verband, „sahen wir, wie der sozialistische Ideologieaspekt z. B. von sich aus niemals zur Wissenssoziologie geworden wäre“.<sup>13</sup> Mannheim betonte ausdrücklich – und unter anderem ist es dies, was die eine „nahe Verwandtschaft“ zwischen Mannheims und der Marxschen Ansicht hervorhebenden Soziologen und Ökonomen gern außer acht lassen –, daß die Marxsche Ideologietheorie nur *eine* der Quellen der Wissenssoziologie ist; zur Entstehung der Ideologien muß man, seiner Ansicht nach, den Beitrag von Nietzsche, Freud, Pareto, Sorel und anderen über die Rolle der irrationalen Kräfte ebenfalls in Betracht ziehen. Deswegen ist irgendeine „Synthese“ dieser Auffassungen notwendig, und sie wurde dadurch möglich, daß in der letzten Zeit „an Stelle einer geschlossenen und durchorganisierten Intellektuellenschicht eine freie Intelligenz entstanden ist.“<sup>14</sup> „Jene nicht eindeutig festgelegte, relativ klassenlose Schicht ist (in Alfred Webers Terminologie gesprochen) die *sozial freischwebende Intelligenz*.“<sup>15</sup> Nur diese kann Vertreter der sogenannten Wissenssoziologie sein.

Diese „Synthese“ konnte natürlich nur auf Grund einer prinzipiellen Ablehnung des gesellschaftlichen Determinismus, des [16] konsequenten Relativismus – den Mannheim verschämt „Relationismus“ nannte und formal vom Relativismus zu unterscheiden versuchte – zustande kommen. Dieser Standpunkt identifiziert im Leben der Gesellschaft die Anerkennung jedweder Notwendigkeit mit dem religiösen Glauben. „Etwas vorauszusagen, wäre Prophetie. Jede Prophetie verwandelt aber Geschichte zwangsläufig in reine Determination und beraubt uns dadurch der Möglichkeit zur Wahl und zur Entscheidung, und es erstirbt daran der abwägend suchende Instinkt im Hinblick auf die stets sich neugestaltende Möglichkeit.“<sup>16</sup> Es ist vielleicht nicht uninteressant zu bemerken, daß die eine „Renaissance des Marxismus“ verkündenden verschiedenen – nur durch Nuancen voneinander abweichenden – Ideologen wie die Erschaffer des Menschenbildes der positivistischen „Ideologiekritiker“, zum Beispiel Leszek Kolakowski, des „existentialistischen Marxismus“, zum Beispiel Erich Fromm und Adam Schaff, die unaufhaltbar in Richtung des Existentialismus konvergierenden „marxistischen Gesellschaftsontologen“ sowie die „humanistischen Philosophen der Praxis“, zum Beispiel Gajo Petrović, heute fast wortwörtlich die gleiche Anschauung vertreten, die nebenbei bemerkt bereits bei Mannheim nicht als besonders originell angesehen wurde.

Der Grund dafür, daß diese Auffassung von der „Synthese“ für die Marxisten unannehmbar ist, liegt nicht darin, daß die Marxisten jedwede Möglichkeit einer produktiven Verarbeitung der bürgerlichen

<sup>11</sup> J. Robinson, *Marxism: Religion and Science*, in: *Collected Economic Papers*, Bd. III, S. 148.

<sup>12</sup> K. Mannheim, *Ideologie und Utopie*, a. a. O., S. 70/71.

<sup>13</sup> Ebenda, S. 73.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 135.

<sup>16</sup> Ebenda, S. 223.

Sozialwissenschaften im vorhinein ausschließen. Er liegt vielmehr darin, daß in dieser Synthese die Ansichten, die aus den verschiedensten Klassengrundlagen resultieren, ohne jede bestimmte prinzipielle Tendenz eklektisch vermischt werden und dadurch die Berechtigung der marxistischen Gesellschaftswissenschaften selbst, ja sogar deren Existenz in Zweifel gezogen werden. Mills zum Beispiel formulierte diese Ansicht ganz klar: „Heute besteht aber keine ‚marxistische Sozialwissenschaft‘, die über irgendeine intellektuelle Wichtigkeit verfügte. Was vorhanden ist, ist nur – eine Sozialwissenschaft. Ohne das Werk von Marx und der anderen Marxisten wäre auch diese nicht, was sie ist; durch ihre Arbeit allein aber wäre sie fast nicht so gut, wie sie tatsächlich ist. Niemand kann ein entsprechender Sozialwissenschaftler sein, der die Ideen des Marxismus nicht bewältigen kann, aber niemand [17] kann zu einem solchen werden, der glaubt, daß der Marxismus das letzte Wort ausspricht. Kann hier überhaupt ein Zweifel bestehen – nach Max Weber, Thorstein Veblen, Karl Mannheim –, um nur diese drei zu erwähnen? Wir verfügen heute über bessere Methoden als Marx, um die Menschen, die Gesellschaft und die Geschichte zu studieren und zu verstehen, aber das Werk der erwähnten drei Gelehrten wäre unvorstellbar ohne das seine.“<sup>17</sup> Bei Mills verträgt sich die Anerkennung, ja sogar Betonung des ideologischen Charakters der Sozialwissenschaft sehr gut mit dieser eklektischen Auffassung, weil dieser bei ihm nicht dem objektiven und immanenten Inhalt der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungen entspricht, sondern der subjektiven, politisch-moralischen Verpflichtung des Gelehrten. Diese Ansicht sieht also von der durch die objektive Klassenlage bedingten Bestimmtheit der inneren Beziehungen zwischen Ideologie und Wissenschaft ab und kann sich deshalb aus der Falle des subjektiven Relativismus nicht befreien.

### **Das Verhältnis von Wissenschaft und Ideologie im Lichte des Marxismus**

Mannheim aber – und eine lange Reihe seiner Nachfolger – bringt eine Umdeutung der Auffassung des Marxismus vom Standpunkt des Relativismus, wenn er in dem Umstand, daß die Sozialtheorien auf ihre Klassenursprünge zurückgeführt werden, also ihr ideologischer Charakter erschlossen wird, hinreichende Argumente dafür sieht, den über bloße Teilwahrheiten hinausgehenden wissenschaftlichen Charakter dieser Theorien bezweifeln zu können. In der Auffassung des Marxismus-Leninismus ist der Nachweis des ideologischen Wesens der Gesellschaftsideen auf keinen Fall ein Kriterium dafür, den wissenschaftlichen Charakter dieser Ideen entscheiden zu können. Die Ideologie ist ja eine Bewußtmachung der Komponenten der gesellschaftlichen Lage und des Inhalts der gesellschaftlichen Konflikte vom Gesichtspunkt einer bestimmten Klasse aus, und dies schließt einen wissenschaftlich adäquaten Ausdruck der objektiven Zusammenhänge der gesellschaftlichen Wirklichkeit weder aus noch bedingt es ihn. Diese keineswegs eine starre Definition anstrebende Feststellung schließt natürlich nicht aus, daß zum Beispiel die durch die Entwicklung der Naturwissenschaften aufgeworfenen philosophischen Probleme keinen ideologischen Charakter besitzen könnten – oder keinen solchen hätten. Der Marxismus stellte die gesellschaftliche Determiniertheit seiner Ansichten – also deren ideologischen Charakter – nie in Abrede, entdeckte sogar eben darin die objektiven Vorbedingungen zu einer in umfassendem Sinne verstandenen Wissenschaftlichkeit.

Das Zurückführen der gesellschaftlichen Ideen auf die Klassenlage ist *eine notwendige, aber keine genügende* Bedingung zur wissenschaftlichen Beurteilung irgendeiner Auffassung. Den Marxismus trennt nicht zuletzt diese Unterscheidung von jenem vulgären Soziologismus, zu welchem Mannheim und seine Nachfolger den historischen Materialismus umzuformen bestrebt waren. Die Art, wie Marx die Theorie des von ihm sehr verehrten Ricardo bewertete, läßt dies besonders deutlich werden. Der Ausgangspunkt in der Kritik von Marx an Ricardo war zweifellos die Erschließung der konkreten Klassenlage und des Klasseninteresses der *industriellen* Bourgeoisie zusammen mit der Feststellung, inwieweit diese Position mit der objektiven wissenschaftlichen Untersuchung der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Einklang steht. Daher sagte Marx: Ricardo betrachtet mit Recht, für seine Zeit, die kapitalistische Produktionsweise als die vorteilhafteste für die Produktion überhaupt, als die vorteilhafteste zur Erzeugung des Reichtums.“<sup>18</sup>

<sup>17</sup> C. Wright Mills, *The Marxists*, a. a. O., S. 11.

<sup>18</sup> K. Marx/F. Engels, *Werke*, Bd. 26.2. Teil, Berlin 1967, S. 110 f.

Dieser Ausgangspunkt war jedoch wesentlich der gleiche wie der sämtlicher bürgerlicher Ökonomen in der gegebenen Periode. Wenn die Theorien der politischen Ökonomie lediglich mechanisch die Interessen einer bestimmten Klasse in einer bestimmten Epoche widerspiegeln würden, könnten zwischen diesen Theorien höchstens formale Unterschiede bestehen. Ricardo ragte eben deswegen hoch über die Ökonomen seines Zeitalters hinaus – die Mitglieder der sogenannten Ricardo-Schule mit inbegriffen –, weil er erstens von der gegebenen Ausgangsposition aus am weitestgehenden in die Analyse der grundlegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen seiner Zeit eindrang, und weil er zweitens infolge der ihn charakterisierenden wissenschaftlichen Ehrlichkeit nicht vor einer offenen Erörterung der aus diesen [19] gesellschaftlichen Zusammenhängen und Entwicklungstendenzen entspringenden Folgerungen und Widersprüchen zurückschreckte. Marx betrachtete gerade das als ein großes wissenschaftliches Verdienst Ricardos, daß dieser sowohl die Grundbesitzer und die Bourgeoisie als auch das Proletariat ohne jede Beschönigung als das hinstellte, was sie, aus der wissenschaftlichen Interpretation ihrer geschichtlichen Rolle folgend, in Wirklichkeit waren.

„Die Rücksichtslosigkeit Ricardos war also“ – schrieb Marx – „nicht nur *wissenschaftlich ehrlich*, sondern *wissenschaftlich geboten* für seinen Standpunkt. Es ist ihm aber deshalb auch ganz gleichgültig, ob die Fortentwicklung der Produktivkräfte Grundeigentum totschießt oder Arbeiter. Wenn dieser Fortschritt das Kapital der industriellen Bourgeoisie entwertet, so ist es ihm ebenso willkommen. Wenn die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit das *vorhandne* capital fixe um die Hälfte entwertet, was liegt daran, sagt Ricardo. Die Produktivität der menschlichen Arbeit hat sich verdoppelt. Hier ist also *wissenschaftliche Ehrlichkeit*. Wenn die Auffassung Ricardos im ganzen im Interesse der *industriellen Bourgeoisie* ist, so nur, *weil* und *soweit* deren Interesse *koinzidiert* mit dem der Produktion oder der produktiven Entwicklung der menschlichen Arbeit. Wo sie in Gegensatz dazu tritt, ist er ebenso *rücksichtslos* gegen die Bourgeoisie, als er es sonst gegen das Proletariat und die Aristokratie ist.“<sup>19</sup>

Ricardo erkannte in der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit eine Tendenz, die in der gegebenen Situation mit der Begründung der geschichtlichen Rolle des Kapitalismus im Einklang stand, mit der er aber auch ein allgemeineres, letztlich über den Kapitalismus hinausführendes Kriterium aufzeigte, ohne sich dessen bewußt gewesen zu sein. Aus Ricardos Erkenntnis folgte implicite auch, daß die Existenz des Kapitalismus nur solange berechtigt ist, solange sein Weiterbestehen den Durchbruch dieses Kriteriums von allgemeinerer Gültigkeit nicht behindert. Ricardo sagte also im wesentlichen alles aus, was man von der gegebenen gesellschaftlichen Position aus über die innere Natur der kapitalistischen Wirtschaft wissenschaftlich erfassen konnte, auch dann, wenn diese Folgerungen nicht einmal der ihm am nächsten stehenden industriellen Bourgeoisie ganz behagten.

[20] Die schweren inneren Widersprüche der Theorie Ricardos zeigten sich gerade darin, daß er zwar in der Entwicklung der Produktivkräfte die allgemeinsten Kriterien des gesellschaftlichen Fortschritts erkannte, zugleich aber in der *kapitalistischen Form der Produktion* die *absolute Form der Produktion* sah. Obwohl zu seiner Zeit die Verbindung der Entwicklungserfordernisse der Produktivkräfte mit der kapitalistischen Produktionsweise begründet war, übersah doch seine, die geschichtlich beschränkte Begründung dieser Verknüpfung außer acht lassende Betrachtungsweise, daß sich die in den Produktivkräften potentiell vorhandenen Möglichkeiten zur Erhöhung der Produktion sowie die durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse determinierten Bedingungen und Triebfedern dieser Möglichkeiten unlösbar miteinander verflochten.

Auf diese Folgen wies Marx hin, als er über Ricardo das Nachstehende äußerte: „Er verwandelt die bürgerliche Produktion in bloße Produktion für den Gebrauchswert, was eine sehr schöne Ansicht einer durch den *Tauschwert* beherrschten Produktionsweise ist. Die spezifische Form des bürgerlichen Reichtums betrachtet er als etwas nur Formelles, ihren Inhalt nicht Ergreifendes. Daher leugnet er auch die Widersprüche der bürgerlichen Produktion, die in den Krisen eklatieren. Daher seine ganz falsche Auffassung des Geldes. Daher wird auch bei dem Produktionsprozeß des Kapitals der Zirkulationsprozeß, soweit er die Metamorphose der Waren, die Notwendigkeit der Verwandlung des Kapitals in

<sup>19</sup> Ebenda, S. 111.

Geld einschließt, bei ihm gar nicht berücksichtigt. Jedenfalls hat keiner besser und bestimmter als er selbst entwickelt, daß die bürgerliche Produktion nicht Produktion des Reichtums für die *producers* (wie er wiederholt die Arbeiter nennt) ist, also die Produktion des bürgerlichen Reichtums etwas ganz anderes [darstellt] als Produktion of ‚abundance‘, of ‚necessaries and luxuries‘ for the men who produce them, und dies müßte doch der Fall sein, wo die Produktion nur ein Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse der Produzenten, durch den Gebrauchswert allein beherrschte Produktion wäre.“<sup>20</sup>

Und dieser fatale theoretische Irrtum wurde gerade von dem Ricardo begangen, der die Teilnehmer der kapitalistischen Produktion am folgerichtigsten auf jene Funktion zurückführte, die sie in diesem System tatsächlich einnahmen, der den Ar-[21]beiter ohne jede Sentimentalität ausschließlich als eine Mehrwert erzeugende Maschine darstellte, den Kapitalisten aber als eine Maschine, die diesen Mehrwert in Kapital umwandelt. Gerade der Ricardo, der die allgemeinsten Kriterien des gesellschaftlichen Fortschritts ahnte und seine Folgerungen darauf aufbaute, war dazu gezwungen, die der Natur der kapitalistischen Wirtschaft entspringenden spezifischen Bedingungen der Entwicklung der Produktivkräfte zu negieren, wogegen der gegenüber dieser Kritik einen retrograden Gesichtspunkt einnehmende apologetische Malthus – wenn auch in einer gänzlich verzerrten Art – auf die „Disharmonien“ bei der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft hinweisen konnte.

Die objektive Grundlage der theoretischen Widersprüche in Ricardos Werk resultieren aus der Tatsache, daß der Kapitalismus eine notwendige Epoche, aber nur eine Epoche des Überganges der geschichtlichen Entwicklung ist. Die Bedingungen zu einer wissenschaftlich adäquaten Erklärung dieses Sachverhaltes bestanden zur Zeit Ricardos noch nicht. Der Übergangscharakter des kapitalistischen Systems konnte noch nicht wissenschaftlich bewiesen werden; daß diese Folgerung fehlt, kann also nicht als Apologie der bestehenden Verhältnisse betrachtet werden. Die auf den Übergangscharakter des Kapitalismus hinweisenden Widersprüche waren nur in ihren Ansätzen vorhanden und ergaben deswegen höchstens eine Möglichkeit zum Ausdenken von utopischen Theorien oder zur Darlegung von Ansichten, die sich der geschichtlichen Rolle des Kapitalismus endgültig entgegenwandten (Sismondi) bzw. die Verwirklichung dieser Funktion hemmten (Malthus). Ricardo ist tadelnswert, weil er wegen der logischen Folgerichtigkeit seiner Konzeption davon absah, die bereits damals bemerkbaren Widersprüche zwischen den theoretischen Thesen und den Tatsachen auszusprechen, und diese entweder zu eliminieren oder sie zu „erklären“ versuchte. Damit hängt es auch zusammen, daß er bei der *geschichtlichen* Interpretation der Gesetze und Kategorien der politischen Ökonomie auch das Niveau seines großen Vorgängers Adam Smith nicht erreichte. Die inneren Zusammenhänge der logischen und geschichtlichen Analyse wurden von Ricardo nicht einmal auf einer Elementarstufe erkannt.

[22] Die theoretischen Irrtümer Ricardos entsprangen also nicht einfach seiner klassenmäßigen Herkunft, sondern – abgesehen von den an diesen Irrtümern mitwirkenden subjektiven Faktoren – *auch* den geschichtlichen Schranken der wissenschaftlichen Erkenntnis.

Von einer gegebenen Klassenlage auszugehen – das widerspricht nicht unbedingt solchen Folgerungen, die *in einzigen Belangen* mit den durch die Ausgangsposition suggerierten Konklusionen in Widerspruch stehen. Ricardo übersetzte nicht einfach die Interessen einer gegebenen Klasse in die Sprache der politischen Ökonomie, sondern er analysierte vom Gesichtspunkt einer bestimmten Klassenlage aus wissenschaftlich die sozialökonomischen Verhältnisse und Entwicklungstendenzen seiner Epoche. Der Zusammenhang zwischen Klassenlage und der Konzeption der politischen Ökonomie ist keineswegs mechanisch. Es ist wahr, Ricardo sah nicht über die Perspektiven des Kapitalismus hinaus, gelangte aber in seiner Arbeit zu Ergebnissen, die später als Grundlage zur Überholung dieser Perspektive dienen konnten. Ricardo näherte sich ja in seiner Arbeit einerseits einem Kriterium für den gesellschaftlichen Fortschritt, dem der Kapitalismus im besten Falle höchstens zeitweilig genügen konnte, andererseits aber lenkte er die Aufmerksamkeit auf den Antagonismus zwischen den Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie. Die politische Ökonomie Ricardos spiegelte ihrem

---

<sup>20</sup> Marx/F. Engels, Werke, Bd. 26.3. Teil, Berlin 1968, S. 49. – „von ‚Überfluß‘, von ‚notwendigen und Luxusartikeln‘ für die Menschen, die sie produzieren“.

Wesen nach die Klasseninteressen der industriellen Bourgeoisie wider, in ihr kamen aber zugleich auch einige in der Wirklichkeit der Zeit wurzelnde Widersprüche zwischen der Klassenlage und dem Streben nach wissenschaftlicher Konsequenz zum Ausdruck. All dies weist auf die Kompliziertheit der Verbindung zwischen Ideologie und Wissenschaft in den Theorien der politischen Ökonomie hin. Der die wissenschaftliche Erkenntnis *lediglich* als Funktion der Klassenlage betrachtende vulgäre Soziologismus ist nur eine Karikatur des historischen Materialismus, aber diese Karikatur ist für den subjektivistischen Relativismus der bürgerlichen Theorien unumgänglich notwendig, weil er, sich darauf berufend, behaupten kann: jede Ideologie bilde sich notwendigerweise eine einseitige Meinung über die Wirklichkeit und erhebe daher von vornherein unrechtmäßigerweise Anspruch auf objektive Gültigkeit ihrer Untersuchun-[23]gen. Der Marxismus widersetzt sich der Ansicht, daß die wissenschaftlichen Theorien nur mechanische Widerspiegelungen bestimmter Klasseninteressen seien, aber auch dem Standpunkt, daß aus dem Einfluß der letztlich determinierenden Klassenlage auf die Unvereinbarkeit von Ideologie und Wissenschaft schlechthin geschlossen werden müsse.

Allgemein formuliert: die wissenschaftliche Erkenntnis und die Ideologie können dann *Zusammenfallen*, wenn das grundlegende Klasseninteresse eine wissenschaftlich adäquate Erschließung der *Totalität* der gesellschaftlichen Wirklichkeit – und nicht ihrer Details! – erforderlich macht. Die Ideologie kann ein „falsches Bewußtsein“ sein, aber auch eine wissenschaftliche Formulierung der Klasseninteressen und der die gesellschaftliche Wirklichkeit bestimmenden Notwendigkeiten.

Die Einheit von Ideologie und Wissenschaft hängt aber nicht nur von der Gesellschaftsstruktur ab, sondern auch vom jeweiligen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis selbst. Das bei bürgerlichen Theoretikern beliebte Verfahren, „allgemeine“ und sozusagen ewig gültige Definitionen über das Verhältnis von Ideologie und Wissenschaft festzulegen, kann nur zu leerem Formalismus führen.

Unter dem Gesichtspunkt des wissenschaftlichen Fortschritts besteht der Unterschied zwischen Naturwissenschaften und Gesellschaftswissenschaften zunächst darin, daß für die ersten – wenigstens nach der Entfaltung des Kapitalismus – im Prinzip nur die geschichtlichen Grenzen der wissenschaftlichen Erkenntnis (und die subjektiven Gegebenheiten der Vertreter der Wissenschaft) ein Hindernis bedeuten, während der Fortschritt in den Gesellschaftswissenschaften aber auch von den gesellschaftlichen Bedingungen abhängig ist. In Wirklichkeit ist auch die Entwicklung der Naturwissenschaften vom Charakter des Gesellschaftssystems nicht unabhängig; dieses kann ja zum Beispiel die Höhe der zur wissenschaftlichen Entwicklung verwendeten Finanzmittel und die Festsetzung des Empfängerkreises wesentlich beeinflussen. Das Vorhandensein des ideologischen Elements muß aber die wissenschaftlichen Entdeckungen nicht notwendigerweise erschweren, sondern kann sie auch erleichtern, beschleunigen. Die grundlegenden Klasseninteressen können ja auf die wissenschaftliche Erschließung der gesellschaftlichen Wirklichkeit einen nachhaltigen [24] Druck ausüben, wenn sie mit diesem Ziel übereinstimmen. Dieser Druck kann sich sogar dann noch auswirken, wenn es nicht im Interesse einer Klasse liegt, die *Totalität* der gesellschaftlichen Wirklichkeit wissenschaftlich zu untersuchen, doch eine mehr oder weniger wirklichkeitsgetreue Erkenntnis eines *Teilgebiets* unbedingt erforderlich ist. In dieser Lage befindet sich die Bourgeoisie in der Etappe des staatsmonopolistischen Kapitalismus: ihr Klasseninteresse erfordert gleichzeitig eine ideologisch verzerrte, apologetische Darstellung der *Totalität* der gesellschaftlichen Wirklichkeit und eine annähernd, das heißt punktuell adäquate Beschreibung einiger ihrer *Teilzusammenhänge*, weil sonst die Funktionsfähigkeit der heutigen kapitalistischen Wirtschaft nicht gesichert werden könnte. In diesem Fall stehen Ideologie und Wissenschaft einander gegenüber – wobei diese Gegensätzlichkeit auch hier noch nicht absolute Geltung besitzt.

Von diesen Gesichtspunkten auszugehen, ist also entscheidend für die Feststellung, inwieweit eine Möglichkeit zur wissenschaftlichen Darstellung der die Epoche bestimmenden gesellschaftlichen Zusammenhänge und Entwicklungstendenzen besteht. Wenn wir die Frage vom Gesichtspunkt der bürgerlichen Ökonomie untersuchen, wird es offensichtlich, daß *vor* Ricardo, nehmen wir an für die Vertreter der physiokratischen Ökonomie – über welche ausgezeichneten individuellen Fähigkeiten sie auch verfügt haben mochten –, unter den Verhältnissen des sich entfaltenden Kapitalismus nur sehr beschränkte Möglichkeiten dafür bestanden, die geschichtliche Rolle des Kapitalismus und die gesellschaftlich-wissenschaftlichen Zusammenhänge, die für diese Produktionsweise bezeichnend



sind, umfassend und tiefgründig darzustellen. *Nach* Ricardo dagegen hätte die Erfüllung dieser Aufgabe bereits eine Anerkennung des geschichtlichen Übergangscharakters des Kapitalismus bedingt, eben auf Grund der wissenschaftlichen Auffassung der durch den Kapitalismus erfüllten geschichtlichen Aufgabe. Nur in einer bestimmten Etappe bestand die *Möglichkeit* dazu, die geschichtliche Funktion des Kapitalismus bei der Kapitalakkumulation, der Entwicklung der Produktivkräfte – und damit zusammenhängend der für den Kapitalismus charakteristischen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse – im großen und ganzen zutreffend darzustellen, und [25] nur in dieser Etappe ergab sich aus der Erfüllung der Aufgabe nicht zwingend die Perspektive bei zwangsläufiger Ablösung der kapitalistischen Produktionsweise. Das volle Verständnis der geschichtlichen Rolle des Kapitalismus wurde wegen des Fehlens dieser Perspektive natürlich auch für Ricardo unmöglich. Diese geschichtlich eingeschränkte *Möglichkeit* wurde durch die politische Ökonomie Ricardos realisiert, und dem hier verwirklichten wesentlichen Zusammenfallen von Ideologie und Wissenschaft mußte eine wesentliche Trennung der beiden folgen.

Die objektive Bedingung des nicht zeitweiligen, sondern andauernden Zusammenfalls von Wissenschaft und Ideologie besteht im Falle des Marxismus eben darin, daß die grundlegenden Klasseninteressen des Proletariats die geschichtlich nicht begrenzte Erkenntnis der *Totalität* der gesellschaftlichen Wirklichkeit nicht nur ermöglichen, sondern sogar fordern. Dieser Feststellung muß man aber zwei ergänzende Bemerkungen hinzufügen. *Erstens*: Das Streben nach einer Erkenntnis der Totalität der Wirklichkeit wird – wenn man von der Klassenlage des Proletariats ausgeht – dann möglich, wenn der Kapitalismus eine Entwicklungsstufe erreicht hat, auf der sein Übergangscharakter bewiesen werden kann. Zwischen der lediglich empirischen Erkenntnis und dem Ausdruck der *direkten Klasseninteressen* des Proletariats sowie der von der Lage der Arbeiterklasse ausgehenden umfassenden wissenschaftlichen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung besteht ein qualitativer Unterschied, aus dem sich die prinzipielle Trennung zwischen der reformistischen und der revolutionären Arbeiterpolitik ergibt. *Zweitens*: Die wissenschaftliche Erkenntnis hat auch im Marxismus in jeder gegebenen Etappe ihre eigenen Schranken, aber dem Aussprechen des konsequenten wissenschaftlichen Fortschritts und der wissenschaftlichen Folgerungen stehen keine aus den objektiven Existenzbedingungen der Arbeiterklasse stammenden Hindernisse entgegen. Neben all diesem ist natürlich auch in Betracht zu ziehen, daß in diesem Falle die objektive *Möglichkeit* des wissenschaftlichen Fortschritts besteht, die Realisierung dieser Möglichkeit aber Aufgabe der subjektiven Faktoren ist.

Lenin wies auf die tieferen Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Ideologie hin, als er betonte, daß die Ende [26] der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts bereits in gereifter Form ausgearbeitete materialistische Gesellschaftsauffassung nur eine *Hypothese* war und diese Hypothese erst mit der Ausarbeitung des Werks „Das Kapital“ zu einer *wissenschaftlichen Gewißheit* wurde. Die materialistische Gesellschaftsauffassung ermöglichte es Marx und Engels, im „Kommunistischen Manifest“ die geschichtliche Rolle des Kapitalismus, seine allgemeinen Entwicklungstendenzen, seine Triebkräfte und Perspektiven sowie die grundlegenden gesellschaftlichen Konflikte in einer bis heute gültigen Form zu erschließen. Aber zur wissenschaftlichen Beweisführung war es nachher noch notwendig, daß Marx die Verwirklichung dieser allgemeingültigen Entwicklungstendenzen durch eine allgemeingültige Charakterisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und vermittels einer *politisch-ökonomischen Analyse einer gegebenen Etappe des Kapitalismus* konkret darstellte. Im Marxismus vereinten sich also untrennbar das Streben nach einer Erschließung der allgemeinen Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung und das Bemühen um die „konkrete Analyse der konkreten Lage“, so daß ihn die Klippen der falschen Alternative – abstrakte Geschichtsphilosophie oder rein empirische Beschreibung – nicht gefährden können.

Die Verknüpfung dieser beiden Forderungen gehörte jederzeit zum Wesen des Marxismus. Es ist ja bekannt, daß Marx und Engels Ende der vierziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit einem baldigen Sieg des Sozialismus rechneten. So richtig sie also die allgemeinsten Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung hervorgehoben hatten, so schloß dies doch keinesfalls aus, daß in ihrem Denken auch verschiedene Illusionen eine Rolle spielten. Dafür gab es aber nicht nur subjektive Gründe – als Revolutionäre wollten sie verständlicherweise den Sieg in greifbarer Nähe wissen (und solche

subjektiven Gründe darf man bei der Beurteilung gesellschaftlicher Veränderungen nie gänzlich außer acht lassen)–, sondern es gab auch objektive Gründe: es fehlten noch die Kenntnis der gegebenen Etappe der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Bewegungsgesetze, die Erkenntnisse, die später als Ergebnis der auf den wesentlichen inneren Zusammenhängen dieser Produktionsverhältnisse basierenden Analyse gewonnen wurden. Dieselbe Aufgabe löste zu seiner Zeit Lenin, als er den Durchbruch der allgemeinsten Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung und die wissenschaftliche Analyse des „Kapitals“ mit den Schlußfolgerungen der wissenschaftlichen Analysen der neuen Etappe des Kapitalismus, des *Imperialismus*, verknüpfte. Diese Verknüpfung verlieh den allgemeinen Tendenzen eine schärfere Beleuchtung und einen konkreten Inhalt und ermöglichte zugleich eine organische Einfügung der wissenschaftlichen Analyse des Imperialismus in die Theorie des Marxismus, der auf diese Weise eine wesentliche Ergänzung erfuhr. Die Lösung dieser zweifachen Aufgabe ist eine allgemeine Vorbedingung zur Erhaltung der Einheit von Wissenschaft und Ideologie innerhalb des Marxismus-Leninismus.

Irreführend ist daher eine Auffassung, nach der die Aufgabe der Wissenschaft die Erkenntnis, die der Ideologie aber die Stimulierung zum praktischen gesellschaftlichen Handeln ist. Diese Ansicht formulierte L. Althusser am klarsten: Wir können sagen, „daß die Ideologie als System von Vorstellungen sich von der Wissenschaft darin unterscheidet, daß die praktisch-gesellschaftliche Funktion sich in ihr gegen die theoretische Funktion (oder Erkenntnisfunktion) durchsetzt“.<sup>21</sup> Hier bedeutet Wissenschaft passive Erkenntnis, und die aktive Rolle hat die von der Wissenschaft im Prinzip unterschiedene Ideologie inne. Diese prinzipielle Unterscheidung dient dazu, die Trennung von Wissenschaft und Ideologie innerhalb des Marxismus nachzuweisen: zur Bewegung der Massen genüge es nicht, die Theorie des Marxismus in die Arbeiterbewegung einzuführen, sondern man müsse den Marxismus auch mit ideologischen – nicht wissenschaftlichen – Elementen ergänzen. Als Ergebnis ist hier Ähnliches feststellbar wie bei den in der Einleitung erwähnten bürgerlichen Theoretikern: Erkenntnis und Umwandlung der Welt werden radikal voneinander getrennt: der Einfluß der Massenbewegung bewirke, daß die wissenschaftlichen Thesen zugunsten der sogenannten ideologischen Elemente in den Hintergrund gerieten.

Es besteht kein Zweifel daran, daß der Einfluß des Marxismus bereits seit langem über den Kreis derer hinausreicht, die imstande sind, die marxistische Theorie wirklich eingehend [28] zu studieren und sie sich zu eigen zu machen. Daraus ergibt sich aber noch nicht, daß die Theorie des Marxismus zur Erziehung einer Massenwirkung mit unwissenschaftlichen ideologischen oder gar religiösen Elementen ergänzt werden müßte. Auf die Lösung wies Engels in seinem 1886 zur englischen Ausgabe des „Kapitals“ geschriebenen Vorwort sehr treffend hin: „Das Kapital“ wird auf dem Kontinent oft ‚die Bibel der Arbeiterklasse‘ genannt. Daß die in diesem Buch gewonnenen Schlußfolgerungen täglich mehr und mehr zu den grundlegenden Prinzipien der großen Bewegung der Arbeiterklasse werden, nicht nur in Deutschland und der Schweiz, sondern auch in Frankreich, in Holland und Belgien, in Amerika und selbst in Italien und Spanien; daß überall die Arbeiterklasse in diesen Schlußfolgerungen mehr und mehr den angemessensten Ausdruck ihrer Lage und ihrer Bestrebungen anerkennt, das wird niemand leugnen, der mit dieser Bewegung vertraut ist.“<sup>22</sup>

Engels beleuchtet hier scharf einen scheinbaren Widerspruch. „Das Kapital“ ist allbekannt ein mit der strengsten Wissenschaftlichkeit verfaßtes Werk. Trotzdem übten und üben seine Ideen so tiefgehende Wirkungen nicht nur auf den Verstand, sondern auch auf die Gefühle von Millionen von Menschen aus, daß das Werk zu Recht „die Bibel der Arbeiterklasse“ genannt wurde. Dieses Werk versprach aber nicht irgendeinen „Proletarierhimmel“ – wie dies zum Beispiel Bertrand Russell und Arnold Toynbee behaupteten –, sondern zog *Schlußfolgerungen*, in denen die Arbeiterklasse „überall mehr und mehr den angemessensten Ausdruck ihrer Lage und ihrer Bestrebungen erkennt“.

Die Einzigartigkeit des „Kapitals“ – und im allgemeinen des Marxismus-Leninismus – besteht eben darin, daß er nicht mit Hilfe einer Mythologie, sondern mit wissenschaftlichen Methoden Massenwirkung auszulösen vermag. In seinen schon zitierten Buch anerkannte auch Mannheim: Im Gegensatz

<sup>21</sup> L. Althusser, Für Marx, Frankfurt (Main) 1968, S. 181.

<sup>22</sup> K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 23, Berlin 1962, S. 39.

zum Faschismus wird der Marxismus dadurch charakterisiert, daß er seinem Wesen nach jeder irrationalen Methode der Massenbeeinflussung gegenübersteht. Der in vielen Belangen in seine Spuren tretende Hayek verdammt sogar gerade „den extremen Rationalismus der Descartes-Hegel-Marx-Schule“.<sup>23</sup> In den Schlußfolgerungen des „Kapi-[29]tals“ erkennt die Arbeiterklasse, erkennen die fortschrittlichen Kräfte der Gesellschaft die Verallgemeinerung ihrer eigenen Erfahrungen, ihre Position und die einzuschlagende Richtung. Die Einheit von Wissenschaft und Ideologie im Marxismus bedeutet, daß in ihr die objektiven Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung und die Formulierung der Klasseninteressen des Proletariats zusammenfallen.

Die Einheit von Wissenschaft und Ideologie zu wahren, ist für den Marxismus in jeder Etappe *Möglichkeit* und *Aufgabe*, die Einheit ist jedoch nicht von vornherein gegeben. Es kann durchaus vorkommen, daß sie sich lockert. In die Arbeiterbewegung können auch dem Marxismus fremde ideologische Elemente unwissenschaftlichen Charakters eindringen und dort Einfluß gewinnen. Es ist sogar möglich, daß an die Stelle wissenschaftlicher Thesen Glaubensregeln religiösen Charakters treten, wie dies zum Beispiel in China infolge der Verzerrung des Marxismus-Leninismus durch den Maoismus der Fall war. Solche Verzerrungen sind aber nicht die zwangsläufige Folge der ideologischen Wirkung auf die Massenbewegung, wie dies die bürgerlichen Ideologen behaupten, sondern sie sind im Gegenteil darauf zurückzuführen, daß aus der Analyse der Lage keine Schlußfolgerungen gezogen wurden, in denen die Arbeiterklasse „mehr und mehr den angemessensten Ausdruck ihrer Lage und ihrer Bestrebungen erkennt“. Diese Verzerrungen dienen augenscheinlich nicht dem Fortschritt der Arbeiterbewegung, sondern verhindern ihre Entwicklung, entspringen also überhaupt nicht den realen Bedürfnissen der Massenbewegung und können ihnen deshalb auch nicht entsprechen.

### **Die Tendenz zum Relativismus in der spätbürgerlichen ökonomischen Theorie Die relativierende Marxismus-Deutung**

Die vom Marxismus untrennbare historische Anschauungsweise enthält das *Moment* der Relativität, aber nur im Sinne einer sich im Prozeß der wissenschaftlichen Erkenntnis ausdrückenden Wahrheit, die sich der Totalität der Wirklichkeit [30] immer mehr annähert, diese jedoch nie erschöpft, während der Relativismus die Objektivität der wissenschaftlichen Erkenntnis überhaupt leugnet. Das Prinzip der Untrennbarkeit der historischen und logischen Analyse gründet sich im Marxismus-Leninismus eben auf die genannte Auffassung der Relation zwischen Wirklichkeit und Erkenntnis. Die Tendenz der Relativierung und die damit einhergehende relativierende Interpretation des Marxismus-Leninismus in der bürgerlichen Ideologie verabsolutiert dagegen das zwischen Wirklichkeit und wissenschaftlicher Erkenntnis bestehende Moment der Relativität und trennt somit die historische und die logische Analyse prinzipiell voneinander oder interpretiert diesen Zusammenhang im Geist des idealistischen Relativismus. Auf diese Tendenz wies zuerst Engels hin, als er in seiner 1895 verfaßten „Ergänzung“ zum III. Band des „Kapitals“ auf die Bemerkungen von W. Sombart Bezug nimmt, der damals noch eine verbal positive Haltung bezüglich der ökonomischen Anschauungen von Marx vertrat. Engels wendet sich dabei gegen jene Ansichten, die in der Marxschen Mehrwerttheorie und im Wertgesetz lediglich eine logische Konstruktion oder Hypothese erblickten. Engels schreibt: „Bei Sombart sowohl wie bei Schmidt ... wird nicht genug berücksichtigt, daß es sich hier nicht nur um einen rein logischen Prozeß handelt, sondern um einen historischen Prozeß und dessen erklärende Rückspiegelung in Gedanken, die logische Verfolgung seiner inneren Zusammenhänge.“<sup>24</sup> Sombart nämlich erblickte in den Kategorien der Marxschen politischen Ökonomie nicht die wissenschaftliche Rückspiegelung der objektiven ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus, sondern bloß eine logische Konstruktion, die als irgendeine – unter mehreren möglichen – sinnvolle Hinführung zum Studium der kapitalistischen Wirtschaft annehmbar ist. Er schrieb also Marx jene relativierende, die Existenz und wissenschaftliche Erschließung der objektiven Zusammenhänge und Gesetze der gesellschaftlichen Wirklichkeit im Prinzip abweisende Anschauungsweise zu, die später von ihm und Max Weber am vollständigsten vertreten wurde.

<sup>23</sup> F. A. Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, London 1967, S. 95.

<sup>24</sup> K Marx/F. Engels, *Werke*, Bd. 25, Berlin 1964, S. 905.

Die sich hier nur in ihren Ansätzen zeigende Trennung des Logischen und Historischen war in Wirklichkeit eine methodologische Untermauerung für die gesamte moderne bürger-[31]liche Gesellschaftsauffassung – und innerhalb dieser für die politische Ökonomie. Nicht die Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit wurde hier zum grundlegenden Kriterium der wissenschaftlichen Kategorien und Gesetze gemacht, sondern – unter völligem Verzicht auf diesen Anspruch – die dem abstrakt aufgefaßten rationalen Handeln entsprechende „methodische Zweckmäßigkeit“; dieses Verfahren soll „nicht das Mindeste aussagen“ darüber, „inwieweit in der Realität rationale Zweckerwägungen das *tatsächliche* Handeln bestimmen und inwieweit nicht“.<sup>25</sup> Für diese Anschauungsweise waren die wissenschaftlichen Abstraktionen nur bestimmten Zweckerwägungen genügende logische Konstruktionen – die sogenannten „Idealtypen“. In der Formulierung von Max Weber liest sich dies wie folgt: „Solche idealtypische Konstruktionen sind z. B. die von der reinen Theorie der Volkswirtschaftslehre aufgestellten Begriffe und ‚Gesetze‘. Sie stellen dar, wie ein bestimmt geartetes, menschliches Handeln ablaufen *würde*, wenn es streng zweckrational, durch Irrtum und Affekte ungestört, und wenn es ferner ganz eindeutig nur an einem Zweck (Wirtschaft) orientiert wäre.“<sup>26</sup> Er fügte hinzu: „Die ‚Gesetze‘... sind durch Beobachtung erhärtete typische *Chancen* eines bei Vorliegen gewisser Tatbestände zu *gewärtigenden* Ablaufes von sozialem Handeln, welche aus typischen Motiven und typisch gemeintem Sinn der Handelnden *verständlich* sind.“<sup>27</sup>

Dieser grundlegende Unterschied ist bereits seit Jahrzehnten die Zielscheibe derjenigen, die eine Ausöhnung der Konflikte zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Wissenschaftswissenschaft anstreben. Wenige Jahre nach der Warnung Engels', im Jahre 189, trat Lenin innerhalb der II. Internationale bereits gegen diese, die Gebietseroberung des Opportunismus prägnant ausdrückende Strömung auf. Er sah darin eine *voll entfaltete opportunistische Tendenz*, die die marxistische Interpretation des Zusammenhangs zwischen der gesellschaftlichen Realität und den wissenschaftlichen Kategorien mit der Auffassung der Sombartschen und später Weberschen Soziologie sowie der damit verwandten neokantianistischen Philosophie zu vermengen versuchte, um damit dem Marxismus eine pluralisierende, „uferlose“ Tendenz zu verleihen, die imstande wäre, „diese neuen Errungenschaften der Wissenschaft in sich zu vereinigen“. Welchen Einfluß diese Auffassung aus-[32]zuüben vermochte, zeigt sich darin, daß sogar der hervorragendste ungarische Anhänger des Marxismus vor dem ersten Weltkrieg, Ervin Szabó, den Standpunkt von Sombart als marxistisch einschätzte. Lenin erkannte sehr klar, daß sich die Relativierung des Marxismus zwangsläufig zu einer der Hauptrichtungen der bürgerlichen Ideologie entwickeln würde, sobald die Unvermeidlichkeit des Kampfes gegen den Marxismus feststehe. Die Relativierung des Marxismus, die Verwischung seiner Grenzen, ist zugleich jene ideologische Plattform, auf der die nach dem theoretischen Sieg des Marxismus-Leninismus auftretenden Strömungen ihre tatsächliche Lostrennung vom Marxismus in der Arbeiterbewegung zeitweilig verschleiern können.

Die derzeitige Aktualität der Mahnung von Engels und Lenin zeigt sich auch in dem 1967 zur ungarischen Auflage geschriebenen Vorwort des zitierten Buches von Max Weber. Der Verfasser des Vorwortes behauptet nämlich nicht weniger, als daß die Idealtypus-Konstruktion von Weber eigentlich dem Marxschen Gesetzesbegriff entspreche, und hält die gegen die Weberschen und ähnliche Auffassungen vorgetragenen kritischen Abgrenzungen für ein Mißverständnis. Er argumentiert wie folgt: „Auch hier ist von nicht mehr die Rede, als daß Weber einem in den Gesellschaftswissenschaften schon seit sehr langer Zeit gebräuchlichen Verfahren einen neuen Namen gab. Weber bezeichnete den *reinen* Typus als Idealtypus, also eine Begriffskonstruktion, die die wesentlichsten, charakteristischsten Eigenschaften des Kapitalismus, des Feudalismus, des Arbeiters, des Kapitalisten, des Puritaners oder des chinesischen Mandarins zusammenfaßt, frei von allen Nebenumständen.“ Weiter heißt es, daß die Gesetze der Physik und die Gesetze der am meisten entwickelten Sozialwissenschaft – der Wirtschaftswissenschaft – einander angenähert werden, da die Gesetze der Wirtschaftswissenschaft und die der Physik sich gleichermaßen auf den Idealfall beziehen. Deshalb, so folgert Max

<sup>25</sup> M Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Erster Halbband, Tübingen 1956, S. 5.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 13.

Weber, erschließen diese Gesetze das Wesen der Prozesse. Weiter heißt es in dem Vorwort: „Mit der idealtypischen Annäherung der Erscheinungen und Prozesse wollte Weber denselben Weg beschreiben wie Marx im ‚Kapital‘.“<sup>28</sup> Später setzt er hinzu: „Bei der Anwendung der historischen Methode, der Einheit von Geschichte und Soziologie, folgte Weber [33] Marx nach. Er folgte Marx auch in jener Hinsicht nach, daß er in jeder historischen Epoche den Zusammenhang zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen und den verschiedenen Gebieten des sozialen Lebens suchte, so unter anderem auch den Zusammenhang zwischen den Ideen und der gesellschaftlichen Existenz. Er kritisierte aber auch den Marxismus in einem Punkt, den er wegen seiner oberflächlichen und hauptsächlich aus indirekten Quellen stammenden Kenntnisse völlig mißverstand. Weber glaubte, daß für den Marxismus zwischen den ökonomischen und den anderen Gebieten des sozialen Lebens ein einfaches kausales Verhältnis bestehe, wo das Wirtschaftsleben immer die Rolle der Ursache, die anderen aber immer die der Wirkung spielten, daß also Ideen und Ideologien im engsten Sinne des Wortes Spiegelbilder der ökonomischen Prozesse sind.“<sup>29</sup>

Aus dieser Erörterung scheint sich fast zu ergeben, daß Max Weber und Marx – wenigstens in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit – denselben Weg gegangen wären und der scheinbare Unterschied zwischen ihnen nur aus verschiedenen Mißverständnissen herrühre.

An sich ist die Feststellung richtig, daß Weber mit seiner Begriffskonstruktion des Idealtypus – formal gesehen – ebenso die Abstraktionsmethode anwendete wie Marx und viele andere. Diese ganz formale Ähnlichkeit schließt aber keineswegs die wesentliche und nicht auszugleichende Verschiedenheit der theoretisch-methodologischen Grundlage der wissenschaftlichen Forschung aus. Als ein überzeugter Anhänger dieser Methode bezeichnete sich zum Beispiel im Vorwort seines Hauptwerkes auch der Gründer der extremsten Strömung der subjektiven Ökonomie, der sogenannten „Österreichischen Schule“, Menger, der über seine Methode unter anderem folgendes schrieb: „Wir waren in dem Nachfolgenden bemüht, die komplizierten Erscheinungen der menschlichen Wirtschaft auf ihre einfachsten, der sicheren Beobachtung noch zugänglichen Elemente zurückzuführen, an diese letzteren das ihrer Natur entsprechende Maß zu legen und mit Festhaltung desselben wieder zu untersuchen, wie sich die komplizierten wirtschaftlichen Erscheinungen aus ihren Elementen gesetzmäßig entwickeln.“<sup>30</sup> Menger – und eine Reihe seiner Nachfolger – sahen „nur“ von der historisch-gesellschaftlichen Bestimmtheit der [34] Wirtschaftstätigkeit der Menschen ab, dies aber beschränkte keineswegs den Wirkungsbereich der durch Anwendung der Abstraktionsmethode erarbeiteten subjektiven Werttheorie. Dementsprechend sagte er aus, daß das von ihm entdeckte Prinzip des Wertes „allgemeingültig“ sei und man keinen einzigen Ausnahmefall im Wirtschaftsleben finden könne.<sup>31</sup>

Doch auch der neoliberale Eucken war ein Anhänger der Abstraktionsmethode, sogar ein Anhänger der „pointierend hervorhebenden Abstraktion“. Eucken – Vertreter eines kämpferischen Antimarxismus und Schüler von Max Weber – wandte die Idealtypus-Konstruktion am konsequentesten an und führte sämtliche Wirtschaftsepochen und -systeme auf die beiden Elementarformen des Idealtypus – die zentral geleitete und die freie (Markt-) Wirtschaft – beziehungsweise auf die Kombination beider zurück. Diese Auffassung von Eucken diente dann als theoretische Grundlage für solche Theoretiker des „Marktsozialismus“ wie W. Brus und O. Šik.

Die Auffassung des Idealtypus von Max Weber richtete sich ausdrücklich *gegen* die marxistische Auffassung von einem Zusammenhang zwischen historischer und logischer Analyse – und damit auch zwischen den Wirtschaftskategorien und der Wirklichkeit –, da Weber diese Kategorien als logische Konstruktionen der „verstehenden Soziologie“, nicht aber als eine wissenschaftliche Widerspiegelung der objektiven Wirklichkeit betrachtete. Einen wichtigen Teil der Ablehnung der Widerspiegelungstheorie, die zum Wesen der materialistischen Dialektik gehört, bilden die relativierende

<sup>28</sup> Vorwort zur ungarischen Ausgabe von: Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Gazdaság és társadalom), Budapest 1967, S. 27.

<sup>29</sup> Ebenda.

<sup>30</sup> C. Menger, *Grundsätze der Wirtschaftslehre*, Wien-Leipzig 1923, S. XX.

<sup>31</sup> Ebenda, Kapitel: „Die Lehre vom Werte“.

Interpretation der politischen Ökonomie – und überhaupt der Gesellschaftswissenschaften – im allgemeinen und die relativierende Uminterpretation der marxistischen Auffassung im besonderen. Von dieser Anschauungsweise ausgehend, versuchte Weber – vermittelt der „Idealtypen“ des *möglichen* oder wahrscheinlichen rationalen gesellschaftlichen Handelns der Menschen –, aus dem Lauf der Geschichte die „Zwangsläufigkeit“ auszuschalten. Diese Auffassung leugnete die Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der Gesellschaft und daher auch den wissenschaftlichen Determinismus bei der Untersuchung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Dieser in seiner Tendenz völlig eindeutige Standpunkt bei Max Weber zeigt sich auch ähnlich eindeutig bei der langen [35] Reihe seiner Nachfolger. Der die Interpretation der Verknüpfung von Historischem und Logischem auf Grund der Weberschen Idealtypus-Konzeption anstrebende Eucken schreibt darüber wie folgt: „Es sind nicht Typen, die konkrete Wirtschaft abbilden wollen, keine Realtypen, wie die Wirtschaftsstile oder Wirtschaftsstufen. Es sind gedankliche Modelle, ideelle Formen, echte Idealtypen.“<sup>32</sup> Daraus ergibt sich logisch die folgende Ansicht: „Allgemeiner formuliert: Es besteht zwar keine Zwangsläufigkeit, daß sich aus einer gegebenen Ordnungsform eine bestimmte andere Form entwickelt ... Es sind Wahrscheinlichkeiten verschiedenen Grades vorhanden, nicht Notwendigkeiten.“<sup>33</sup> Diese Ansicht verwirft von vornherein die wissenschaftliche Interpretation des Gesetzesbegriffs: „In Wahrheit kennen wir Gesetze, nach denen die Geschichte sich entwickelt hat, nicht.“<sup>34</sup> Der ihm geistesverwandte Hayek behauptet, daß sich „das Vorurteil, demgemäß man, um wissenschaftlich zu sein, Gesetze aufstellen müsse, sich als eine der schädlichsten methodologischen Konzeptionen erweisen könnte“.<sup>35</sup>

Die Ablehnung des objektiven Charakters der ökonomischen Gesetze verbindet Eucken mit seiner Ansicht über den ausschließlich „stochastischen Charakter“ dieser Gesetze – einer Ansicht, die auch heute sehr verbreitet ist und sich sogar in Analysen von marxistischem Anspruch einschleicht. Diese Position Euckens fällt eindeutig und offen mit der Ablehnung des dialektisch-materialistischen Determinismus zusammen, d. h. mit der Negierung der entscheidenden methodologischen Voraussetzung einer wissenschaftlichen Gesellschaftsbetrachtung. Die Euckensche Interpretation ermöglichte die Verknüpfung zwischen den formalen Methoden der „Typusbildung“ und der Wahlmöglichkeit angesichts der „Alternativen“. Demgemäß sind in jeder Etappe der historischen Entwicklung die möglichen Idealtypen gegeben, und die Wahl unter diesen beziehungsweise deren Kombination – hängt von den subjektiven Entscheidungen der Menschen ab. Diese Ansicht betont also nicht nur die bestimmende Rolle der subjektiven Faktoren bei der Auswahl unter den in jeder konkreten historischen Situation vorhandenen Alternativen – was an sich berechtigt und notwendig ist –, sondern verneint sogar die innere Zwangsläufigkeit der Veränderungen der Gesellschaftssysteme [36] – so auch des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus –, ja sogar die Formveränderungen innerhalb der einzelnen gesellschaftlichen Formationen – so auch den Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus.

Mit der Ablehnung des gesellschaftlichen Determinismus geht hier auch eine Interpretation der Idealtypen als von konkreten historischen Bedingungen unabhängigen, immer verwirklichtbaren Alternativen einher, in der klar das vergebliche Bemühen hervortritt, eine Verbindung des Historischen und Logischen zu bewerkstelligen. Da die marxistisch-leninistische Auffassung des Determinismus in der Gesellschaft ein Ausdruck der inneren Zwangsläufigkeit der historischen Entwicklung ist, kann nur dies als Grundlage dienen sowohl für die in der gegebenen historischen Etappe herrschenden, objektiv bestimmten inneren Tendenzen als auch zur konkreten Bestimmung der innerhalb dieser Etappen in den einzelnen Perioden auftretenden, entweder mit den inneren Tendenzen übereinstimmenden oder diesen zeitweilig entgegengesetzten Alternativen. Demgegenüber ist eine Verknüpfung der Idealtypen mit den Alternativen der historischen Entwicklung nur scheinbar. Womit diese in Wirklichkeit verknüpft werden, ist nicht die wirkliche historische Entwicklung,

<sup>32</sup> W. Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 19, S. 149.

<sup>33</sup> W. Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 143.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 138.

<sup>35</sup> F. A. Hayek, Studies in Philosophy, Politics and Economics, S. 42.

sondern eine willkürliche geschichtsphilosophische Konzeption. Die auf dem Wege der willkürlichen logischen Konstruktion zustande gebrachten Kategorien können nur in einer willkürlich konstruierten Geschichte ihren Platz finden. Sie wurden nicht mit Hilfe der wissenschaftlichen Abstraktion von der Realität abgeleitet, können also auch keine wissenschaftlichen Mittel der wirklichen Analyse sein.

Daher ist die Behauptung des Verfassers im zitierten Vorwort, wonach „Weber bei der Anwendung der historischen Methode, bei der Einheit von Geschichte und Soziologie Marx folgte“, unhaltbar. Natürlich kritisierte Weber – der üblichen Methode der bürgerlichen Sozialwissenschaftler folgend – den Marxismus außerordentlich oberflächlich. Die Meinung, daß Weber nur dem vulgarisierten historischen Materialismus entgegengetreten wäre, aber der richtigen Interpretation von Marx nicht, ist sehr irreführend. Weber bekämpfte nämlich nicht nur die Erläuterung des zwischen der Wirtschaft und den übrigen [37] Gebieten des sozialen Lebens bestehenden „einfachen kausalen Verhältnisses“, sondern verneinte neben einer ihm eigenen spezifischen Anerkennung einer Wechselwirkung zwischen den Erscheinungen von Basis und Überbau deren gesetzmäßigen Zusammenhang ebenso wie die *bestimmende Rolle der Basis*, die objektive sozialökonomische Determiniertheit der Gesetze der historischen Entwicklung, und vertauschte solcherart den historischen Materialismus mit einem relativierenden historischen Idealismus. Weber trat nicht nur dagegen auf, daß die Ideen und Ideologien im engeren Sinne des Wortes „geronnene Spiegelbilder der Wirtschaftsprozesse“ sind, sondern verwarf eindeutig auch die gesamte marxistische Theorie der Widerspiegelung. Weber – wie vor und nach ihm so viele andere – kämpfte gegen einen (von ihm selbst) *entstellten* Marxismus, sein Angriff richtete sich aber in Wirklichkeit gegen den echten Marxismus-Leninismus.

Hegel hatte den Anspruch auf eine Verknüpfung der historischen und logischen Analyse noch als allgemeines methodologisches Prinzip hervorgehoben, dem die innere Notwendigkeit der historischen Entwicklung und die Objektivität der wissenschaftlichen Erkenntnis zugrunde lag. In den Strömungen der heutigen bürgerlichen Ideologie trennen sich die beiden Methoden der Analyse voneinander: Die Geschichtlichkeit bleibt im Empirismus stecken, das Logische „erhebt“ sich in die jedes konkreten Wirklichkeitsinhalts beraubten Regionen des „abstrakt Allgemeinen“. Der Idealtypus – zeitgemäßer ausgedrückt: das „Modell“ – wird zu einer rein logischen Konstruktion, die ihre Berechtigung nur aus einer der methodologischen Zweckmäßigkeit unterstehenden logischen Analyse herleitet, aber auf keinen Fall aus irgendeinem objektiven historischen Inhalt; jeder Versuch dazu muß von diesem Gesichtspunkt aus sogar als eine die Grenzen der Wissenschaftlichkeit gesetzwidrig übertretende „Metaphysik“ betrachtet werden.

Die Weiterentwicklung dieser methodologischen Fundamentierung geschah noch konsequenter. Die Auffassung von Sombart und Weber trennte die Natur- und die Gesellschaftswissenschaften streng voneinander, dagegen betonten mehrere Vertreter des „modernen“ Positivismus, die Wesensverwandtschaft beider Wissenschaftstypen erkennend, daß die experi-[38]mentelle Methode die Naturwissenschaften noch keineswegs zum Terrain der „absoluten Wahrheiten“ gemacht hat und daß sie die Wissenschaft weder vor Irrtümern noch vor der „metaphysischen Spekulation“ bewahrt. Einer der wichtigsten Vertreter der erwähnten Richtungsänderung, Karl Popper, schreibt darüber folgendes: „In den vergangenen Jahrhunderten wurde diese Frage überwiegend so diskutiert, daß die Betonung auf die Verschiedenheit der einerseits in den Naturwissenschaften, andererseits in den historischen oder humanen Wissenschaften verfolgten Methoden gelegt wurde. Und fast einstimmig war die Ansicht, daß zwischen beiden ein großer Abgrund klafft. Meine These aber ist schon seit langen Jahren die folgende: *all jene Historiker und Geschichtsphilosophen, die auf den Abgrund zwischen Geschichts- und Naturwissenschaften bestehen, haben eine in ihren Wurzeln falsche Vorstellung von den Naturwissenschaften.*“<sup>36</sup> Diese Verschiebung der Akzente verstärkt aber nur die bereits gestreiften Tendenzen. Durch die konsequente Relativierung wird bei Popper eine prinzipielle Unterscheidung zwischen „empirischen Wissenschaften“ und formaler Logik und Mathematik getroffen: „Die empirischen Wissenschaften, die allein uns mit Informationen über unsere Welt versehen können,

<sup>36</sup> K. R. Popper, A Pluralist Approach to the Philosophy of History, in: Roads to Freedom. Essays in Honour of Friedrich A. von Hayek, London 1969, S. 189.

ermöglichen keine Beweisführung ... Andererseits geben die reine Mathematik und Logik, die die Beweisführung ermöglichen, keine Information über die Welt ...“<sup>37</sup>

Somit können die Thesen der „empirischen Wissenschaften“ – im Gegensatz zu den Axiomen der formalen Logik und der reinen Mathematik – nur die Rolle von „Arbeitshypothesen“ in der wissenschaftlichen Forschung spielen; deswegen überschreitet jedes Bestreben, das den empirischen Wissenschaften darüber hinausgehende Bedeutung verleihen will, unumgänglich den Wirkungsbereich der Wissenschaft. Nach Popper „...werden wir nie dazu imstande sein, die Wahrheit wissenschaftlicher Gesetze rational festzustellen; das höchste, was wir tun können, ist, sie streng zu untersuchen und die falschen zu verwerfen ... Dementsprechend blieben sämtliche wissenschaftlichen Gesetze ewig hypothetischen Charakters; die wissenschaftlichen Gesetze sind Annahmen“.<sup>38</sup> Nach dieser Auffassung ist der *einzig*e Weg des wissenschaftlichen Fortschritts die „*Trial-and-error-Methode*“ mit dem Anspruch, Hypothesen [39] aufzustellen und zu widerlegen. Der Wirkungsbereich der „empirischen Wissenschaften“ reicht bis zur Ausarbeitung der „widerlegbaren Arbeitshypothesen“.

Diese Konzeption des extrem formulierten Relativismus ist gegen die dialektisch-materialistische Theorie und Methode gerichtet, die den relativen Charakter der im Erkenntnisprozeß erschlossenen Wahrheit betont. Poppers zusammenfassende Meinung darüber – in seiner vorher erwähnten Studie – ist folgende: „Diese Stellungnahme löst ein berühmtes, aber nicht zu ernstes methodologisches Problem – das Problem des historischen Relativismus. Wir anerkennen, daß unsere Annahmen relativ im Verhältnis zu unseren Problemen und unsere Probleme relativ im Verhältnis zu unserem erworbenen Wissen sind. Und wir anerkennen, daß in der momentanen Lage unseres Wissens vieles vorhanden sein kann, was irrtümlich ist. Das aber bedeutet nicht, daß auch die Wahrheit relativ ist. Dies bedeutet nur, daß die Beseitigung unserer Irrtümer und eine Annäherung an die Wahrheit harte Arbeit beanspruchen. Die Wahrheit hat kein Kriterium. Doch gibt es etwas, was als Kriterium des Irrtums betrachtet werden kann: es treten Widersprüche in unserem Wissen oder zwischen unserem Wissen und den Tatsachen auf. Auf eine solche Weise kann sich unser Wissen durch eine kritische Beseitigung des Irrtums erweitern. So können wir der Wahrheit näherkommen.“<sup>39</sup> Die Beseitigung der Dialektik aus der wissenschaftlichen Erkenntnis führt, wie man sieht, zur Aufstellung von falschen Alternativen, zur Annahme der Kriterien des empirischen Relativismus, der die Erschließung des inneren Wesens der Erscheinungswelt im Prinzip abweist. Die Aufstellung von Hypothesen und ihre Widerlegung ist tatsächlich *eine*, zwar keineswegs ausschließliche und universal gültige Methode des wissenschaftlichen Fortschritts. Durch eine *umfassend geltende* Einschaltung der Kriterien der Praxis wird ersichtlich, daß die Entwicklung der Wissenschaft nicht nur mit der Beseitigung von irrtümlichen, sondern auch mit dem Beweis der richtigen Hypothesen – und so mit der Aufhebung ihres hypothetischen Charakters – einhergeht. Keine einzige Wissenschaft besteht ausschließlich aus sich immer verändernden Hypothesen, sondern jede besitzt ihre eigenen, sich stetig erweiternden grundlegenden Inhalte, die im Laufe der Entwicklung bestehen bleiben und sich ergänzen. Die Bedeutung der zu ihr gehörenden wissenschaftlichen Thesen wird immer präziser, das Gebiet ihrer Anwendbarkeit immer klarer usw. Wenn dem aber so ist, darf – auf Grund der Annahme einer objektiv geltenden wissenschaftlichen Erkenntnis – die Zuständigkeit der Wissenschaft nicht auf die Aufstellung von „widerlegbaren Arbeitshypothesen“ beschränkt und kann das Überschreiten dieses Bereichs nicht als „metaphysische Spekulation“ betrachtet werden.

Bei den hier skizzierten grundlegenden positivistischen Dogmen ist von zwei diametral verschiedenen Methoden der „wissenschaftlichen Untersuchung“ von Kriterien der wissenschaftlichen Erkenntnis sowie der Wirklichkeit die Rede, deren Folgen sich dann in der verschiedenen Beurteilung sämtlicher grundlegender Probleme der politischen Ökonomie zeigen. Aus der prinzipiellen Gegenüberstellung der historischen und logischen Analyse und aus der Beurteilung des Verhältnisses der wissenschaftlichen Kategorien zur Wirklichkeit ergibt sich logisch, daß diese Kategorien zu subjektiven

<sup>37</sup> K. R. Popper, *The Open Society and Its Enemies*, London 1952, Bd. II, S. 13.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 363.

<sup>39</sup> K. R. Popper, *A Pluralist Approach ...*, a. a. O., S. 192.



Konstruktionen werden, aus denen keinerlei allgemeingültige Schlußfolgerungen gezogen werden können. In seinen die Industriegesellschaft behandelnden Vorlesungen stellt R. Aron darüber folgende Überlegungen an: „Das erste methodische Prinzip ist also – falls man vernünftig über die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten nachdenken will – mißtrauisch zu sein, wo ein konkretes System mit dem Idealtyp, den man sich davon bildet, verwechselt wird. Nach Belieben kann man den Idealtyp eines verabscheuungswürdigen und den eines vollkommenen Kapitalismus entwerfen.“<sup>40</sup> Oder an anderer Stelle: die konkreten Wirtschaftssysteme entsprechen immer „unvollkommenen Modellen“.

Nach dem relativistischen Agnostizismus besteht also zwischen dem konkreten System und der theoretischen Abstraktion – dem „Idealtyp“ oder „Modell“ – eine unüberbrückbare Kluft. Über das konkrete System kann nur die empirische Analyse Kenntnisse vermitteln, die abstrakten Kategorien aber sind subjektive Schöpfungen des Verstandes, die den Ansprüchen völlig entgegengesetzter methodologischer Zweckmäßigkeiten genügen können. In dieser Auffassung können solche grundlegenden Kategorien der wissenschaftlichen Erkenntnis wie die *Allgemeinheit* und die *Notwendigkeit* keinen Platz [41] erhalten; der sich auf die Beschreibung eines konkreten Systems beschränkende Empirismus schließt sie ja im vorhinein aus, der „Idealtyp“, das „Modell“ aber wäre bei dieser Betrachtungsweise – um mit Hegel zu sprechen – „abstrakt-allgemein“; es fehlt also die organische Verbindung mit der Wirklichkeit: Der „Idealtyp“ vermittelt Kenntnisse, auf Grund deren man nicht auf die konkrete Wirklichkeit schließen kann. Damit wird dann die theoretische Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus gänzlich relativ. Es hängt ja ausschließlich von dem subjektiv konstruierten Idealtyp, dem Modell ab, was als günstiger erachtet werden kann; objektive Gültigkeit besitzt eine solche Unterscheidung aber nicht und kann sie auch nicht besitzen.

Hier werden die wissenschaftliche Sphäre und die Sphäre der spezifisch erfaßten ideologischen Analyse einander als unversöhnlich gegenübergestellt: die Zuständigkeit der Wissenschaft ist empirisch begrenzt; wissenschaftliche Kategorien als Ausdruck konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse anzuerkennen, wird als eine zur „Metaphysik“ führende Ideologie betrachtet.

Die im Gewande der „Entideologisierung“ auftretende Apologetik ist aber auch in diesem Falle sinnfällig. Aron nämlich betrachtet einerseits die Marxschen Kategorien der kapitalistischen Produktionsverhältnisse als solche „Idealtypen“, denen die Wirklichkeit des heutigen Kapitalismus nicht oder nur in einigen formalen Bezügen entspricht, andererseits betrachtet er das von ihm selbst konstruierte „Modell des politischen Pluralismus“ als identisch mit dem funktionierenden System der bürgerlichen Demokratie.

Die Vertreter des Neopositivismus traten bekanntlich mit der Ankündigung auf, daß all jene als wichtig erachteten Probleme, mit denen sich die Philosophen früher befaßten, eigentlich Scheinprobleme sind und man sie vom Gesichtspunkt der „wirklich wissenschaftlichen“ Erkenntnis aus als sinnlos betrachten müsse. Das Eindringen dieser Ansicht in die bürgerliche politische Ökonomie führte zu ähnlichen Schlußfolgerungen: die grundlegenden politisch-ökonomischen Fragen werden einfach vom Gesichtspunkt der wissenschaftlichen Methode aus zu unzugänglichen „metaphysischen“ Fragen erklärt und als Ausdruck einer von der Wissenschaft prinzipiell verschiedenen Ideologie betrachtet.

[42] Zum Beispiel bezeichnet Joan Robinson die wichtigsten Diskussionsfragen der politischen Ökonomie als „metaphysische Thesen“, da sie ihrer Meinung nach Poppers Wissenschaftlichkeitskriterium nicht unterzogen werden können: das heißt der Probe der Widerlegung. Damit die „einem Zweig der Theologie“ entstammende politische Ökonomie „den Rang der Wissenschaft“ erreichen könne, müsse sie sich von den aus ideologischen Einwirkungen herrührenden „metaphysischen Ansichten“ befreien. Solange dies nicht geschieht, „hinkt die Wirtschaftslehre auf einem Fuß mit ungeprüften Hypothesen, auf dem anderen mit unprüfaren Lösungen vorwärts. Unsere Aufgabe besteht darin, soweit es möglich ist, diese Mischung von Ideologie und Wissenschaft zu trennen“.<sup>41</sup>

In der Darstellung von Robinson erfordert die Befreiung der politischen Ökonomie von der Ideologie vor allem, daß man sie von der Werttheorie befreie. Sie betrachtet den „Wert“ als eine „große

<sup>40</sup> R. Aron, Die industrielle Gesellschaft, Frankfurt (Main) und Hamburg 1964, S. 94.

<sup>41</sup> J. Robinson, Economic Philosophy, London 1962, S. 28.

metaphysische Idee“ der Wirtschaftslehre, der vom Gesichtspunkt der Wissenschaft aus – das heißt der empirischen Auffassung – unzugänglich sei, dagegen zur Lösung von ideologischen Aufgaben ausgezeichnet verwendet werden könne. Marx bedurfte der Arbeitswerttheorie und der damit vollzogenen Operationen nicht für eine wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern zur Erfüllung von ideologischen Funktionen, wofür sie sich als ausgezeichnet geeignet erwiesen habe. „Das Dogma, daß jedes Ding zu einem seinem *Wert* proportionalen Preis getauscht wird, wendet Marx auf die Arbeitskraft an. Das ist der Schlüssel zur Erklärung des Kapitalismus.“<sup>42</sup> Diese Erläuterung des Kapitalismus sei aber „metaphysisch“ und ein typisches Beispiel dafür, wie die metaphysischen Ideen funktionieren. Logisch sei dies nur ein inhaltsloses Gerede, aber ideologisch ein viel stärkeres Gift als ein direkter Angriff gegen die Ungerechtigkeit. Das System sei seinen eigenen Regeln nach nicht ungerecht, und der einzige Ausweg sei ein Umsturz des Systems selbst.<sup>43</sup> Die Marxsche Arbeitswerttheorie ist in der Anschauungsweise des modernen Positivismus eine „metaphysische Konzeption“, weil sie nicht als „widerlegbare Hypothese“ betrachtet werden kann; das heißt: Ein metaphysischer Glaube wie das *Wertgesetz* nützt der Wissenschaft nichts.<sup>44</sup>

[43] In Wirklichkeit ist aber nicht die Marxsche Arbeitswerttheorie, sondern die Auffassung von J. Robinson als ein von vornherein unzugänglicher und unwiderlegbarer „metaphysischer Glaube“ zu beurteilen. Wer nämlich die Geschichte der Entstehung der Marxschen politischen Ökonomie ein wenig kennt, der weiß: die Arbeitswerttheorie und deren Anwendung auf die Arbeitskraft Ware fielen bei Marx überhaupt nicht zusammen, und darum kann letzteres auf keinen Fall Ursache des Vorhergehenden sein. Die Entwicklung der Marxschen Absichten ist dadurch charakterisiert, daß er in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ von 1844 in der Arbeitswerttheorie der klassischen politischen Ökonomie bereits eine Apologie des Kapitalismus sah – gegen die er sich wandte –, in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre aber die Kategorien dieser Theorie übernahm und sie der damals bereits entfaltenen materialistischen Gesellschaftsauffassung entsprechend interpretierte, das heißt eine kritische Analyse dieser Kategorien vornahm.

Eben deswegen konnte die Entdeckung des Warencharakters der Arbeitskraft nur die wissenschaftliche Errungenschaft einer Periode sein, die der Annahme der Arbeitswerttheorie um vieles später nachfolgte. Also nicht Marx war es, der infolge einer ideologischen Vorwegnahme zur Arbeitswerttheorie gelangt wäre, sondern das eigene Klassenvorurteil hat Frau Robinson dazu verleitet, Marx etwas ihm völlig Fremdes in die Schuhe zu schieben.

Die Kategorien und Gesetze der marxistischen politischen Ökonomie – unter diesen das von Robinson erwähnte Wertgesetz – sind nicht auf Grund irgendeines „metaphysischen Glaubens“ entstanden, so daß man sie weder beweisen noch widerlegen könnte. Diese Kategorien und Gesetze verfügen in der Marxschen Auffassung überhaupt nicht über eine außerhalb der konkreten Erscheinungen stehende selbständige Existenz, und deswegen zeigt sich ihr Dasein in Prozessen, die auch empirisch beobachtet werden können – also auch auf diese Weise nachweisbar und widerlegbar sind. Die Dialektik bedeutete bereits bei Hegel eine Überwindung der falschen Fragestellung des Empirismus und des Apriorismus und damit die Ablehnung der Auffassung, daß die abstrakten Kategorien soweit sie über einen tatsächlichen wissenschaftlichen Inhalt [44] verfügen – lediglich Produkte des reinen Denkens wären. Eben darin sah Lenin die wahre Bedeutung der Hegelschen „Logik“. Er schrieb: „Die Objektivität der Begriffe, die Objektivität des Allgemeinen im Einzelnen und im Besonderen zu leugnen ist unmöglich. Hegel ist folglich viel tiefer als Kant und andere, wenn er die Widerspiegelung der Bewegung der objektiven Welt in der Bewegung der Begriffe untersucht.“<sup>45</sup> Das sich hieraus ergebende wissenschaftliche Kriterium hat nichts mit irgendeinem „metaphysischen Glauben“ zu tun; wenn die Begriffe die Bewegung der objektiven Wirklichkeit widerspiegeln müssen, ist damit auch das Maß zur Beurteilung der Kategorien und Gesetze der politischen Ökonomie gegeben.

<sup>42</sup> Ebenda, S. 38.

<sup>43</sup> Vgl. ebenda, S. 39.

<sup>44</sup> Vgl. ebenda, S. 40.

<sup>45</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 38, Berlin 1971, S. 168.

Die Marxsche Werttheorie und das Marxsche Wertgesetz erschließen die gesellschaftlichen Verhältnisse unter den Umständen der Warenproduktion und die sich aus diesen Verhältnissen ergebenden objektiven Prozesse. Bei ihrer Anwendung auf eine bestimmte Epoche der kapitalistischen Produktionsweise gelangte Marx – unter anderem – zu folgenden Festsetzungen: Auf Grund des Kampfes um einen größeren Profit und des Unterschieds des individuellen und des gesellschaftlichen Wertes der Waren wird eine immer größere Differenzierung der Produzenten hervorgerufen. Daraus ergibt sich notwendigerweise eine stetig anwachsende Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals. All dies führt zu neuen Formen des kapitalistischen Eigentums und der Rückwirkung auf die Wirtschaftsprozesse, die in Widerspruch zu den „klassischen“ Formen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der ihnen entsprechenden wirtschaftlichen Mechanismen geraten. In diesen Feststellungen ist nichts vorhanden, was sie ihrer logischen Form nach im vorhinein widerlegbar machen würde. Robinson hätte „nur“ dies „empirisch“ zu beweisen, daß diese Prozesse nicht vor sich gingen. In diesem Fall könnte sie das Marxsche Wertgesetz, wenn auch nicht als „metaphysischen Glauben“, so doch als „widerlegte Arbeitshypothese“ betrachten.

Worin die wahre Tendenz der Entideologisierung in der politischen Ökonomie besteht, wird noch klarer in der Kritik von Schumpeter an der Marxschen Arbeitswerttheorie ausgedrückt. Die Hauptthese dieser Kritik ist, daß die Arbeitswerttheorie nur zur Festsetzung von „ethischen Ansprüchen“ geeignet [45] ist, aber nicht im mindesten die Ansprüche „der politischen Ökonomie als positive Wissenschaft“ befriedigt. Deswegen betrachtet er die Anwendung der Werttheorie auf die Arbeitskraft und die sich darauf aufbauende Mehrwerttheorie als den augenfälligsten Beweis der ideologischen Voreingenommenheit: „Jeder, der nicht gänzlich durch die Indoktrination geblendet wurde, versteht sofort, daß, solange es sich um die Beschreibung von Tatsachen und nicht um eine agitatorische Phraseologie handelt, es genau den gleichen Sinn ergibt, wenn wir sagen, daß das Kapital die Dienstleistungen des Bodens pachtet, als wenn wir von der Pachtung der Dienstleistungen der Arbeit sprechen.“<sup>46</sup> Es sei ein Beweis ideologischer Voreingenommenheit, wenn jemand annimmt, daß ein Produktionsprozeß außerhalb kapitalistischer Verhältnisse überhaupt vor sich gehen könne. Diese Ansicht – die bekanntlich von Say, dem Vorläufer der Vulgärökonomie stammt – identifiziert ja einfach die Faktoren der Produktion mit den für den Kapitalismus charakteristischen Formen. Der Beweis wissenschaftlicher Unvoreingenommenheit wäre demnach also erbracht, wenn wir im vorhinein von folgenden Fragen absehen: Warum ist der Boden im Besitz einer bestimmten Klasse? Warum ist nur eine bestimmte Klasse fähig, die Dienstleistungen des Bodens und der Arbeit zu pachten? Warum gibt es eine Klasse, die gezwungen ist, ihre Arbeitskraft zu verpachten? Man muß es einfach als unabänderliche Gegebenheit annehmen, daß das Einkommen jeder Klasse proportional zu der Produktionsfunktion ist, die – als Identifikation der gegebenen Klasse und des Produktionsfaktors begriffen – gemäß der Rechentechnik des Marginalismus zur Herstellung der materiellen Güter beiträgt. Wer also den Kapitalismus als „natürliche Ordnung“ betrachtet, ist frei von der Indoktrination, wer diese Ordnung in Frage zu stellen wagt, der sündigt gegen die wissenschaftliche Unvoreingenommenheit und gerät in die Fesseln der Ideologie.

### **Die „Entideologisierung“ der politischen Ökonomie**

Die neueste „Errungenschaft“ der relativierenden Interpretation des Marxismus-Leninismus ist ein sich teilweise auch auf [46] Marxsche Positionen beziehendes Programm der „Entideologisierung“ der politischen Ökonomie. Einer der Verkünder dieses Programms, R. L. Meek, schließt sich direkt den Thesen des erwähnten Buches von Robinson an, wenn er Fragen aufwirft, die weitgehende Zielsetzungen ahnen lassen: „Kann man wohl den Anfang des Endes der ideologischen Etappe beobachten? Ist die neue Orthodoxie, anders als die frühere, der ideologischen Ansteckung gegenüber tatsächlich relativ immun? Und gilt dies alles auch für die neue marxistische Orthodoxie, die im Osten auftaucht? Ein großes Verdienst des Buches von Frau Robinson besteht darin, daß es uns zwingt, diese Fragen aufzuwerfen.“<sup>47</sup>

<sup>46</sup> J. A. Schumpeter, *History of Economic Analysis*, London 1955, S. 566.

<sup>47</sup> R. L. Meek, *Economics and Ideology and Other Essays*, London 1967, S. 215. Der Standpunkt von Meek ist kritisiert in einem Artikel von L. Boiko, „Komu nužna ‚deideologizacija‘ ekonomičeskoj nauki?“, in: *Mirovaja Ekonomika i Meždunarodne Otnošenija*, 6/1969.

Meek sieht die weitere Entwicklung der politischen Ökonomie vor allem in einer allmählichen Abschaffung der ideologischen Infizierung und betrachtet die derzeitige Etappe als Wasserscheide in der Geschichte der Wirtschaftswissenschaft, weil sich in deren Funktion grundlegende Veränderungen vollzogen, die das Hervortreten wissenschaftlicher Elemente begünstigen und ideologische Motive verdrängen. Vor allem sei „der wirtschaftliche Mechanismus, der uns früher beherrschte, immer mehr äußerlichen Einflüssen unterworfen. Auf einigen Gebieten wurde sein Einfluß gänzlich unterdrückt, so daß neue Methoden zur Durchführung der zu lösenden Aufgaben gefunden werden mußten. Auf anderen Gebieten wurde sein Einfluß durch den Staat modifiziert und kontrolliert ... Und die Wirtschaftslehre wird allmählich damit betraut, diesen neuen Methoden Geltung zu verschaffen und die neuen Mittel der Kontrolle zuzuleiten.“<sup>48</sup> Als Ergebnis dieser Entwicklung werden die zu lösenden Aufgaben immer mehr zu Problemen von „technischem Charakter“, die einen ideologischen Eingriff schwer ertragen.

Wenn Meek nur behauptet hätte, daß die Entfaltung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Aufgaben der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft wesentlich verändert, dann hätte er eine, heute bereits als Gemeinplatz geltende, Wahrheit wiederholt. Meek nimmt aber an, daß einerseits die Analyse der politischen Ökonomie von der Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse absehen kann und daß man andererseits außerhalb der Grenzen der Wissenschaft jene durch die ökonomischen Verhältnisse determinierten Ziele stellen kann, zu [47] deren Verwirklichung die von ihm erwähnten methodologischen Veränderungen dienen.

Meek versucht seine Argumente für eine stufenweise Abschaffung des ideologischen Charakters der politischen Ökonomie in einen engen Zusammenhang mit einigen wichtigen Feststellungen des „Politische Ökonomie“ betitelten – in vielen Sprachen erschienenen – Buches von Oskar Lange zu bringen, wobei sich aber Meek in vielen Belangen eine sehr willkürliche Auslegung erlaubt. Nach Meek beweist das Buch von Robinson die Berechtigung der Frage nach dem „Ende der ideologischen Etappe“. Der große Vorzug des Buches von Lange bestünde dagegen darin, daß „er auf die gestellten Fragen eine rationale Antwort zu geben versucht“.<sup>49</sup> Eben weil Meeks Interpretation von vielen Gesichtspunkten aus zu einer gänzlichen Entstellung des Standpunktes von Lange führt, ist es zweckmäßig, noch vor der Interpretation diese Stellungnahme selbst zu untersuchen.

Lange räumt der Frage relativ viel Platz ein, obwohl jene Tendenz der bürgerlichen Wirtschaftslehre, die die Wirtschaftswissenschaft zu einem Teil der Praxeologie (der Theorie der rationalen Wirtschaftsführung) gestalten will, im Ergebnis zu einer Auflösung der politischen Ökonomie führen werde. Obzwar es hier nicht möglich ist, auf die ansonsten wichtige Frage ausführlicher einzugehen, muß doch soviel bemerkt werden, daß diese Ansicht Langes sehr fragwürdig ist. Wenn wir nur „die Theorie des Wahlhandelns“ von L. Mises, des bedeutendsten und zugleich extremsten Vertreters der praxeologischen Ansicht betrachten, zeigt sich ziemlich eindeutig, daß die rationale Wirtschaftsführung in dieser Konzeption von der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und dem vor jedem äußeren Eingriff bewahrten ungestörten Funktionieren ihres Mechanismus nicht zu trennen ist. Bei ihm also – aber hinsichtlich der bürgerlichen Ökonomie auch im allgemeinen – verdrängt die Hervorkehrung des praxeologischen Prinzips nur scheinbar – bzw. nicht einmal scheinbar – die politische Ökonomie. Die Verteilung der Einkommen unter den „Produktionsfaktoren“ – vor allem zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat – wird hier zum Beispiel durch die „Gleichgewichtspreise“ entschieden, die aus der die Apologie des Kapitalismus ausdrückenden Grenz-[48]nutzentheorie abgeleitet wurden. Für Mises ergibt sich notwendigerweise die Folgerung: der Sozialismus und die Rationalität der Wirtschaftsführung sind miteinander unvereinbar.

Abgesehen von diesem keinesfalls nebensächlichen Umstand faßt Lange das Verhältnis zwischen Bourgeoisie und politischer Ökonomie folgendermaßen zusammen:

1. Er geht bei der Charakterisierung dieses Verhältnisses vor allem von den wirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie aus. Daraus folgt: „Die Liquidierung der politischen Ökonomie durch die Bourgeoisie

---

<sup>48</sup> R. L. Meek, *Economics and Ideology ...*, ebenda, S. 223.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 215

konnte aber nicht konsequent zu Ende geführt werden. Für die Durchführung der Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie ist eine gewisse Kenntnis der ökonomischen Gesetze in einem bestimmten Bereich ökonomischer Prozesse unentbehrlich. Der Bereich dieser ökonomischen Prozesse erweitert sich im Verlaufe der Entwicklung des Kapitalismus, besonders in seinem letzten Entwicklungsstadium.“<sup>50</sup>

2. Dabei weist Lange auf die Manifestation der Widersprüche zwischen der Bourgeoisie und den kleinbürgerlichen Schichten in den Ansichten der politischen Ökonomie hin. „Neben den Erfordernissen der Wirtschaftspolitik gibt es noch eine andere Ursache für das Mißlingen der bourgeoisen Versuche, die politische Ökonomie als Wissenschaft über die ökonomischen Verhältnisse zwischen den Menschen völlig zu liquidieren. Diese Ursache liegt im Widerspruch der Interessen des Kleinbürgertums zu den Interessen der Großbourgeoisie im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation.“<sup>51</sup> Hier betont lange noch besonders die von den Ideologen des Klein- und Mittelbürgertums ausgehende Kritik des Monopolkapitalismus.

3. Der weitere Teil der Argumentation Langes ist einer Erscheinung gewidmet, die er als Professionalisierung der Wirtschaftswissenschaft durch die Intelligenz bezeichnet. Darüber schreibt er: „Wie bereits bemerkt wurde, befaßt sich in immer stärkerem Maße die Universitätsintelligenz mit der politischen Ökonomie. Der geistige Mittelpunkt der Wirtschaftswissenschaft, der früher von den Büchern und Pamphleten der Wirtschaftsfunktionäre und der bürgerlichen Publizisten gebildet wurde, besteht nunmehr aus den zahlreichen Universitätslehrstühlen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten. Es erfolgt also eine *Professionalisierung* der Wirtschaftswissenschaft. Diese Entwicklung begünstigt die Verbreitung kritischer Tendenzen im Verhalten der Ökonomen zu den großen kapitalistischen Monopolen ... Die Professionalisierung der Wirtschaftswissenschaft bewirkt auch, daß die Dialektik des eigentlichen Prozesses der wissenschaftlichen Forschung größere Bedeutung gewinnt. Bereits Engels machte auf die Tatsache aufmerksam, daß die Professionalisierung der Politik, der Justiz, der Religion, der Philosophie usw. ‚besondern Sphären der Teilung der Arbeit angehört, die im Verhältnis zu dem gesellschaftlichen Milieu, aus dem sie hervorgegangen sind, eine gewisse Selbständigkeit erwerben‘. In Anwendung auf die bürgerliche Ökonomie bedeutet das, daß die Dialektik des Prozesses wissenschaftlicher Forschung (die ein breiteres Wirkungsfeld erzielt) das ökonomische Denken aus der Sphäre der geistigen Interessen und Vorstellungen des gesellschaftlichen Milieus verdrängt, aus dem sie hervorgegangen ist.“<sup>52</sup>

Lange hat unbestreitbar recht damit, daß die Kenntnis eines bestimmten Bereichs von wirtschaftlichen Prozessen in jeder Etappe ein aus den existentiellen Interessen der Bourgeoisie stammendes Erfordernis ist und daß dieser Bereich unter den Verhältnissen des heutigen, des staatsmonopolistischen Kapitalismus umfangreicher ist als früher. Wenn dies nicht berücksichtigt wird, ist eine Stellungnahme von wissenschaftlichem Anspruch zur heutigen bürgerlichen Wirtschaftslehre nicht möglich. Ähnliches trifft auch auf Langes Warnung zu, daß die Kompliziertheit der Klassenstruktur der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft sich notwendigerweise auch in den Verschiedenheiten der Formulierungen der ökonomischen Theorien zeigt, daß es also nicht nur eine einzige und ausschließliche Frontlinie im ideellen Kampf gibt. Desto schwerer kann sich dagegen seine These über die Folgen der Professionalisierung der Wirtschaftswissenschaften halten, mit deren Annahme er sich von der den ideologischen Charakter der Gesellschaftswissenschaften – und besonders der politischen Ökonomie – behandelnden marxistischen Anschauungsweise entfernt und sich dem Gesichtspunkt der Wissenssoziologie von Mannheim annähert, womit er in Wirklichkeit in der Wirtschaftswissenschaft eine Grundlage zur Berufung auf die „das Ende der Ideologie“ verkündenden Ansichten bietet.

[50] Die Geschichte der Wirtschaftswissenschaft liefert überhaupt keinen Beweis dafür, daß die Universitätsintelligenz als Ergebnis der Professionalisierung der Wissenschaft etwa irgendeine besondere Position einnähme, die es ihr ermöglichen würde, das ökonomische Denken „aus dem Interessen- und Anschauungsbereich jener sozialen Umwelt zu verbannen, der sie entstammte“. Das war nur Mannheims – überhaupt nicht ideologiefreie – Illusion von der „freischwebenden“, „sozial relativ

---

<sup>50</sup> O. Lange, Politische Ökonomie, Bd. 1, Berlin 1969, S. 332.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 340.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 342/343.

unabhängigen“ Intelligenz. Die Professionalisierung der Wirtschaftswissenschaft geht immer in einer bestimmten gesellschaftlich-historischen Umwelt vor sich, die auch den grundlegenden Inhalt, ja sogar die wichtigeren Motivationen dieser Professionalisierung bestimmt. Dies kann sehr klar gezeigt werden, sowohl bei den leitenden Vertretern der subjektiven Wirtschaftslehre als auch bei den leitenden Vertretern der sogenannten deutschen historischen Schule, die fast ohne Ausnahme Universitätsprofessoren waren, was sie aber keinesfalls unabhängig von der „sozialen Umwelt“ machte. Übrigens beweist das Buch Langes selbst all dies sehr gut.

Bei der Untersuchung der Vulgarisierung der bürgerlichen Ökonomie entdeckte Marx eben bei der „Professoralform“ den Tiefpunkt dieses Prozesses, der auch an Bastiat gemessen einen Rückfall bedeutete. Die „Grabstelle“ der Wirtschaftswissenschaft beschrieb Marx folgendermaßen: „Die letzte Form ist die *Professoralform*, die ‚historisch‘ zu Werke geht und mit weiser Mäßigung überall das ‚Beste‘ zusammensucht, wobei es auf Widersprüche nicht ankommt, sondern auf Vollständigkeit. Es ist die Entgeisterung aller Systeme, denen überall die Pointe abgebrochen wird, und die sich friedlich im Kollektaneenheft zusammenfinden. Die Hitze der Apologetik wird hier gemäßigt durch die Gelehrsamkeit, die wohlwollend auf die Übertreibungen der ökonomischen Denker herabsieht und sie nur als Kuriosa in ihrem mittelmäßigen Brei herumschwimmen läßt.“<sup>53</sup>

Marx charakterisiert in dieser Beschreibung mit glänzender Plastizität nicht nur die Professoren von der Art Roschers, sondern im allgemeinen all jene bürgerlichen Professoren, die in der Selbstgefälligkeit ihrer eingebildeten Überlegenheit die „Einseitigkeit“ und „Voreingenommenheit“ der verschiedenen „parteilichen Richtungen“ – besonders natürlich des Marxis-[51]mus – verurteilen. Unmittelbar diesem Marxschen Standpunkt schloß sich Lenin an, als er gegenüber den zeitgenössischen Vertretern des theoretischen Eklektizismus in seinem Meisterwerk „Materialismus und Empirioskritizismus“ mit wissenschaftlicher Genauigkeit und prinzipieller Unerbittlichkeit – die durch Leiden der Arbeiterbewegung erkämpften Ergebnisse zusammenfassend – seine Meinung über die sogenannte „Professoralrichtung“ folgendermaßen ausdrückte: „*Keinem einzigen* dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik die wertvollsten Arbeiten liefern können, *darf man auch nur ein einziges Wort glauben*, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt. Warum? Aus dem nämlichen Grunde, aus welchem man *keinem einzigen* Professor der politischen Ökonomie, der imstande ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, *auch nur ein einziges Wort glauben darf*, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine ebenso *parteiliche* Wissenschaft in der modernen Gesellschaft wie die *Erkenntnistheorie*. Im großen und ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie nichts anderes als die gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommis der Theologen.“<sup>54</sup> Die Marxsche und Leninsche Interpretation der Professionalisierung der bürgerlichen Sozialwissenschaften – und innerhalb dieser der Wirtschaftswissenschaften – weicht vor allem dadurch vom Mannheimschen wissenssoziologischen Standpunkt ab, daß sie diese Professionalisierung als einen den zeitgemäßen Bedürfnissen der ideologischen Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft entstammenden und von ihnen untrennbaren Prozeß betrachtet, nicht aber als eine „allmähliche Freistellung der Intelligenz“ vom „Interessen- und Anschauungskreis der gesellschaftlichen Umwelt“. Wenn Langes Standpunkt richtig wäre, so könnte dies – in Anlehnung an die Grundlagen der Mannheimschen Wissenssoziologie – als Basis der Auffassung von der „Entideologisierung“ dienen; oder wenigstens – wie im Falle von Mills und seinen Anhängern – zur Leugnung der Klassenbestimmtheit der Gesellschaftswissenschaften. Lange befindet sich auf falscher Fährte, wenn er sich in seiner Interpretation der Professionalisierung der Wirtschafts-[52]wissenschaft auf jene Feststellung von Engels beruft, daß die Professionalisierung der Politik, des Rechts, der Religion, der Philosophie sie zu „besonderen Zweigen der Arbeitsteilung“ umformt. Wenn Langes Interpretation richtig wäre, würde das ja auch bedeuten, daß sich zum Beispiel infolge der „Professionalisierung der Politik“ die Fachgarde der Politiker der bürgerlichen Gesellschaft irgendwie „dem Interessen- und Anschauungskreis jener gesellschaftlichen Umwelt entziehen könnte,

<sup>53</sup> K. Marx/F. Engels, Werke, Bd. 26.3, S. 492.

<sup>54</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 14, Berlin 1962, S. 347.

der sie entwuchs“. Engels lenkte in seinem von Lange erwähnten Brief tatsächlich die Aufmerksamkeit darauf, daß einerseits zwischen den Erscheinungen der Basis und des Überbaus nicht nur ein einfaches kausales Verhältnis, sondern eine Wechselwirkung besteht, in der aber die Wirtschaft die bestimmende Rolle innehat, und daß andererseits diese besonderen Zweige der Arbeitsteilung ihre eigene relative Selbständigkeit besitzen, die sich aber nicht im Verschwinden ihrer Klassenzugehörigkeit, ihrer ideologischen Funktion zeigt, sondern in der Differenziertheit dieser Rollen – daß sie sich also ihrer Umwelt jeweils auf eigene Art anschließen. Die Professionalisierung der Wirtschaftswissenschaft bildet in den bürgerlichen Exponenten ein falsches Bewußtsein aus – als stünden sie jeder Klassenvoreingenommenheit völlig fern. Die Aufgabe der Marxisten-Leninisten besteht aber nicht darin, dieses falsche Bewußtsein zu bestätigen, sondern darin, es auf seine gesellschaftlichen Wurzeln zurückzuführen und dadurch zu widerlegen.

Diese Verknüpfung mit den Interessen der Umwelt führt aber – wie dies Lange an anderer Stelle richtig betont – noch keineswegs zu irgendeiner Undifferenziertheit der Stellungnahmen. In den heutigen entwickelten kapitalistischen Ländern ist ja die soziale Umwelt mit ihren Interessen und Ideen auch selbst stark differenziert. Es ist bekannt, daß Marx bereits unter den Verhältnissen des Frühkapitalismus von diesem Gesichtspunkt aus einen bestimmten Unterschied zwischen den Ansichten zum Beispiel von Ricardo, Malthus und Sismondi machte. Eine solche Unterscheidung ist aber auch heute – mutatis mutandis – wenigstens in gleichem Maße berechtigt. Neben den auch von Lange angeführten Gründen ist es wichtig, jene Leninsche Analyse in Betracht zu ziehen, die beweist, daß man die unter monopolkapitalistischen Verhältnissen zu-[53]stande kommenden Widersprüche nicht *ausschließlich* auf den grundlegenden Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus zurückführen darf, weil die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen notwendigerweise auch die Widersprüche zwischen *Imperialismus und Demokratie* zustande bringen und sie verschärfen. Dies ist eine der wichtigsten objektiven Quellen – und auch einer der motivierenden Faktoren – der in den bürgerlichen Sozialwissenschaften zum Ausdruck gelangenden gegensätzlichen Ansichten.

Wie sehr Lange die Folgen der Professionalisierung der Wissenschaften idealisiert, zeigen auch einige – durchaus nicht marxistische – Ansichten, die im Laufe der Ideologie-Debatte zur Sprache kamen. R. A. Haber schrieb in seinem Referat darüber folgendes: „Die Intelligenz ist heute nicht unabhängig, obwohl Rang und materielle Belohnung ihr nicht vorenthalten werden. Ihre Stellung beschränkt sich nicht mehr nur auf die relativ isolierten akademischen Gemeinschaften. Als beratende Experten werden sie, während andere die Ziele der Politik bestimmen, an sämtlichen Institutionen von großer Bedeutung angestellt: bei Aktiengesellschaften, Gewerkschaften, Regierungsorganen, Stiftungen, Kirchen usw. Die Intelligenz kann Geld für Forschungen erhalten, die unter die Definition der allgemeinen gesellschaftlichen Wohlfahrt fallen. Sie darf publizieren, und ihr Weiterkommen hängt wirklich in weitem Umfang von Publikationen ab, die der Beurteilung ihrer Kollegen entsprechen, das heißt, in den Rahmen ihres Wertsystems passen. Die akademische Gemeinschaft steht ideologischen Formulierungen betont feindlich gegenüber. Ihr Interesse, vorwärts zu kommen, bringt sie dazu, die Wertmaßstäbe und Gesinnungen der Gesellschaft anzunehmen.“<sup>55</sup> H. D. Aiken schreibt in seinem Aufsatz folgendes: „Wir verkünden noch unsere Loyalität gegenüber der Idee der ‚freien Forschung‘, es ist aber eine Tatsache, daß der Staat für unsere wissenschaftlichen Forschungen indirekt oder direkt die hauptsächlichsten Ressourcen bietet und die Politik die meisten Stimulanzien; und wenn sie einige glückliche wissenschaftliche Prominente auch heute noch zu der ‚reinen‘ oder ‚Grundlagen‘ Forschung anspornen, die ihren Interessen entspricht, so ist der Grund nicht darin zu suchen, daß diese Studien die wesentlichen inneren Bedürfnisse der Betroffenen befriedigen, [54] sondern vor allem darin, daß der Staat ohne sie nicht bestehen könnte. Tatsächlich erscheinen unsere Universitäten und Regierungen zusammen mit unseren großen Industriekomplexen immer mehr als verbindende und zusammenfassende Arme einer großen – zwar kopflosen – politischen Institution.“<sup>56</sup>

Übrigens trifft auch Lange selbst an mehreren Stellen seines Buches ähnliche oder noch kräftigere Feststellungen, zum Beispiel: „Was die materiellen Mittel betrifft, so werden diese von der Bourgeoisie

<sup>55</sup> R. A. Haber, *The End of Ideology as Ideology*, in: *The End of Ideology Debate*, New York 1968, S. 196-197

<sup>56</sup> H. D. Aiken, *The Revolt Against Ideology*, ebenda, S. 229

in Form von Instituten, Einrichtungen usw. zwar recht umfangreich bereitgestellt, aber nur für Forschungsaufgaben in einem engen abgegrenzten Bereich, auf dem Gebiet spezieller, die Bourgeoisie interessierender Probleme, also hauptsächlich der Wirtschaftsstatistik, Ökonometrie, Optimierung, Kybernetik usw. sowie eventuell auch auf dem Gebiet bestimmter Probleme der Wachstumstheorie. Es gibt dagegen aber keine Mittel für die Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen grundlegender Probleme der politischen Ökonomie. Auf diesem Gebiet tritt an die Stelle der Wissenschaft die Apologetik, die in pseudowissenschaftlicher Form einem System von Vorurteilen über die kapitalistische Produktionsweise Ausdruck gibt, indem sie die angebliche Interessenharmonie aller gesellschaftlichen Klassen verkündet und die ökonomischen Kategorien und Gesetze des Kapitalismus in allgemeingültige Kategorien und Prinzipien des rationalen Wirtschaftens zu transferieren sucht.<sup>57</sup> Im weiteren stellt er fest, daß „die Gesellschaftswissenschaften in ihrer Gesamtheit ideologischen Charakter haben“<sup>58</sup>, und später formuliert er seine Schlußfolgerung folgendermaßen: „Das Schicksal der politischen Ökonomie ist heute also untrennbar verbunden mit der Arbeiterbewegung sowie mit dem Aufbau und der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft. Die Loslösung der politischen Ökonomie von dieser gesellschaftlichen Grundlage ist unmöglich; das würde sie zum Marasmus und zum Tode verurteilen.“<sup>59</sup> Schade ist nur, daß er nicht bemerkt, daß diese seine richtigen Feststellungen seiner vorhergehenden These widersprechen.

Meek aber – der versucht, das Buch Langes zu einem Tragpfeiler der Konzeption vom „Ende der Ideologie“ in der Wirtschaftswissenschaft zu machen – erklärt, dies beruhe auf dem [55] Widerspruch zwischen der tatsächlichen wissenschaftlichen Überzeugung und den sehr beschränkten Möglichkeiten, sie auszusprechen. Nach Meek trifft Lange die zuletzt zitierten Feststellungen – die übrigens nicht nur bloße Feststellungen sind, denn sie bestimmen ja die prinzipielle Richtung des gesamten Werkes – mit irgendeinem „versteckten Hohn“, weswegen man sie auf keinen Fall ernst nehmen dürfte. Dementsprechend kommentiert er zum Beispiel Langes Standpunkt über die subjektive Ökonomie folgendermaßen: „Die Lehre, die Lange scheinbar aus dieser Erörterung zog, ist, daß ‚in bezug auf die politische Ökonomie die subjektivistische Strömung als ein Fehlschlag betrachtet werden müsse‘. Die Lehre, die er meiner Annahme nach tatsächlich daraus zog, ist, daß jeder Weg – zur Ökonomie der Leitung führt.“<sup>60</sup> Ähnlich interpretiert Meek auch die allgemeine Meinung Langes über die bürgerliche Ökonomie: „Seine sich auf einen großen Teil der ‚bourgeoisien‘ Ökonomie beziehenden, im wesentlichen günstigen Qualifizierungen sind natürlich häufigen Beschränkungen unterzogen, die zu verkleinern ein Fehler wäre, aber Langes Aufzählung der Elemente der ‚wirklichen Wirtschaftswissenschaft‘ bleibt auch so noch erschreckend. Deswegen ist es einigermaßen überraschend, daß er am Schluß diese Elemente als ‚nur teilweise‘ vorhanden bezeichnet, und dann im weiteren – zwar mit außerordentlich sorgfältig gewählten Worten – verkündet, daß eine völlig systematische und unvoreingenommene politische Ökonomie nur dann existieren kann, wenn sie sich der Arbeiterbewegung anschließt. Diese stereotype Folgerung ist in diesem Zusammenhang derart überraschend, daß Lange es kaum erwarten durfte, daß seine Leser sie ernst nehmen.“<sup>61</sup>

Meeks Standpunkt der „Entideologisierung“ ist nicht besonders neu. Die bürgerlichen Theoretiker formulierten ihn vor mehr als einem Jahrhundert fast genauso. Meeks Eigenart besteht nur darin, daß er angeblich – wenigstens teilweise – aus einem marxistischen Herangehen zu derselben Folgerung gelangte. Dazu war aber offensichtlich eine gründliche Umformung des Marxismus notwendig, was auch in diesem Fall unter dem Vorwand einer Trennung der „ideologischen“ und der „wissenschaftlichen“ Elemente geschah; und da die bürgerliche Ökonomie in der Darstellung Meeks zu einer solchen [56] Trennung dieselben Möglichkeiten bietet, liegt die Aufgabe auf der Hand: die „Entideologisierung“ des Marxismus, um ihn auf diese Weise in die bürgerliche Ökonomie integrierbar, die „Entideologisierung“ der politischen Ökonomie, um sie auf diese Weise in den Marxismus-Leninismus integrierbar zu machen. Die so zustande gekommene „Synthese“ – die übrigens gespenstisch

<sup>57</sup> O. Lange, Politische Ökonomie, a. a. O., S. 349

<sup>58</sup> Ebenda, S. 352

<sup>59</sup> Ebenda, S. 371/372.

<sup>60</sup> R. L. Meek, Economics and Ideology ..., ebenda, S. 219.

<sup>61</sup> Ebenda, S. 221.



dem Rezept der Mannheimschen Wissenssoziologie ähnelt – ist das zu erreichende Ziel. Meeks gesamte Argumentation will diese „Synthese“ begründen; sie werde durch ein „neues Modell der kapitalistischen Entwicklung“ vollzogen. Zur Lösung dieser Aufgabe – behauptet Meek – kann die *Theorie* der marxistischen politischen Ökonomie nur sehr wenig beitragen, weil davon nur einige „allgemeine Methoden und die Mittel der Analyse übrigblieben“. Die Aufgabe besteht also nach Meek in folgendem: „... es muß danach getrachtet werden, einige grundlegende Marxsche Ideen in die orthodoxe Wirtschaftstheorie einzuführen, besonders in jene Teile, wo sich Mängel zeigen, wegen der von Marx betonten Außerachtlassung der soziologischen Faktoren.“<sup>62</sup>

Meek hält „Das Kapital“ lediglich für einen mehr oder weniger idealisierten Ausdruck des „Modells“ des in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herrschenden Kapitalismus der freien Konkurrenz. Auch dann, wenn wir von den erkenntnistheoretischen Zweideutigkeiten absehen, die sich in dem Ausdruck „Modell“ verbergen, ist eine derartige theoretische Reduktion des „Kapitals“ offensichtlich unannehmbar. „Das Kapital“ enthält zwar eine theoretisch adäquate Widerspiegelung des Kapitalismus des freien Wettbewerbs, aber auch noch viel mehr: Über eine allgemeine Charakterisierung der Warenverhältnisse hinausgehend, enthält es eine verallgemeinernde Zusammenfassung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der daraus entspringenden Bewegungsgesetze, also all das, was trotz der wesentlichen Unterschiede die verschiedenen Etappen der kapitalistischen Wirtschaft zu *einer einzigen Produktionsweise* macht. „Das Kapital“ ist deshalb eine allgemeine und unentbehrliche theoretische Basis zur Untersuchung des Kapitalismus in sämtlichen Etappen seiner Entwicklung.

Meek erblickt also die Möglichkeit einer „Synthese“ vor allem darin, daß die Faktoren der marxistisch-leninistischen Soziologie in die Thesen der bürgerlichen Wirtschaftslehre [57] integriert werden. So behauptet er zum Beispiel, daß die Marxsche Werttheorie heute nur einen sehr geringen operativen Inhalt besitze und daß auch die Mehrwerttheorie im wesentlichen außer Kraft gesetzt worden sei, weil im heutigen Kapitalismus der Arbeitslohn um vieles höher sei als der Wert der Arbeitskraft. Als Lösung betrachtet er es deshalb, an die Stelle dieser Theorien die bürgerliche Auffassung von der Marktpreisgestaltung zu setzen und sie dahingehend zu ergänzen, daß die von Marx betonten ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse als *Grundlage* der Preisbildung genommen werden müßten.

Diese Konzeption der „Synthese“ enthält jedoch schreiende logische Widersprüche. Es liegt erstens auf der Hand, daß die Marxsche Werttheorie und die bürgerliche Auffassung des Prozesses der Marktpreisbildung einander nicht gegenübergestellt und nicht miteinander ausgetauscht werden können, denn sie gehören ja völlig verschiedenen Sphären der Analyse an. Das Wesen der marxistischen Werttheorie ist eine Untersuchung der objektiven Verhältnisse der Warenproduktion und der hinter den langfristigen Tendenzen der Preisbildung verborgenen Gesetzmäßigkeiten, nicht aber eine Erklärung der konkreten Marktpreisbildung. Im 3. Band des „Kapitals“ betont Marx ausdrücklich, daß die Untersuchung der Konkurrenz außerhalb der Ziele seiner Arbeit steht. Die bürgerliche Auffassung der Marktpreise dagegen – wenn wir, wie es auch Meek macht, von ihren werttheoretischen Belangen absehen – untersucht die zwischen den Faktoren der Preisbildung am Markt vorhandenen funktionalen Zusammenhänge und sagt nichts über die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen Verhältnisse aus.

Wie kann man aber andererseits die Existenz der von Marx betonten gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse voraussetzen, wenn die Kategorien verworfen werden, die lediglich begriffliche Ausdrücke dieser Verhältnisse sind? Wenn die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie ihre Bedeutung verloren hat, wie können wir dann über die Geltung des Marxschen gesellschaftlichen Inhalts sprechen? Hinter dem Durcheinander der Inkonsequenzen verbirgt sich bei Meek das unlösbare Dilemma, wie man den Marxismus-Leninismus zugleich verwerfen und im Sinne bürgerlicher Nutzenanwendung erhalten könne.

[58] Hier ist aber keineswegs nur von einem persönlichen Dilemma Meeks die Rede. Seit es offensichtlich wurde, daß eine einfache Ablehnung von Marx auch vom Gesichtspunkt der bürgerlichen Ökonomie aus kein beschreitbarer Weg ist, lebten die der Argumentation Meeks ähnlichen Versuche

<sup>62</sup> Ebenda, S. 110.

wieder auf, die Probleme des „Verhältnisses zwischen Marx und der modernen Ökonomie“ zu lösen. Dies ergibt sich klar aus dem vor kurzem erschienenen, von David Horowitz zusammengestellten repräsentativen Studienband, dessen grundlegendes Motiv die „Synthese“ oder „Integration“ der Marxistischen politischen Ökonomie und der heutigen bürgerlichen Ökonomie ist. Innerhalb dieses Studienbandes ist wiederum am repräsentativsten eine vor Jahrzehnten verfaßte Arbeit Oskar Langes, die zuerst in der Juninummer (1935) der Zeitschrift „The Review of Economic Studies“ erschienen war. Langes Arbeit gehört zu denen, die auch dann eine Wirkung ausüben, wenn ihre Verfasser in vielen Bezügen über das darin erörterte Thema hinausgehen, weil sie in der heutigen Lage sehr geeignet dazu sind, ein aktuelles ideologisches Bedürfnis zu befriedigen. Der Hauptgedanke auch dieser Studie Langes ist, daß die soziologische Anschauungsweise der Marxschen politischen Ökonomie mit den Analyseergebnissen der „bourgeois“ Ökonomie – Lange gebrauchte damals noch das Attribut *bourgeois* in Anführungszeichen – verknüpft werden müsse. Nach Lange war nur die marxistische politische Ökonomie dazu fähig, eine zusammenhängende theoretische Erklärung der Entwicklung des Kapitalismus zu geben. Diesem Lob fügte Lange jedoch hinzu: „Diese Überlegenheit der marxistischen Ökonomie ist aber nur eine teilweise. Es gibt ziemlich viele Probleme, denen gegenüber die marxistische Ökonomie völlig ohnmächtig ist, die die ‚bourgeoise‘ Ökonomie aber relativ leicht löst. Was kann die marxistische Ökonomie über die Monopolpreise sagen? Und was über die grundlegenden Probleme der Geld- und Kredittheorie? ... Und – Ironie des Schicksals! – wodurch kann die marxistische Ökonomie zur optimalen Verteilung der Ressourcen in einer sozialistischen Wirtschaft beitragen? Es ist offensichtlich, daß die relativen Verdienste der marxistischen Ökonomie und der ‚bourgeois‘ modernen ökonomischen Theorien verschiedenen Bereichen angehören. Die marxisti-[59]sche Ökonomie vermag die wirtschaftliche Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zu einer zusammenhängenden Theorie auszuarbeiten ..., die ‚bourgeois‘ Ökonomen aber können außer einer bloßen wirtschaftshistorischen Beschreibung nichts geben. Andererseits vermag die ‚bourgeoise‘ Ökonomie das Gebiet des alltäglichen Lebens der kapitalistischen Wirtschaft auf eine Weise zu umfassen, daß sie alles, was die Marxisten bieten können, weit überragt.“<sup>63</sup> Lange bemerkte dann nicht ohne Ironie: „Die Marshallsche Ökonomie kann offensichtlich mehr für die Leitung des Wirtschaftssystems Sowjet-Rußlands bieten als die marxistische, obzwar die marxistische sicherlich eine wirksamere Grundlage dafür bietet, die Zukunft des Kapitalismus vorauszusagen.“<sup>64</sup> Lange erklärt – ähnlich wie J. Robinson –, der Grund des Zurückbleibens der marxistischen Ökonomie sei das Festhalten an der Arbeitswerttheorie, deren ausschließliche Funktion auch er in der ideologischen Argumentation zur Begründung der Ausbeutung sah.

Ja auch dann, wenn wir nur bei den von Lange erwähnten Fällen bleiben, ist es offensichtlich, daß die marxistische politische Ökonomie zum Beispiel nur dann nicht zum Verständnis und zur Erörterung des Monopolpreises beitragen kann, wenn man in ihm alles mögliche sieht, nur nicht seinen Zusammenhang mit der neuen Entwicklungsetappe der Preisgestaltung auf dem Markt, mit dem Monopolkapitalismus. Darauf wies übrigens Lange in seiner späteren Arbeit selbst in aller Deutlichkeit hin: Diese Theorie sieht „in der Analyse der Monopole und der monopolistischen Konkurrenz ausschließlich ein Problem des Marktes. Sie sieht nicht, daß die Marktbesonderheiten sich aus dem spezifischen Charakter der Produktionsverhältnisse in der Periode des Monopolkapitalismus ergeben. Da diese Theorie das ganze Problem nur als eine Frage, der ‚Unvollkommenheiten des Marktes‘ betrachtet, verliert sie die wesentlichen Seiten der untersuchten Prozesse aus den Augen und wird unfähig, irgendwelche praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen.“<sup>65</sup>

Was aber jene Feststellung Langes betrifft, daß die Wirtschaftstheorie von Marshall – im Gegensatz zur Unfruchtbarkeit der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie – als geeignete Grundlage zur wirtschaftlichen Aufbauarbeit der [60] Sowjetunion in der Periode der sozialistischen Industrialisierung hätte dienen können, so genügt es vielleicht, hierzu die Ansicht Joan Robinsons zu zitieren:

<sup>63</sup> O. Lange, *Marxian Economics and Modern Economic Theory*, in: *Marx and Modern Economics*, New York-London 1968, S. 71.

<sup>64</sup> Ebenda, S. 72.

<sup>65</sup> O. Lange, *Politische Ökonomie*, a. a. O., S. 345.

„Ein großes Verdienst des Marxismus besteht darin, daß er die Planer von dem Glauben an eine akademische Ökonomie befreite. Stellen wir uns die heutige Lage der russischen Industrie vor, wenn die Ökonomen ihre Aufgabe darin gesehen hätten, ‚die gegebenen Ressourcen unter alternativen Zielsetzungen zu verteilen‘ anstatt auf dem Wege der Investitionen, der Forschung und der Erziehung ‚die Produktionskraft der gesellschaftlichen Arbeit zu steigern‘.“<sup>66</sup>

Diese Formulierung von J. Robinson weist sicherlich richtig auf die Schranken der Anwendung einiger „praxeologischer“ Methoden hin, besonders, wenn die Richtung der Wirtschaftsentwicklung entscheidend durch gesellschaftlich-politische Faktoren bestimmt wird. In einer allgemeineren Form aber kann die Folgerung formuliert werden, daß die Anwendung von Teilergebnissen der bürgerlichen Ökonomie nicht auf eklektische Art geschehen dürfe, so daß unter der Devise der Entideologisierung die Klassenwidersprüche verschleiert werden.

Schließlich kann die Frage gestellt werden: wie kann überhaupt mit dem Programm der „Entideologisierung“ jener Vorschlag von Meek – und anderer – vereinbart werden, die Lücken der bürgerlichen Wirtschaftstheorie mittels der Faktoren der marxistisch-leninistischen Soziologie zu schließen? Wenn man dabei an die bestimmende Rolle der objektiven gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse denkt, dann wird es offensichtlich, daß die Probleme der politischen Ökonomie nicht auf technisch-methodologische Fragen reduziert werden können, so daß dann das ganze Programm der „Entideologisierung“ verlorengehen würde. Wenn man dies aber vermeiden will, muß man unter den Faktoren der marxistischen Soziologie in Wirklichkeit einige methodologische Verfahren verstehen, die mit jeder beliebigen theoretischen Konzeption zu vereinbaren wären.

Meek schlägt, wenn auch indirekt, den Weg der relativierenden Interpretation des Marxismus von Mannheim und Schumpeter ein. (Übrigens hat Meek Schumpeter als einen seiner wichtigsten Inspiratoren bei der Ausarbeitung des [61] Entideologisierungsprogramms der politischen Ökonomie bezeichnet.) Ein seit Jahrzehnten beliebtes Verfahren relativistischen Uminterpretation des Marxismus-Leninismus besteht in der Trennung der marxistisch-leninistischen Theorie von der dialektisch-materialistischen Methode und in der metaphysischen Entgegensetzung beider. Diesen Konstruktionen folgt auch Meek. Bei ihm wird die dialektisch-materialistische Methode vom Gesichtspunkt des wissenschaftlichen Inhalts aus zu irgendeinem neutralen und formalen Verfahren. Nach Schumpeter und Meek kann die marxistisch-leninistische Methode genauso mit jeder theoretischen Konzeption verknüpft werden wie zum Beispiel die Beweisverfahren der formalen Logik.

Hier zeigt sich klar die Folge einer Gebietseroberung der empiristisch-positivistischen Anschauungsweise: das Hinausdrängen der Dialektik. Die Ideologiefreiheit der ökonomischen Analyse betonte Schumpeter nicht von ungefähr in seiner Feststellung, nach der „Marx es nicht zuließ, daß seine Analyse durch die Hegelsche Philosophie beeinflusst werde“.<sup>67</sup> Als „der erste umfassende und bewußte Erschließer der allgemeinen Bewegungsformen“ der Dialektik war ja Hegel bereits mit der Einheit von Theorie und Methode in der Philosophie völlig im reinen. Der Gedanke, daß die Erkenntnis der *Methodik* nicht von der *wissenschaftlichen Erkenntnis* getrennt werden kann, ist eine Kardinalthese der Hegelschen Kritik der Kantschen Philosophie und zugleich eines der am meisten vorwärtsweisenden dialektischen Elemente der gesamten Philosophie von Hegel. Wenn man unter Methode nicht etwas Äußerliches, eine hinsichtlich der theoretischen Konzeption neutrale Sache versteht, die für jede Tendenz nutzbar ist, dann kann diese Methode nur etwas sein, was mit dem Wesen der Theorie verbunden ist. Diesen inneren Zusammenhang drückt Hegel in einer etwas poetischen Form damit aus, daß die Methode die lebende Seele des wissenschaftlichen Inhalts sei. Dementsprechend diente also die die Kapitalkonzentration behandelnde Marxsche *Theorie* für Lenin als *Methode* bei der Ausarbeitung seiner Konzeption über den Imperialismus. Die Leninsche *Imperialismustheorie* dagegen dient als *Methode* für die heutigen Marxisten-Leninisten bei der Untersuchung des gegenwärtigen Kapitalismus.

<sup>66</sup> J. Robinson, *Marxism: Religion and Science*, in: *Collected Economic Papers*, Bd. III, S. 153.

<sup>67</sup> J. A. Schumpeter, *History of Economic Analysis*, S. 392.

[62] Es handelt sich bei der relativierenden Uminterpretation des Marxismus-Leninismus – speziell was die Zerschlagung seiner Einheit von Theorie und Methode betrifft – um eine Position, die dem dialektischen und historischen Materialismus diametral entgegengesetzt ist. Schumpeter und Meek halten den Marxismus-Leninismus für ein Konglomerat voneinander isolierter Elemente, die ohne jeden notwendigen inneren Zusammenhang sind. Gegenüber dem mit dem Programm des „konsequenten Empirismus“ auftretenden Struve betonte bereits Lenin: „... in Worten ist der Respekt [vor Marx] geblieben, in der Tat hat das seit jeher fehlende Verständnis für die materialistische Dialektik ... unvermeidlich zu einer Absage auch an die Arbeitswerttheorie geführt“, und weiter heißt es, daß – wie Struve selbst zuzugeben genötigt ist – „bei Marx die Philosophie und die politische Ökonomie zu einer *in sich geschlossenen* materialistischen Weltanschauung verbunden sind.“<sup>68</sup> Das ist für bürgerliche Ideologen weder erfaßbar noch annehmbar. Es ist ganz klar, daß der Versuch eines Hinausdrängens der Ideologie aus der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie zugleich auch ein Angriff – mit dem Ausdruck Lenins – gegen die „Logik“ des „Kapitals“ ist. Dieser Versuch dient einem sehr klaren und eindeutigen Ziel: der Umformung des Inhalts der Kategorien und Gesetze der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie und der sich darin ausdrückenden Zusammenhänge von der Position des bürgerlichen Empirismus aus. Das Wesen dieser Uminterpretation besteht darin, den grundlegenden Inhalt der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie als eine zur „Metaphysik“ führende Ideologie zu verwerfen und die heutige Gültigkeit des Marxismus-Leninismus auf einige methodologische Verfahren von gänzlich formaler Bedeutung zu beschränken.

Die relativierende Interpretation des Marxismus-Leninismus und das Programm der Entideologisierung hängen eng miteinander zusammen. Alle beide sind Ausdruck jener Anschauungsweise, die nach Talcott Parsons „durch eine relative Immunität gegen den Druck gekennzeichnet ist, die Probleme mit Ideologien in Verbindung zu bringen“ und dabei nicht viel Sorgfalt auf ein Beschäftigen mit den „globalen“ Problemen zu legen.<sup>69</sup> Hinter der Devise der Entideologi-[63]sierung taucht also die Frage auf, was das wirklich wissenschaftliche Verfahren sei: sich mit der Beschreibung der Erscheinungen zu begnügen und sich im vorhinein von einer jeden Frage abzuschließen, die die bestehenden Probleme auf die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse zurückführen will, oder den Versuch zu unternehmen, die gesellschaftlichen Konflikte, Triebkräfte und Entwicklungsgesetze unserer Zeit zu erklären. Hinter der Gegenüberstellung von Ideologie und Wissenschaft verbergen sich in Wirklichkeit zweierlei Ideologien und eine zweifache Interpretation der Wissenschaftlichkeit. Die Devise vom „Ende der Ideologie“ verkündet *im Wesen* das *Ende der Wissenschaft* in der *Gesellschaftslehre* und dient der Sache jener Ideologie, die die Klasseninteressen verschleiern will und vor einer tieferschürfenden wissenschaftlichen Untersuchung zurückweicht.

## Der Positivismus und die Theorie der Industriegesellschaft

Die Proklamation der Konzeption vom „Ende der Ideologie“ durch die Vertreter der bürgerlichen Sozialwissenschaften hat bei weitem nicht nur das Ziel, die „Autonomie der Wissenschaften“ gegenüber dem „ideologischen Einfluß“ des Marxismus-Leninismus zu verfechten, wie das zum Beispiel D. Bell<sup>70</sup> behauptete, sondern soll vor allem für die Beurteilung der in unserer Epoche vor sich gehenden gesellschaftlichen Veränderungen eine geistige Plattform bieten. Diese Konzeption stellt die natürliche Folge der schon seit längerer Zeit zu beobachtenden Tendenzen in den bürgerlichen Sozialwissenschaften dar.

In der heutigen bürgerlichen Ideologie ist das Bestreben zu erkennen, die Auffassungen des Marxismus-Leninismus über den Verfall des Kapitalismus und die Notwendigkeit des Sozialismus so hinzustellen, als ob zwei logisch nicht zueinander passende Sätze willkürlich zusammengeschweißt worden wären. In seinem 1941 erschienenen und seitdem in vielen Sprachen und Auflagen verbreiteten Buch „The Managerial Revolution“ schreibt J. Burnham darüber folgendes: „Bei einer Übersicht über

<sup>68</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 184, 188.

<sup>69</sup> Vgl. The End of Ideology Debate, New York 1968, S. 317.

<sup>70</sup> „Die Autonomie der Wissenschaft ist eine der Fragen, die die marxistische Denkweise noch nie in befriedigender Weise lösen konnte.“ (D. Bell, The End of Ideology, New York 1960, S. 378)

die marxistische Literatur wird. [64] einem schnell klar, daß diese viel tiefer in die Analyse des Kapitalismus sich vertieft, auf Grund derer sie zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der Kapitalismus nicht bestehen bleibt, ... als in die Analyse, mit der sie probiert, den durchaus wichtigen positiven Glauben zu belegen, daß der Sozialismus den Kapitalismus ablöst. Selbst die uneingeschränkte Anerkennung der ersten Behauptung – und ich stimme in sehr vielem mit ihr überein – zwingt in keiner Weise dazu, die zweite zu akzeptieren.“<sup>71</sup> Auch der bürgerlich-liberale Popper, der ganz andere Anschauungen vertrat als der ehemalige Trotzki und spätere Ultrareaktionär Burnham, gelangt in seinem fast zur gleichen Zeit geschriebenen Werk zu einem ähnlichen Standpunkt: „Weder Marx noch ein anderer haben bewiesen, daß der Sozialismus ... die einzig mögliche Alternative zu dem wirtschaftlichen System der unbarmherzigen Ausbeutung wäre, welches er vor einem Jahrhundert (1845) zum erstenmal beschrieb und Kapitalismus nannte.“<sup>72</sup>

Diese Stellungnahmen tragen alle *in statu nascendi* die Tendenz der Ideologie der heutigen Bourgeoisie in sich, wonach sich in der Perspektive die Überwindung des Kapitalismus von der Verwirklichung des Sozialismus trennt und die Entwicklung ein Stadium erreicht, in dem die Trennung der beiden Systeme ihren Sinn verliert. Am deutlichsten verwirklicht sich dieses Bemühen in den verschiedenen Versionen der sogenannten Theorie der Industriegesellschaft und ihren konvergenztheoretischen Schlußfolgerungen.

Die Theorie der Industriegesellschaft bemüht sich, aus den Widersprüchen der gesellschaftlichen Entwicklung Argumente dafür zu beziehen, daß sich die sozialistische Umwälzung im allgemeinen nicht mit den am weitesten entwickelten Produktivkräften paart, und will – davon ableitend – „bessere“ Kriterien zur Beurteilung des gesellschaftlichen Fortschritts geben. Diese Absicht zeigt sich am deutlichsten in der einseitigen Betonung des Technischen. Die Beurteilung des gesellschaftlichen Fortschritts nach rein technischen Gesichtspunkten erfordert nämlich in der gegebenen Situation bei Nichtbeachtung der inneren Dialektik der Entwicklung *nicht* die Anerkennung der Notwendigkeit des Sozialismus. Ja im Gegenteil, die Vertreter dieser Anschauung versuchen, die [65] Ansicht glaubhaft zu verbreiten, daß die in unserer Zeit vor sich gehende wissenschaftlich-technische Revolution die gesellschaftliche Revolution „einspart“, weil sie die objektiven Quellen früherer gesellschaftlicher Konflikte beseitige. Die unzweifelhaften Ergebnisse des Sozialismus erschweren es ihnen jedoch, die Überlegenheit des Kapitalismus in direkter Form zu beweisen. So schreibt z. B. Raymond Aron: „Noch vor einem halben Jahrhundert schienen Großbritannien, Frankreich, Deutschland, ein jedes Land für sich allein, Rußland überlegen zu sein; heute kommt Sowjetrußland als wirtschaftlich-militärische Macht allen zusammen gleich. In gewissen Punkten übertrifft es sogar die Hauptländer Europas zusammengenommen.“<sup>73</sup> Bei weitem nicht nur Konstatieren von Fakten, sondern auch eine wesentliche Modifizierung der Grundeinstellung der bürgerlichen Ideologen bedeutet eine heute schon banal anmutende Feststellung in einem Werk des neoliberalen G. N. Halm: „Die westlichen Beobachter der sowjetischen Wirtschaft mußten den Gedanken vom russischen Zusammenbruch spätestens dann aufgeben, als durch den Erfolg des Sputniks unbestreitbar wurde, daß die zentral geleitete Wirtschaft auf vorrangig wichtigen Gebieten wirkungsvolle Ergebnisse erreichen kann ...“<sup>74</sup> Diese zwingende Kraft der objektiven Wirklichkeit, die selbst die bürgerlichen Ideologen in Betracht ziehen mußten, spiegelt sich darin wider, daß die Theorie der Industriegesellschaft die Kriterien des gesellschaftlichen Fortschritts nicht mit den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen verknüpft und so bemüht ist, ihnen einen äußeren Schein von sozialer Neutralität zu verleihen. Nach dieser Auffassung erscheinen Kapitalismus und Sozialismus lediglich als Formen ein und desselben Typs einer im wesentlichen und ausschließlich durch technische Kriterien charakterisierten „Industriegesellschaft“.

Die Theorie der Industriegesellschaft – ebenso wie die mit ihr verwandten oder aus ihr hervorgegangenen Auffassungen von der „technotronischen Gesellschaft“ oder der „postindustriellen Gesellschaft“ – versucht allerdings nicht nur die „überholte Auffassung“ von der Alternative Kapitalismus

<sup>71</sup> J. Burnham, *The Managerial Revolution*, London 1945, S. 37.

<sup>72</sup> K. R. Popper, *The Open Society and Its Enemies*, Bd. II, a. a. O., S. 140.

<sup>73</sup> R. Aron, *Die industrielle Gesellschaft*, a. a. O., S. 251.

<sup>74</sup> G. N. Halm, *Will Market Economies and Planned Economies Converge?*, in: *Roads to Freedom*, a. a. O., S. 75-76.

– Sozialismus zu „berichtigen“, sondern bemüht sich auch, die marxistische Analyse, die die in den heutigen entwickelten kapitalistischen Ländern herrschenden Verhältnisse als System [66] des staatsmonopolistischen Kapitalismus auffaßt, als vom wissenschaftlichen Standpunkt irrelevant hinzustellen. Dies erfordert die Mythologisierung der Technik, die Ableitung aller wichtigen Züge des gesellschaftlichen Lebens aus der Wesensart der technischen Entwicklung und vor allem die Trennung der Politik von den Produktionsverhältnissen.

Die neuen historischen Bedingungen drücken sich in den modischen Richtungen der bürgerlichen Sozialwissenschaften so aus, daß man die Anerkennung der *Möglichkeit* des Sozialismus mit der Negierung seiner *Notwendigkeit* kombiniert. Diese Möglichkeit beschränken die bürgerlichen Ideologen jedoch auf einen relativ niedrigen Grad der wirtschaftlichen Entwicklung. Der historische Platz des Sozialismus besteht ihrer Meinung nach nicht in der Überwindung des Kapitalismus, sondern in der möglichen Ersetzung einer relativ frühen Phase der kapitalistischen Entwicklung. Diese Auffassung vom gesellschaftlichen Indeterminismus paart sich gleichzeitig mit technizistischem Fatalismus: Kapitalismus und Sozialismus werden gleichermaßen zu lediglich äußeren Formen der Verwirklichung gleicher Notwendigkeiten der technischen Entwicklung, beide erfüllen dieselbe historische Funktion, und im Endeffekt hängt es nur von subjektiven Faktoren ab, welche von den beiden Möglichkeiten man in einem Land wählt.

Gleichzeitig sind die heutigen bürgerlichen Sozialwissenschaften unter den immer stärkeren Einfluß der Anschauungen des „modernen“ Positivismus geraten und dabei – vom Standpunkt der hier zu behandelnden Fragen aus – vor allem unter den Einfluß der Richtung, deren wirkungsvollster Interpret K. R. Popper ist. Er spricht in expliziter Weise nämlich all das aus, was die Theorie der Industriegesellschaft unausgesprochen voraussetzt.<sup>75</sup>

Poppers Auffassungen – die wir hier natürlich nur in den Hauptzügen skizzieren können – waren den bürgerlichen Sozialwissenschaften deshalb sehr willkommen, weil er anstelle der „metaphysischen“ Abirrungen des dialektischen Materialismus eine „wirklich wissenschaftliche“ Methode anbietet. Popper betrachtet den Materialismus – unter dem er in Wirklichkeit eine Art des Empirismus versteht – als noch verzeihbare Sünde, der wirkliche Skandal ist für ihn die Dialektik. „Man könnte das marxistische Element dieser Theorie“, [67] behauptet er, „relativ leicht so formulieren, daß kein ernsterer Einwand dagegen mehr zu erheben wäre.“ „... doch dank der Dialektik entwickelte sich der Marxismus zu einem Dogmatismus, der mit Hilfe der dialektischen Methode elastisch genug ist, jedem weiteren Angriff auszuweichen.“<sup>76</sup> Diese „Elastizität“ bedeutet in der Popperschen Deutung, daß die Dialektik gegen das Grundkriterium der Wissenschaft, die Möglichkeit der Widerlegung, verstößt. Popper hält zur Herausbildung der „wirklich wissenschaftlichen“ Methode vor allem den Verzicht auf „Historizismus“ und „Essentialismus“ für unbedingt notwendig; mit anderen Worten, er verlangt den Verzicht auf die Anschauung, nach der objektive Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung erkannt werden können und soziale Erscheinungsformen und Prozesse auf die ihnen immanenten und wesentlichen Zusammenhänge zurückzuführen sind.<sup>77</sup>

Aus einer solchen Auffassung von Wissenschaftlichkeit ergibt sich logisch, daß jeder Versuch, die gegenwärtigen Veränderungen und die damit verbundenen Institutionen, Organisationen, Wirtschaftsformen und Mechanismen vor allem auf den qualitativen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus zurückzuführen (Essentialismus), von vornherein als ziellos betrachtet werden muß.

<sup>75</sup> Es ist kaum zu bezweifeln, daß J. Robinson und F. A. Hayek zwei extreme Pole der heutigen bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft bilden. Vom methodologischen Standpunkt aus werden sie jedoch beide für die Lehrmeister von Popper gehalten. (Vgl. J. Robinson, *Economic Philosophy*; F. A. Hayek, *Studies in Philosophy, Politics and Economics*.)

<sup>76</sup> K. R. Popper, *Conjectures and Refutations*, London 1963, S. 331, 334.

<sup>77</sup> Nach Popper vertritt derjenige den Historizismus, „der danach strebt, den Sinn des Stückes, das man auf der Bühne der Geschichte spielt, zu verstehen, der die Gesetze der historischen Entwicklung verstehen will. Falls ihm das gelingt, ist er natürlich in der Lage, die zukünftigen Geschehnisse vorauszusagen.“ Wie leicht zu erkennen ist, bedeutet der Marxismus die „reinste, gefährlichste Form des Historizismus“ (K. R. Popper, *The Open Society and Its Enemies*, Bd. I, S. 7-8; Bd. II, S. 81). Der Essentialismus ist nach Popper der Ausdruck einer Verhaltensweise, nach der die besten, wirklich wissenschaftlichen Theorien diejenigen sind, die das ‚Wesen‘ [‚essences‘] der Dinge oder ihre ‚wesentliche Natur‘ [‚essential natures‘] aufzeigen – die Wirklichkeit hinter den Erscheinungen“. (K. R. Popper, *Conjectures and Refutations*, a. a. O., S. 104)

Ebenso befindet sich jede Analyse der Erscheinungen der Produktionsweise, die in ihren Schlußfolgerungen auf die Notwendigkeit des Übergangs eines gesellschaftlichen Systems in ein höher entwickeltes hinweist (Historizismus), außerhalb des wissenschaftlichen Territoriums. Versuche dieser Art, wie sie für die Theorie des Marxismus-Leninismus charakteristisch sind, widersprechen den positivistischen Kriterien der Wissenschaftlichkeit und sind deshalb nicht nur falsch, sondern – wenigstens vom wissenschaftlichen Standpunkt aus – sinnlos. Die Wahl zwischen gesellschaftlichen Systemen, dem Kapitalismus oder dem Sozialismus, verläßt so notwendigerweise den Umkreis der Wissenschaft und wird zu einer „wertphilosophischen“ Frage.

Popper sieht die Quelle der „Verirrungen“ des Marxismus-Leninismus darin, daß dieser die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung und nicht die der *gesellschaftlichen Technologie* aufdecken wolle. Poppers Meinung nach müssen die gesellschaftlichen Aufgaben analog zur Arbeit eines Ingenieurs gelöst werden. Der Ökonom muß, hinsichtlich seiner Anschauung und Methode, zum „Sozialingenieur“ werden, die Volkswirtschaftslehre zur Wissenschaft von der „Sozialtechnologie“. Popper tritt gegen alle diejenigen auf, die den Marxismus-Leninismus mit irgendeinem ähnlichen „Großen System“ austauschen wollen. Die von ihm empfohlene Lösung ist dagegen der *allmähliche Gesellschaftsaufbau* („Stückwerk-Sozialtechnologie“) mit dem Ziel, geplante und „gewachsene“ Institutionen und gesellschaftliche Vorgänge zu kontrollieren, aufzuhalten oder zu beschleunigen.<sup>78</sup>

Diese Ansicht von Popper teilt auch R. Aron, der die Theorie der Industriegesellschaft als erster systematisch konzipierte. Er verwarft sich – im Gegensatz zu den Versuchen einiger seiner optimistischen Kollegen – energisch gegen Bemühungen, eine bürgerliche Alternative zum Marxismus aufzustellen. „Die freie Welt beginge einen verhängnisvollen Fehler“, schreibt er, „wenn sie glaube, solch eine einheitliche Ideologie schaffen zu können, die mit dem Marxismus-Leninismus zu vergleichen wäre.“<sup>79</sup> Diese Verwandtschaft der Anschauungen von Popper und Aron zeigt sich nicht nur in oberflächlichen textlichen Übereinstimmungen, sondern begründet sich auch, wie einige bürgerliche Autoren mit Recht bemerken, in einer wesentlichen inneren Verbindung. H. D. Aiken schrieb dazu folgendes: „Es gibt zahlreiche auffällige Parallelitäten zwischen Aron und den in Poppers Buch ‚Die offene Gesellschaft und ihre Feinde‘ geäußerten Auffassungen. So finden wir zum Beispiel dieselbe wesentliche Unsicherheit gegenüber der umfassenden gesellschaftlichen Planung, dasselbe Beharren auf der Unmöglichkeit, gesellschaftliches Verhalten umfassend historisch vorauszusehen, und dieselbe Verehrung der Argumente für eine ‚offene Gesellschaft‘, vor allem aber dieselbe Beschimpfung jedes Versuches, der die Richtung und den Sinn der ganzen menschlichen Geschichte bestimmen will, um daraus die allgemeinen und notwendigen Gesetze der geschichtlichen Entwicklung zu formulieren.“<sup>80</sup>

Die Reduzierung der Wirtschaftswissenschaften auf die Gesetze der „gesellschaftlichen Technologie“ beschränkt den Wirkungsbereich dieser Wissenschaft auf die Kontrolle des Funktionierens der schon vorhandenen Maschinerie – des herrschenden Systems der Produktion.

[69] Die Verbreitung dieser Auffassung hat ihre Ursache unter anderem darin, daß die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die bewußte Beeinflussung des Wirtschaftslebens und einiger Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution notwendig machte. Hierdurch wuchs die Bedeutung der Unternehmenstechnokratie und der staatlichen Bürokratie wesentlich und wurden völlig neue Leitungsmethoden ins Leben gerufen. Für die davon betroffene Bourgeoisie war der Positivismus – vermischt mit anderen verwandten Richtungen, z. B. dem Pragmatismus – die auf sie zugeschnittene, zum Teil fertig vorgefundene Anschauung, die sowohl das Bedürfnis nach rationaler Leitung erfüllte als auch die methodische Grundlage für die ideologische Aufgabe bot, die charakteristischen Züge des staatsmonopolistischen Kapitalismus hinter dem neutralen Schild der „modernen Industriegesellschaft“ zu verstecken.

Der Wandel in den Anschauungen nach dem zweiten Weltkrieg tritt deutlich zutage, wenn wir die Auffassungen der Vertreter der Theorie von der Industriegesellschaft mit der Position Burnhams zur

<sup>78</sup> Vgl. K. R. Popper, *Das Elend des Historizismus*, Tübingen 1965, S. 47 ff.

<sup>79</sup> R. Aron, *L’opium des intellectuels*, S. 326.

<sup>80</sup> H. D. Aiken, *The Revolt Against Ideology*, in: *The End of Ideology Debate*, a. a. O., S. 239.

„Manager-Revolution“ vergleichen, die übrigens eine der wichtigsten Quellen der gegenwärtigen technokratischen Richtungen darstellt. Obwohl Burnhams Buch während des zweiten Weltkrieges erschien, ist sein Standpunkt voll und ganz durch die Besonderheiten der Krise des Kapitalismus zwischen den beiden Weltkriegen determiniert. Die Grundform der Reaktion auf diese Besonderheiten war eine Demagogie, die sich in ein teilweise „antikapitalistisches Gewand“ hüllte; wobei sie nicht mehr die extremste Form dieser ideologischen Verteidigung des Kapitalismus wählen konnte, wie sie z. B. in der faschistischen Ideologie ihren Niederschlag fand.

Dementsprechend geht Burnham davon aus, daß „die Ideologien des Kapitalismus, die bürgerlichen Ideologien unfähig sind. Die Ideologie bildet die Bindeglieder, die ein gesellschaftliches Gefüge zusammenhalten; wenn sich diese Bindeglieder lockern, beginnt das Gefüge auseinanderzufallen. Unter denjenigen, die in den vergangenen zwanzig Jahren die Welt aufmerksam beobachtet haben, gibt es keinen, der an der sich immer steigenden Ohnmacht der bürgerlichen Ideologie zweifeln könnte.“<sup>81</sup> Dieser unbestreitbare Kräfteverlust der [70] traditionellen bürgerlichen Ideologie machte es notwendig, eine neue bürgerliche Ideologie zu schaffen, die angesichts der Alternative Kapitalismus – Sozialismus eine scheinbar außerhalb des Kapitalismus stehende Schicht als ihre eigene gesellschaftliche Basis bezeichnet, um an die Stelle des Sozialismus als des einzigen echten Widerparts des Kapitalismus eine dem Kapitalismus nur dem Schein nach entgegenstehende Organisationsform, die sogenannte Managergesellschaft, zu setzen. Hierzu schrieb Burnham: „Die augenblickliche Übergangsperiode ist durch den Drang der *Manager*-Klasse oder -Gruppe nach gesellschaftlicher Herrschaft, Macht und Privileg, der Stellung der herrschenden Klasse gekennzeichnet ... Dieser Drang wird von Erfolg sein. Als Folgeerscheinung dieser Übergangsperiode werden sich die Manager tatsächlich die gesellschaftliche Herrschaft erkämpfen, werden zur herrschenden Klasse der Gesellschaft. Diese Entwicklung ist hinsichtlich ihrer Verbreitung auf der ganzen Welt zu beobachten und befindet sich in fast jeder Nation schon in einem ziemlich fortgeschrittenen Stadium, obwohl der Entwicklungsstand natürlich in den einzelnen Nationen unterschiedlich ist.“<sup>82</sup> Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses „verlieren die Kapitalisten den Rang der herrschenden Klasse“.<sup>83</sup>

So sehr Burnhams Theorie nach dem zweiten Weltkrieg auch den Richtungen gelegen kam, die bemüht waren, die Notwendigkeit einer Entscheidung zwischen Kapitalismus und Sozialismus als überholt hinzustellen, enthielt seine Stellungnahme doch auch Elemente, die im Gegensatz zu den die objektive Realität der neuen Situation zum Ausdruck bringenden ideologischen Bedürfnissen standen. Vor allem entsprachen die offene Deklaration des Bankrotts des Kapitalismus und die Betonung der Notwendigkeit radikaler gesellschaftlicher Veränderungen immer weniger den neuen ideologischen Bedürfnissen der Monopolbourgeoisie und ihren antikommunistischen Zielen. *In diesen Punkten* konnten die von Popper gepriesene Methode und sein Programm der gesellschaftlichen Veränderungen wesentlich mehr bieten, als dies Burnhams Auffassungen je vermochten.

Poppers Theorie von der „gesellschaftlichen Technologie“ gründet sich gerade in der Forderung des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach der Herausbildung einer gewissen [71] planmäßigen Regulierung der wirtschaftlichen Prozesse und der dazu nötigen Institutionen, Methoden usw.<sup>84</sup> Diese Forderung der Realität spiegelt sich in der Ideologie in dem Sinne wider, daß die Regelung sich auf keinen Fall anmaße, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu verändern. Diese beiden Forderungen entsprechen den Erfordernissen der „offenen Gesellschaft“, da sie die Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln von vornherein außer acht läßt und das gesellschaftliche Problem der planmäßigen Leitung sozialökonomische Prozesse zu einer fast rein technisch-methodischen Frage simplifiziert. Es ist dies die logische Folgerung aus Poppers Auffassung, nach der eine Methode, die sich für die Lösung von Problemen der technischen Entwicklung eignet, auch für die Lösung gesellschaftlicher Probleme angewendet werden kann (dies ist übrigens der allgemeine Ausgangspunkt der in unserer Zeit so wild wuchernden technokratischen Anschauungen). Da nach Popper der „technologische

<sup>81</sup> J. Burnham, *The Managerial Revolution*, S. 33.

<sup>82</sup> Ebenda, S. 64.

<sup>83</sup> Ebenda, S. 68.

<sup>84</sup> Vgl. A. M. Gendin, *Social'noe prognozirovanie v interpretacii Karla Poppera*, *Voprosy Filosofii*, 4/1969.



Typ“ nur eines bestimmten Minimums an empirischen Kenntnissen bedarf, bedeutet jegliche Regulierung nur eine Modifizierung der Institutionen, die die Gesamtheit des Organismus unberührt läßt. Dessen Veränderung würde bereits bedeuten, sich dem unwissenschaftlichen Historizismus zu unterwerfen, der prinzipiell unerreichbare Kenntnisse voraussetzt. Darüber hinaus verbindet Popper das Prinzip des Historizismus mit der Politik des Totalitarismus, stellt es mit anderen Worten so hin, als ob durch das Akzeptieren der Unveränderlichkeit der existierenden Produktionsverhältnisse nicht die modernen Formen des kapitalistischen Besitzes, sondern die Lebensbedingungen der *offenen Gesellschaft* geschützt würden. Damit erschließt uns Popper eines der wichtigsten Charakteristika der heutigen bürgerlichen Ideologie: Er vertritt die auf bürgerliche Art definierten, aber als allgemeingültig proklamierten Argumente der Freiheit und Demokratie so, als ob diese nicht ideologisch-politisches Zubehör einer bestimmten Produktionsweise wären, sondern gleichsam „immanente Werte“ der geschichtlichen Entwicklung. Den tatsächlichen Sinn der Losung von der „offenen Gesellschaft“ finden wir eben in diesem Versuch.

Die Entwicklung der offenen Gesellschaft in der Industriegesellschaft mit Hilfe der „gesellschaftlichen Technologie“ schafft nach Popper die Möglichkeit der Freiheit und des [72] Zur-Geltung-Kommens der Persönlichkeit. Voraussetzung dieser Umgestaltung ist jedoch, daß die offene Gesellschaft nur im Rahmen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse errichtet werden kann. Alle Versuche, den historischen Übergangscharakter dieser Verhältnisse zu beweisen, werden als zum politischen Totalitarismus führender Historizismus qualifiziert, da diese Versuche mit dem Ziel unternommen würden, das Individuum den von anderen willkürlich geschaffenen Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung zu unterwerfen, die als objektive Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung deklariert würden, so daß jede Möglichkeit der Freiheit erstickt werde. Die von Popper als einziges akzeptierbares Ziel menschlicher Tätigkeit bezeichnete offene Gesellschaft ist in Wirklichkeit, hinsichtlich ihrer grundlegenden Verhältnisse, eine Gesellschaft des Status quo, das heißt des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in dem es zwar gestattet ist zu reformieren, das jedoch nicht revolutionär verändert werden darf.

Das Verwerfen der inneren Notwendigkeit des historischen Prozesses läßt sich in der positivistischen Auffassung sehr gut damit in Übereinstimmung bringen, daß der ganze Prozeß des realen Geschichtsverlaufes einem willkürlich ausgewählten Ideal untergeordnet wird. Popper formulierte dies wie folgt: „Die Geschichte selbst ... hat weder Ziel noch Sinn, wir können jedoch entscheiden, ob wir ihr beides geben. Wir können unseren Kampf für die offene Gesellschaft und gegen ihre Feinde zum Sinn der Geschichte machen ..., und wir können die Geschichte entsprechend interpretieren.“<sup>85</sup> Nach Popper darf man bei der Bestimmung des „Zieles der Geschichte“ nicht zwischen der Wissenschaft und dem Glauben, sondern man muß zwischen zwei Arten des Glaubens, zwei sogenannten Wertsystemen wählen. Wie beim Neopositivismus im allgemeinen, so stellt sich auch bei Popper der Augenblick ein, wo der laut verkündete rationalistische Wissenschaftsbegriff seine eigene Inkompetenz anmeldet und vor dem Irrationalismus und Mystizismus kapituliert. „Die Wissenschaft als solche“, schrieb Hayek, der Freund von Poppers Prinzipien, „kann über die relativen Werte der Endziele *natürlich überhaupt nichts sagen*.“<sup>86</sup> Hier ergänzen einander die positivistisch verbrämte technokratische Anschauung und ein idealistischer [73] Voluntarismus. Die Geschichte fällt somit in den Bereich des absoluten Indeterminismus. Dadurch wird es möglich, die Prozesse der historischen Entwicklung im Sinne eines bestimmten Ideals völlig frei zu interpretieren – unter der vom Autor erhobenen einzigen Bedingung, daß die Interpretation und die sich aus ihr ergebenden Handlungen nicht den Rahmen der vorhandenen Eigentumsverhältnisse sprengen.

Die in der Theorie der Industriegesellschaft dominierende positivistische Anschauung scheint also in keiner Weise im Widerspruch dazu zu stehen, daß die von dem gesellschaftlichen Fortschritt konzipierten Kriterien über die rein technischen Gesichtspunkte hinausreichen. Die einseitige Betonung der technischen Gesichtspunkte in dieser Konzeption hat den Zweck, nicht irgendeine bestimmte gesellschaftliche Formation, sondern die Industriegesellschaft ganz allgemein als diejenige erscheinen

<sup>85</sup> K. R. Popper, *The Open Society and Its Enemies*, Bd. II, S. 278.

<sup>86</sup> F. A. Hayek, *Essays in Philosophy, Politics and Economics*, S. 253.

zu lassen, die sich mit den derzeitigen Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung in Übereinstimmung befindet. Die Ergänzung der technischen Gesichtspunkte durch politische Kriterien hat zum Ziel, unter den verschiedenen Arten der Industriegesellschaften die den Interessen der Bourgeoisie entsprechende zu bevorzugen. Abgesehen von den extremen Vertretern der technokratischen Anschauung, birgt der – allgemein betrachtet – „entpolitisierte“ und „entideologisierte“ Charakter der Konzeption der Industriegesellschaft in Wirklichkeit einen starken politischen und ideologischen Inhalt. Durch die spezifische Koppelung der technischen und politischen Kriterien dient die Theorie der Industriegesellschaft der Konstruktion einer Gesellschaftsauffassung, die das System der Produktionsverhältnisse aus der technischen und politischen Sphäre ausschaltet bzw. es als rein formal betrachtet. So wird der Kapitalismus nicht als eine auf bestimmten Eigentumsverhältnissen an Produktionsmitteln und den daraus objektiv erwachsenden Antagonismen beruhende sozialökonomische Gesellschaftsformation erklärt, sondern als eine Form *der* „Industriegesellschaft“, die durch technologische und ähnliche Kriterien verzeichnet wird, um das Wesen des Kapitalismus und den Charakter seiner herrschenden Klasse zu verschleiern. [74]

### **Galbraith' Variante der Theorie der Industriegesellschaft**

#### **Das Problem der Monopole und des Staates**

Unter den Arbeiten, die sich mit der Theorie der Industriegesellschaft befassen, nehmen die von J. K. Galbraith – besonders sein 196 erschienenes Buch „Der neue Industriestaat“ – einen besonderen Rang ein. Es erwarb innerhalb kurzer Zeit eine fast beispiellose Popularität. Galbraith' Arbeit ist der seitens der bürgerlichen Sozialwissenschaften umfassendste Versuch, die sozialökonomischen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution zu interpretieren.<sup>87</sup>

In der Arbeit von Galbraith kommen die schon erwähnten Haupttendenzen der positivistischen Gesellschaftsauffassung deutlich zur Geltung, allerdings ohne die sich auf die „offene Gesellschaft“ beziehenden ideologischen Illusionen. (Eine andere Frage ist es – und davon wird noch die Rede sein –, ob die bürgerliche Gesellschaftsauffassung im allgemeinen auf diese ideologische Illusion verzichten kann.) Galbraith wußte im Gegensatz zu Popper sehr gut – und hat es auch ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht –, daß die „moderne Industriegesellschaft“ – das heißt das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus – keine „offene Gesellschaft“ sein kann. Seiner Meinung nach ist der Konsument – und mit ihm der Markt – in der „modernen Industriegesellschaft“ lediglich passives Objekt der Manipulationen der Großunternehmen.

Indem Galbraith die organisatorischen Formen der Wirtschaft von den bestehenden Eigentumsverhältnissen trennt, kommt er zu dem Schluß, daß das Monopol lediglich die entsprechende organisatorische Form der modernen Technik ist, nicht jedoch die Dominanz einer bestimmten Form kapitalistischer Eigentumsverhältnisse plus der damit verbundenen gesellschaftlichen Konsequenzen. F. Perroux, dessen Standpunkt dem von Galbraith ähnelt, interpretiert die marxistisch-leninistische Auffassung vom Widerspruch zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen als Widerspruch zwischen der *Technik und der Organisation*, den man in beiden Formen der Industriegesellschaft – im Kapitalismus wie im Sozialismus – lösen kann. Deshalb behauptet er, daß „im modernen Kapitalismus den gesellschaftlichen Formen der [75] Produktion ... verschiedene Formen der Vergesellschaftung – das heißt der institutionellen Anordnung der Produktivkräfte – entsprechen“.<sup>88</sup> Von diesem Standpunkt aus will dann Perroux die Marxisten-Leninisten beschuldigen, daß sie die die

<sup>87</sup> Es kann nicht Aufgabe dieser Schrift sein, eine umfassende Inhaltswiedergabe und Kritik des Buches von Galbraith zu geben, sondern im Rahmen des Themas kann hier nur auf die wichtigsten Thesen eingegangen werden. Hinsichtlich der Terminologie verdient die Tatsache Beachtung, daß Galbraith das Monopol nicht als moderne Kategorie des kapitalistischen Eigentums, sondern als den einen größeren Profit ermöglichenden Markt auffaßt. Daher trennt er nicht nur das Großunternehmen und das Monopol voneinander, sondern er stellt sie einander gegenüber: „In ökonomischen Kreisen hält sich auch heute noch das hartnäckige Vorurteil“, schreibt er, „die Kleinunternehmen würden nicht als Folge des Leistungsvermögens oder der größeren technologischen Möglichkeiten der großen Gesellschaften zurückgedrängt, sondern deswegen, weil diese ein Monopol ausüben“ (J. K. Galbraith, *The New Industrial State*, Boston 1967, S. 32). Deshalb verwahrt er sich dagegen, daß man die General Motors als Monopol bezeichnet.

<sup>88</sup> F. Perroux, *La coexistence pacifique*, Paris 1958, Bd. I, S. 56.

Industriegesellschaft charakterisierenden Widersprüche nur dem Kapitalismus zuschreiben. Aus den positivistischen Anschauungen von Galbraith und Perroux folgt, daß sich bei ihnen nicht der Kapitalismus oder Sozialismus, sondern allgemein die Industriegesellschaft mit den heutigen Produktivkräften in Übereinstimmung beendet, da sie über die Fähigkeit verfügt, sich ständig an die sich verändernden Bedürfnisse der technischen Entwicklung anzupassen.

Es ist bekannt, daß sich der Begründer der „neuen Nationalökonomie“, Keynes, mit der Rolle des Staates bei der Lösung der Probleme des Kapitalismus befaßte, ohne dabei auf die Existenz der Monopole auch nur hinzuweisen. Bei Galbraith dagegen verbindet sich die Funktion des Staates auf das engste mit den Veränderungen, die mit der Machtübernahme der Monopole zusammenhängen, allerdings nicht unmittelbar im Kapitalismus, sondern allgemein in der „modernen Industriegesellschaft“. Ebenso, wie das Monopol bei Galbraith nicht als „moderne Form“ des kapitalistischen Besitzes und als Organisation zur Realisierung des Maximalprofits erscheint, sondern als entsprechende Organisation einer „zeitgemäßen Technik“, entbehrt auch die Bestimmung der Funktion des Staates jeglicher sozialökonomischer Determination und beschränkt sich auf eine Festlegung der Aufgaben, deren Lösung im „industriellen System“ über den Rahmen der großen Aktiengesellschaften hinausgeht. Die Verbindung zwischen Staat und Monopol erscheint deshalb in seiner Beschreibung als Kooperation zweier, die Notwendigkeiten der technischen Entwicklung vermittelnden, politisch und gesellschaftlich neutralen Organe im Interesse gemeinsamer Ziele. Da sich diese Kooperation sozusagen aus den Gegebenheiten der „modernen Industriegesellschaft“ ergibt, hält Galbraith die Herausbildung gleichen Formen und Methoden der Kooperation in den sozialistischen und in den kapitalistischen Ländern und die auf dieser Grundlage unweigerliche Konvergenz beider Systeme für notwendig.

Galbraith begrenzt die Funktion des kapitalistischen Staates weder nur auf die Sicherung der Ausnutzung der vorhandenen [76] Produktionskapazitäten noch auf die Schaffung der Bedingungen des Wirtschaftswachstums, sondern verbindet sie bewußt mit den Erfordernissen der unter den Bedingungen der Auseinandersetzung der beiden Systeme verlaufenden wissenschaftlich-technischen Revolution. Die wissenschaftlich-technische Revolution verwirklicht sich auch unter den Verhältnissen des heutigen Kapitalismus nicht spontan, sondern nur auf dem Wege der mehr oder weniger bewußten Schaffung der dazu notwendigen Bedingungen, was unweigerlich nach sich zieht, daß im Mechanismus des „industriellen Systems“ der Staat – direkt und indirekt – über entscheidenden Einfluß bei der Distribution und Konsumtion der Ressourcen verfügen müsse. Deshalb sprach Galbraith noch in einer früheren Arbeit davon, daß „es im Mechanismus der Distribution der Ressourcen einen grundsätzlichen Fehler gibt“ und „daß es nicht wahrscheinlich ist, daß sich das Kapital vom Bau von Erdölraffinerien auf die Ausbildung von Wissenschaftlern verlagert“.<sup>89</sup>

In seinem Buch „Der neue Industriestaat“ strebte Galbraith eben gerade danach, einen Mechanismus der Distribution der Ressourcen zu zeigen, mit dessen Hilfe – in Perrouxscher Terminologie – die Übereinstimmung von Organisation und Technik geschaffen und ein effektives Funktionieren der modernen Industriegesellschaft erreicht werden kann. In dieser Konzeption fällt dem Staat – über die von Keynes und seinen Anhängern aufgezeigten Ziele hinaus – vor allem die Rolle zu, einerseits für die vom Standpunkt der Großunternehmer äußerst wichtigen qualifizierten Arbeitskräfte zu sorgen, andererseits den großen Aktiengesellschaften diejenigen neuesten technischen Errungenschaften und Verfahren zur Verfügung zu stellen, deren Entwicklung und Produktion am risikvollsten und finanziell am aufwendigsten sind.

Die Bemühungen von Galbraith, die Kooperation des Staates und des Monopols als das wichtigste Charakteristikum der „modernen Industriegesellschaft“ isoliert vom System des staatsmonopolistischen Kapitalismus darzustellen, diese Verbindung unter Neutralisierung der Produktionsverhältnisse als eine Art rein technisch-organisatorischer Arbeitsteilung hinzustellen und somit die determinierende Wirkung der gesellschaftlichen Struktur lediglich mit den inneren Er-[77]fordernissen der technischen Entwicklung und administrativen Verwaltung zu substituieren, führen zu schwerwiegenden Widersprüchen. Dies zeigt sich darin, daß nicht nur der Einklang zwischen der theoretischen Konzeption

<sup>89</sup> J. K. Galbraith, *The Affluent Society*, Boston 1958, S. 273-274.

und der Wirklichkeit, sondern auch der innere Zusammenhang zwischen den theoretischen Absagen fehlt. So betont Galbraith, daß im Verhältnis zu dem früheren Unternehmenstyp die heutigen Monopole als „entwickelte Gesellschaften“ „vom Standpunkt der direkten politischen. Veränderung aus viel uneffektiver sind.“<sup>90</sup> Doch parallel zu der Auffassung, daß der auf den Staat ausgeübte politische Einfluß der Monopole radikal zurückgeht, behauptet er, daß sie wegen der engen Verflechtung mit der staatlichen Bürokratie auf alle wichtigen Fragen entscheidenden Einfluß haben. „In dieser Rolle“, so meint er, „sind die Gesellschaften an allen Entscheidungen, die die Nachfrage nach ihren Kriegs- und anderen Produkten betreffen, beteiligt. Sie haben die Möglichkeit, an allen militärstrategischen Entschlüssen, die ein Bedürfnis für Produkte dieser Art schaffen, mitzuwirken. Dies trägt dazu bei, daß sie an der Herausbildung der sich auf die Außenpolitik beziehenden aktuellen Meinungen und Behauptungen Anteil haben. Dies bedeutet offensichtlich eine viel größere Macht.“<sup>91</sup>

Galbraith versucht, das „entpolitisierte“ Gepräge des „industriellen Systems“, den rein technischen Charakter der Verbindung zwischen Staat und Monopol zu beweisen, indem er die wichtigsten politischen Fragen in rein technisch-organisatorische Fragen umwandelt. Aus diesem Grunde erscheinen die militärpolitischen Entschlüsse, die außenpolitischen Entscheidungen bei ihm als Mittel zur Lösung der vor den großen Monopolen stehenden produktionstechnischen Probleme. Diese Mittel sind unabhängig von allen sich aus den gesellschaftlichen Verhältnissen ergebenden politischen Tendenzen. Besonders augenscheinlich wird diese Anschauung, wenn Galbraith den Zusammenhang zwischen dem „industriellen System“ (Monopole und Staat) und der Militarisierung behandelt.

Nach Galbraith hat die Militarisierung ihren Ursprung in den aus der Industriegesellschaft stammenden technischen und nicht in den sich aus dem Imperialismus ergebenden gesellschaftlichen Faktoren. Das Streben nach Militarisierung folgt seiner Meinung nach sowohl aus der „kapitalistischen“ als [78] auch diese Tendenz nicht aus den nur formalen Unterschieden der einzelnen gesellschaftlichen Formationen, sondern allgemein aus den inneren Verpflichtungen zu technischem Fortschritt in der Industriegesellschaft ergibt. Galbraith betrachtet die Militarisierung nicht nur – und auch nicht in erster Linie – als Beschäftigungs- und Marktproblem, sondern vorrangig als Forderung des technischen Fortschritts. Der Rüstungswettbewerb ist nicht nur wegen des Marktes für die großen Monopole von Wichtigkeit, sondern auch deshalb, weil sie auf diesem Wege mit Unterstützung des Staates zu technischen Errungenschaften gelangen, deren Beschaffung auf andere Weise nicht möglich wäre. Deshalb behauptet Galbraith: „Das industrielle System wird auf die Vorteile, die der Rüstungswettbewerb bietet, nicht leicht verzichten können. Das sich aus Steuerermäßigungen ergebende einfache Wachstum der Konsumtionsausgaben oder die Erhöhung der für Wohnungsbau bzw. für Renten verwendeten Ausgaben könnten das nicht substituieren. Eine drastische Bremsung des Rüstungswettbewerbs, die sich aus dem Verzicht, sich im kalten Krieg zu engagieren, ergäbe, würde zu einem heftigen Konflikt mit den Bedürfnissen des industriellen Systems führen. Diese Bedürfnisse können indessen nicht nur mit Waffen befriedigt werden. Nichts, das an Umfang und im technischen Komplex im großen und ganzen dem gleich wäre, entspräche diesem Ziel.“<sup>92</sup>

Galbraith, der übrigens Gegner des kalten Krieges und Verfechter der friedlichen Koexistenz ist, stellt mit dieser Stellungnahme den kalten Krieg eigenartigerweise als Legitimierung der – für den technischen Fortschritt unter den gegebenen Bedingungen unentbehrlichen – Militarisierung dar. Daran ändert sich auch nichts, wenn er anerkennt, daß die Militarisierung – allgemein betrachtet – durch etwas anderes ersetzt werden könne. Seiner Meinung nach muß man nämlich, solange man diese neue Methode nicht entdeckt habe, die Militarisierung als notwendiges Übel akzeptieren. Indem Galbraith die Militarisierung allgemein aus dem „industriellen System“ ableitet, umgeht er die Frage, ob die unerhörte Verstärkung der Militarisierung nicht eher mit den gesellschaftlichen Zielen, die durch die in den kapitalistischen [79] Ländern herrschenden Produktionsverhältnisse determiniert sind, als mit einem bestimmten Charakter des „industriellen Systems“ zusammenhängt. Er gibt auch keine Antwort auf die Frage, warum es nur – oder hauptsächlich – die Militarisierung möglich

<sup>90</sup> J. K. Galbraith, *The New Industrial State*, S. 302, 316.

<sup>91</sup> Ebenda, S. 316.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 340.

machen solle, daß sich der bürgerliche Staat gemäß den Ansprüchen des „industriellen Systems“ an der Entwicklung von Wissenschaft und Technik beteiligt. So bleibt auch die Frage im dunkeln, ob sich in der Verbindung zwischen Staat und Monopol nicht diejenigen gesellschaftlichen Verhältnisse in der Form der Militarisierung ausdrücken, die nicht durch die Unterscheidungsmerkmale der modernen Industriegesellschaft, sondern durch die des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert werden. Wenn auch die in der Theorie der Industriegesellschaft dominierende positivistische Auffassung solche Fragestellungen als prinzipiell unwissenschaftlich betrachtet, ist dadurch noch lange nicht bewiesen, daß diese Fragestellung unberechtigt ist, sondern vielmehr, daß die positivistische Anschauung mit den Ansprüchen der bürgerlichen Apologetik der kapitalistischen „Ordnung“ untrennbar verbunden ist.

### **Der Begriff „Technostruktur“ und die neue Form des Kapitalfetischismus**

Die heutigen bürgerlichen Sozialwissenschaften – und besonders die bürgerliche politische Ökonomie – stellen in ihren „modernen“ Gesellschaftsanalysen die neutralistisch betrachtete wirtschaftlich-technische Entwicklung in den Vordergrund und berufen sich in ihren Schlußfolgerungen vor allem auf sie. Untrennbar mit diesem Versuch verbunden ist die Notwendigkeit, eine führende Schicht in dieser „Ordnung“ zu installieren, die sowohl in den kapitalistischen als auch sozialistischen Ländern bei der Entscheidung von sozialökonomischen Fragen eine immer stärker werdende autonome Stellung einnimmt. Sie werde von der technischen Entwicklung geschaffen, durch sie verstärkt und unantastbar gemacht, weil die technische Entwicklung selbst zur Funktion dieser Schicht wird. Als entscheidendes Charakteristikum dieser Schicht werden ihre angebliche Unabhängigkeit von [80] dem traditionellen Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie und – neuerdings vor allem – ihre angeblich ideologisch neutrale Stellung bezeichnet. Früher – so bei Burnham – setzte man diese Schicht noch mit den Managern gleich. Von Galbraith bekam eine dementsprechende Organisationsform die Bezeichnung „Technostruktur“.

Diese erfundene Schicht soll der Beweis dafür sein, daß das „industrielle System“ unabhängig von der gesellschaftlichen Formation funktioniert, die nur den äußeren Rahmen bildet. Die Interessen dieser Schicht liegen lediglich auf dem Gebiet der technischen Entwicklung und der abstrakten, gesellschaftlich neutralen Erfordernisse des Wirtschaftswachstums. Diese Funktion wird in Galbraith' Theorie durch die sogenannte Technostruktur ausgefüllt, die so zugleich eine der wichtigsten Kategorien der Konzeption vom „neuen Industriestaat“ bildet.

Die Technostruktur bleibt in Galbraith' Arbeit ein ziemlich verschwommenes Gebilde, in dem sich – wenn auch in verzerrter Form – eine entscheidende Veränderung der gesellschaftlichen Bedeutung der Wissenschaftler widerspiegelt. Daneben kommen darin die Veränderungen, die sich in der Leitung der heutigen Riesenmonopole, der Zusammensetzung der Bourgeoisie und der Hierarchie innerhalb der Schichten der Monopolbourgeoisie vollzogen haben, ebenso zum Ausdruck wie die Bemühungen, dieses Gebilde als einen von Eigentumsverhältnissen völlig unabhängigen Repräsentanten des „industriellen Systems“ darzustellen. Unter diese Kategorie der Technostruktur fallen alle, die in den modernen Riesenmonopolen Entscheidungsrechte gleich welchen Grades besitzen, sowie auch diejenigen, die die notwendigen Informationen liefern. Galbraith schreibt über sie: „Diese Gruppe ist sehr groß ... Es zählen alle diejenigen dazu, die auf Grund ihres Spezialwissens, ihrer besonderen Fähigkeiten oder Erfahrungen bei der Entscheidungsfindung der Gruppe mitwirken. Diese Gruppe bildet die richtungsweisende Intelligenz der Unternehmung – das Gehirn.“<sup>93</sup>

Es ist offensichtlich, daß unter dem Begriff Technostruktur völlig heterogene Schichten vereint werden. Hier erhalten die an der Leitung der Produktion beteiligten Mitglieder der Bourgeoisie ebenso einen Platz wie die technische und [81] ökonomische Aufgaben erfüllende Intelligenz, ja, sogar wie die „obere Schicht“ der Arbeiterklasse. Nach Galbraith identifizieren sich alle diese Schichten mit den Interessen der Technostruktur, die sich in der „modernen Industriegesellschaft“ – mit geringen Ausnahmen – durchsetzen. Durch diese Interessen ist das Ziel der gesamten Tätigkeit festgelegt, so

---

<sup>93</sup> Ebenda, S. 71.

daß jetzt angeblich an die Stelle der Maximierung des Profits die Vergrößerung der Macht und der Dimensionen der Organisation tritt. Diese in der letzten Zeit in verschiedenen Formen außerordentlich intensiv propagierte Meinung beruht nicht zuletzt darauf, daß sich die Bedingungen für die Profitmaximierung in den heutigen Riesenmonopolen wesentlich von denen in den „traditionellen“ Unternehmungen unterscheiden. Deshalb stimmen die Definitionen über die Profitmaximierung, wie sie in den „traditionellen“ Handbüchern üblich waren, nicht mehr. Doch der Widerspruch zwischen den Ansprüchen der wissenschaftlich-technischen Revolution und dem direkten Profitstreben verändert nicht die Ziele der kapitalistischen Produktion, sondern lediglich die Bedingungen, unter denen sie erreicht werden sollen. Am schwächsten ist Galbraith in seiner Argumentation dann, wenn er versucht, die Herrschaft der Technostruktur mit seiner Theorie über die Produktionsfaktoren zu beweisen. Demzufolge war im Feudalismus das Land der kritische Produktionsfaktor, und darauf gründete sich die Herrschaft der Gutsbesitzer. Im Frühstadium des Kapitalismus wurde es das Kapital; das ist die Erklärung für die Herrschaft der Kapitalisten. Im „industriellen System“ wurden nun Wissenschaft und Technik zum sogenannten kritischen Produktionsfaktor, weshalb sich deren Besitzer – die Träger bzw. die Repräsentanten der sogenannten Technostruktur – zur herrschenden Kraft entwickeln. Galbraith wird hier – obwohl er zu denen zählt, die die Manipulierung der Konsumenten in der „Überflußgesellschaft“ schonungslos aufdeckten – selbst Opfer einer „Manipulation“: Seine positivistische Anschauung macht ihn zum Gefangenen des Kapitalfetischismus, und so sieht und beurteilt er die Erscheinungen des heutigen Kapitalismus in der Verzerrung des Kapitalfetischismus. Diese Auffassung hebt die Faktoren der Produktion aus dem Rahmen heraus, der die gesellschaftliche Form der materiellen Produktion [82] bestimmt und der über die gesellschaftliche Funktion der Produktionsfaktoren entscheidet.

Die gesellschaftliche Funktion der, Produktionsfaktoren ergibt sich nicht aus ihrer Rolle bezüglich der formalen Organisation der Produktion der materiellen Güter, sondern aus der gesellschaftlichen Form der Produktion, aus den materiellen Produktionsverhältnissen einer bestimmten sozialökonomischen Gesellschaftsformation. Die Macht der Bourgeoisie im Kapitalismus basiert nicht darauf, daß Kapital der sogenannte kritische Produktionsfaktor ist, sondern darauf, daß die Produktionsmittel von den Produzierenden getrennt wurden, daß der Grundwiderspruch des Kapitalismus mit allen verfügbaren Mitteln aufrechterhalten wird.

Früher war es eine der Hauptsächlichsten Erscheinungen des Kapitalfetischismus, die gesellschaftlichen Produktivkräfte der Arbeit als Produktivkräfte des Kapitals hinzustellen. Dadurch trat das mit einem bestimmten Produktionsfaktor identifizierte Kapital als natürliche Legitimation seiner eigenen Existenz auf – als von den gesellschaftlichen Verhältnissen unabhängige Bedingung der Produktion. Die moderne Variante des Kapitalfetischismus zeigt sich bei Galbraith so, als ob im „industriellen System“ Wissenschaft und Technik zum herrschenden Produktionsfaktor werden – *im Gegensatz zum Kapital*. Tatsächlich – wenn man das Kapitalverhältnis, die Verbindung von Arbeit und Kapital zur Produktion von Mehrwert und die ständige Reproduktion dieser Verbindung im Laufe der Akkumulation als gegeben nimmt – wird jeder Faktor der Produktion, unabhängig von seiner materiellen Form, zur Verkörperung des Kapitalverhältnisses. Im heutigen Kapitalismus unterwerfen jedoch nicht Wissenschaft und Technik das Kapital, sondern umgekehrt: die herrschende Form des Kapitalverhältnisses bestimmt die Effektivität der Verwendung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik. Die wirkliche Grundlage der Macht der modernen Monopole ist eben die Monopolisierung der wichtigsten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik. Welche Veränderungen sich in der Hierarchie der Produktionsfaktoren, in der Veränderung ihres Gewichts, ihrer Rolle vollziehen – das ist die eine Frage; und eine ganz andere Frage ist es, wie der grundlegende Charakter [83] der jeweiligen Produktionsverhältnisse deren gesellschaftliche Funktionen determiniert.

Galbraith weicht eben der entscheidenden Frage aus: Bedeutet die Anwendung von Wissenschaft und Technik im „industriellen System“ einfach Wirtschaftswachstum, Steigerung des materiellen Reichtums, oder nimmt dieser materielle Reichtum eine bestimmte Eigentumsform an und verbindet sich mit bestimmten Verteilungsformen?

Die technokratische Auffassung, die die dominierende Rolle der sozialökonomischen Verhältnisse außer acht läßt, gelangt „logischerweise“ zu der Schlußfolgerung, daß mit der wissenschaftlich-

technischen Revolution eine „neue Elite“ zur führenden Kraft in der Gesellschaft wird. Diese Schicht vereint alle diejenigen, die entscheidenden Anteil an der Schaffung und Anwendung neuer wissenschaftlich-technischer Errungenschaften haben. Galbraith schließt sich vor allem mit seiner Auffassung von der Technostruktur diesen Anschauungen an und wird für sie – trotz aller Vorbehalte – zum Bahnbrecher.

In dieser Auffassung erscheint Wissenschaft und Technik als selbständige; über der Gesellschaft stehende Macht. Dadurch wird das Mittel eliminiert, das den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Wirklichkeit vermittelt und seine gesellschaftlichen Folgen determiniert. Werfen doch identische Züge der technischen Entwicklung in Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen völlig unterschiedliche Probleme auf, ja selbst bei identischen oder ähnlichen Problemen richtet sich die Art ihrer Lösung in entscheidendem Maße nach den unterschiedlichen Produktionsverhältnissen. Die wissenschaftlich-technische Revolution führt in den kapitalistischen Ländern in gewissem Sinne zur Steigerung der ökonomischen und politischen Macht der Riesenmonopole, stärkt mit anderen Worten die Potenzen, die in unserer Epoche der Hauptgegner jeglichen gesellschaftlichen Fortschritts sind. Im Sozialismus dagegen stärken eben dieselben Ergebnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts den Prozeß der Durchsetzung des sozialen Fortschritts der Menschheit.

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hängt hinsichtlich seiner subjektiven Seite tatsächlich in ziemlich bedeutendem Maße von denjenigen ab, die – ob ihres in der gesellschaft-[84]lichen Arbeitsteilung eingenommenen Platzes – an der Entwicklung und Anwendung der wissenschaftlich-technischen Errungenschaften primären Anteil haben. Dies hat jedoch für die entscheidende Frage für die Einflußnahme auf die gesellschaftlichen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts – schon keine Gültigkeit mehr. Die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, die bereits in ihrem Entstehungszusammenhang den konkreten historischen Verhältnissen der jeweiligen Gesellschaftsformation unterliegen, bewegen sich bei ihrer Überführung in den gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß von der ihnen eigenen, unmittelbaren Quelle, ihrem geistigen Schöpfer, weg. Über die Art der Verwendung entscheiden die, deren Entscheidungsposition sich aus dem Charakter der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ergibt. Die Verwendung der Ergebnisse von Wissenschaft und Technik wird durch die gesellschaftliche Umwelt, das System der Eigentums- und Produktionsverhältnisse determiniert, in dem diese Tätigkeit verrichtet wird. Deshalb fällt nicht dem die führende Rolle in der Gesellschaft zu, der im Entstehungs- und Verwertungszusammenhang von Wissenschaft und Technik bzw. in wissenschaftsorganisatorischen Institutionen und Produktionssystemen eine „leitende Rolle“ einnimmt. Die Verfügungsgewalt liegt in jedem Falle bei denen, die die Produktionsmittel besitzen und demzufolge über die Resultate der gesellschaftlichen Arbeit hinsichtlich ihrer Verwendung und Verteilung entscheiden. Die „technokratische Gesellschaft“ gibt es in Wirklichkeit nicht und kann es auch nicht geben. Es kann nur zwischen Kapitalismus und Sozialismus entschieden werden. Die von Galbraith verfaßte Losung „Herrschaft der Technik über die Ideologie“ versucht gerade diese Erkenntnis zu verwischen.

Indem Galbraith die Untersuchung des „modernen Monopols“ von der Analyse der Eigentumsverhältnisse trennt und die ökonomischen Zusammenhänge in ihrer Entwicklung im staatsmonopolistischen Kapitalismus im wesentlichen auf eine technisch-organisatorische Veränderung reduziert, indem er daneben mit der sogenannten Technostruktur eine von der Klassenzugehörigkeit nicht gebundene Gruppe in der „modernen Industriegesellschaft“ schafft, vollbringt er eine seiner [85] „wirkungsvollsten“ Leistungen: er läßt die Finanzoligarchie verschwinden, oder er verdrängt sie zumindest an die Peripherie des als „industrielles System“ maskierten staatsmonopolistischen Kapitalismus. In seiner Darstellung bleibt dieser Schicht weder eine sozialökonomische Funktion noch bedeutender politischer Einfluß, und sie nimmt höchstens – wie ein in einem Theaterstück zufällig aus dem vorhergehenden Auftritt auf der Bühne gebliebener Statist – an einer „Vorstellung“ teil, in der ihr keine Rolle mehr zufällt.

### **Die angebliche Konvergenz der „industriellen Systeme“**

Nach dem Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution war ein Hauptargument der meisten bürgerlichen Ideologen gegen die Verwirklichung des Sozialismus in der Sowjetunion, daß dieser auf

dem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte nicht lebensfähig sei. Heute behaupten die Vertreter der Industriegesellschaftstheorie interessanterweise, daß der Sozialismus eben wegen des hohen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte seinen Sinn verloren habe. Nach Galbraith bedeutet der Sozialismus lediglich zum Kapitalismus der freien Konkurrenz – also zum vormonopolistischen Kapitalismus – eine Alternative, nicht jedoch zum „industriellen System“, in dem die sogenannte Technostruktur die Kapitalisten in der tatsächlichen Machtausübung abgelöst habe. Die Bourgeoisie verliert ihre Macht demnach nicht durch die Veränderung der Eigentums- und Produktionsverhältnisse, sondern deswegen, weil als automatische Folge der technischen Entwicklung das Kapital aufhört, Schranken für den gesellschaftlichen Fortschritt darzustellen. So vollzieht sich nach Meinung von Galbraith die Überwindung des Kapitalismus ohne Entstehung des Sozialismus.

Daraus schließt Galbraith, daß der Zeitraum der Koexistenz gleichzeitig der Zeitraum der Konvergenz ist, als ob die Anerkennung der Koexistenz zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschaftsordnung ihre Konvergenz unweigerlich impliziere. Die „Konvergenz der industriellen Systeme“ ist die logische Weiterentwicklung der Auffassung, daß die [86] angeblich kongruenten Entwicklungen von Wissenschaft und Technik identische Formen der Wirtschaftssysteme herausbilden würden. Sich darauf stützend, spricht Galbraith davon, daß die Konvergenz viel offensichtlicher die ökonomische Tendenz verkörpert als der sozialökonomisch determinierte objektive Widerspruch zwischen den beiden Gesellschaftsordnungen, Kapitalismus und Sozialismus. „... Die Konvergenz beginnt mit der Massenproduktion, die gewaltige Kapitalinvestitionen, ausgereifte Technologie und als wichtigste Forderung entwickelte Organisation verlangt ... Der Industrialismus von gewaltigem Ausmaß fordert in beiden Fällen ein gründliches Verdrängen des Marktes und der Souveränität des Konsumenten ... Die Konvergenz vollzieht sich also auf jedem wesentlichen Gebiet der beiden scheinbar unterschiedlichen Systeme.“<sup>94</sup>

Aus dieser Anschauung, nach der die Gesetze der „gesellschaftlichen Technologie“ unabhängig von den Produktionsverhältnissen und als einzige wahrhaftig und keine willkürlich konstruierten Gesetze sind, folgt dann, daß sich in beiden Formen des „industriellen Systems“ – in der Tinbergerischen Terminologie: in der „kommunistischen“ und der „freien“ Wirtschaft – dieselben Tendenzen verwirklichen müssen. Die beiden hauptsächlichen Erklärungen für diese „konvergierenden Richtungen“ hält Tinbergen in einer seiner Studien in folgendem fest: „Auf der einen Seite lernen beide Systeme aus ihren Erfahrungen und sind bemüht, ihre Schwächen zu bekämpfen. Auf der anderen Seite beeinflussen sich die Systeme gegenseitig in immer größerem Maße.“ Die sich daraus ergebenden Veränderungen „bringen die kommunistische und freie Wirtschaft einander wirklich näher“.<sup>95</sup>

Tinbergen behauptet, in beiden herrschten „in hohem Maße die Manager“ und bildeten sich ähnliche Formen der Planung und Preisbildung heraus. Es stimmt zwar, daß die Situation vom Standpunkt der „formalen Seite des Eigentums weniger klar“ ist, „man muß jedoch zwischen dem formalen Eigentum und der tatsächlichen Situation unterscheiden“. Seiner Meinung nach hat die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln in den sozialistischen Ländern keine sozialen und ökonomischen, sondern ausschließlich politisch-ideologische Gründe. Nachdem es auf diese Art „gelingen“ ist, das [87] Problem des Eigentums – die Grundfrage jeder politischen Ökonomie – zu einer formalen Frage zu degradieren, ist es auch nicht mehr schwer zu behaupten, daß die Vervollkommnung der Planungstechniken – weil nur eins von mehreren Systemen optimal sein kann – zu einem gemeinsamen Optimum führen wird.

Diese abstrakte Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und der ökonomischen Gesetze erachtet es nicht als notwendig, die Handlungen der Menschen sowie die als Ergebnis dieser Handlungen entstandenen Wirtschaftsformen, Institutionen und politischen Organisationen mit der Grundlage der gesellschaftlichen Existenz, den Produktionsverhältnissen, in Zusammenhang zu bringen. Sie sieht die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung nicht in den aus den ökonomischen Verhältnissen

---

<sup>94</sup> Ebenda, S. 332, 389, 390.

<sup>95</sup> J. Tinbergen, Do the Communist and Free Economies Show a Converging Pattern?, in: Soviet Studies, April 1961, S. 333, 335.



entstehenden objektiven Tendenzen, sondern im abstrahierenden, sich kontinuierlich entwickelnden Wissen. Tinbergen betrachtet, wie eine Art moderner Condorcet, das ständig wachsende Wissen als wirkliche Triebkraft der historischen Entwicklung, weil sich der im unendlichen Werdeprozeß begriffene Mensch dieses Wissen ständig aneignet und es anwendet. Der idealistische Charakter ist eindeutig: Die Schaffung des „optimalen Systems“ hängt von der freien Entscheidung der Menschen ab, sofern der Entwicklungsstand der Wissenschaft eine solche Entscheidung möglich macht. In objektiven gesellschaftlichen Verhältnissen wurzelnde Bedingungen hat diese Entscheidung nicht. Deshalb sollten die Menschen in ihren Handlungen nicht den auf Abwege führenden Inspirationen der „voreingenommenen Ideologen“, sondern dem Rat der über solchen Voreingenommenheiten stehenden Wissenschaftler folgen.

Diese sich selbst als entideologisiert bezeichnende – in Wirklichkeit jedoch stark ideologische – Anschauung betrachtet das „optimale System“ als notwendige Folgeerscheinung der modernen technischen Entwicklung, die zur Vervollkommnung des sogenannten kritischen Rationalismus führt. Wenn nach dieser Beurteilung in der Verwendung der wirtschaftlichen Ressourcen aber Irrationalität zu erkennen ist, dann hat diese ausschließlich subjektive Ursachen, die sich aus den vom herrschenden System der Produktionsverhältnisse unabhängigen Methoden der Wirtschaftsleitung ergeben, [88] und deshalb sind ihre Wurzeln ebenso im heutigen Kapitalismus wie im Sozialismus zu finden. Diese Auffassung trennt die von ihr erkannten Anomalien von ihren eigentlichen gesellschaftlichen Quellen und sieht in ihnen nur das Problem von im Rahmen des bestehenden Systems zu lösenden Reformen. Der „kritische Rationalismus“ sieht die gegenwärtigen Probleme im Endeffekt darin, daß sich die Erfordernisse der „rationellen Denkweise“ wegen der ideologischen Voreingenommenheit in der Welt nicht uneingeschränkt durchsetzen können. Diese Anschauung „vergißt“ lediglich eine Frage: Kann sich nicht die von ihr für irrational gehaltenen Verwendung der Ressourcen im Gegenteil als sehr rationell erweisen, wenn man sie zu den durch die objektiven Realitäten der heutigen Welt determinierten Zielen ins Verhältnis setzt, und verlangt dies nicht eine radikale Veränderung der objektiven Bedingungen, vor allem der Existenz und Einflußnahme des imperialistischen Weltsystems?

Im abstrakten Humanismus, der die „Klassenvorurteile“ und die „egoistischen Erscheinungsformen der Großmachtspolitik“ – wobei er „großzügig“ die Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus übergeht – im Namen von abstrakten sittlichen Normen verwirft, findet der „kritische Rationalismus“ einen natürlichen Verbündeten und gleichzeitig seine ethische Ergänzung. In seiner Darstellung erscheinen die großen Probleme unserer Zeit als immanente Probleme der technischen Entwicklung, deren Lösung vom Kampf zwischen Rationalismus und Irrationalismus, zwischen Gutem und Bösem bzw. vom Ausgang dieses Kampfes abhängt. So realisiert sich das Bündnis zwischen „kritischem Rationalismus“ und abstraktem Humanismus gegen all diejenigen, die diese Fragen unter Beachtung der objektiven Realität der bestehenden gesellschaftlichen Systeme auf der Basis der Gesetze des Klassenkampfes definieren und lösen wollen.

Besonders Perroux neigte zeitweilig dazu, die gegenwärtigen Grundprobleme vom Standpunkt exaltierten Moralisierens aus zu beobachten. Er versuchte, die Quelle allen Übels in den durch Klassenschranken determinierten Anschauungen nachzuweisen: „Der Mensch glaubt; für seine Klasse zu sterben und stirbt in Wirklichkeit für Parteileute. Er glaubt, für seine Heimat zu sterben, und stirbt in Wirklichkeit für die [89] Fabrikbesitzer. Er glaubt, für die Freiheit der Person zu sterben, und stirbt in Wirklichkeit für die Freiheit der Dividende. Er glaubt, für das Proletariat zu sterben, und stirbt in Wirklichkeit für die Bürokratie.“<sup>96</sup> Auf „Unwissenheit und Gewissenlosigkeit in West und Ost“ führte Perroux die „Leiden der Massen“ zurück, die unter der Wirkung der Mystifikation durch die Ideologen zum „Tölpel der Klasse und Nation“ werden. Das Übel ist nur, daß die Stellungnahme Perroux' – er betrachtet die Existenz des imperialistischen und sozialistischen Weltsystems als einen nebensächlichen Umstand – aller scheinbaren Noblesse zum Trotz selbst die größte ideologische Mystifikation bedeutet.

Perroux stellt sich den Prozeß der sich verwirklichenden Konvergenz in den Industriegesellschaften als Einheit vor, in dem sich die Erfordernisse der technischen Rationalität in einer ständigen Optimierung

<sup>96</sup> F. Perroux, *La coexistence pacifique*, Bd. III, S. 631.

ausdrücken und in dem die Verwirklichung der abstrakten ethischen Normen eine bedeutende Humanisierung einleitet. Die Bedingung hierfür ist jedoch die Überwindung der Ideologie – und hier vor allem des Marxismus-Leninismus.

Die Anschauungen, die den „entpolitisierten und entideologisierten Charakter des industriellen Systems“ verkünden, enthalten auch die Behauptung, daß Wissenschaft und Technik die Ideologie unweigerlich verdrängen. Die den absoluten Gegensatz zwischen Wissenschaft und Ideologie deklarierende positivistische Auffassung erscheint hier konkret in der Form des absoluten Gegensatzes zwischen Wissenschaftlern – im weiteren Sinne: Experten – und Ideologen. Die Theorie des Marxismus-Leninismus wird dahingehend interpretiert, daß sie als Ideologie unter besonderen Bedingungen in der Lage sei, Menschen für die Schaffung einer bestimmten Form der „Industriegesellschaft“ zu gewinnen. Nach der Erfüllung dieser Aufgabe könne sie – zumindest als Ideologie – nur noch eine negative Rolle spielen. Nach Perroux zum Beispiel muß die Partei der Arbeiterklasse in der „entwickelten Industriegesellschaft“ wenn sie sich der neuen Leitungselite anpaßt – auf ihre politisch-ideologische Funktion und führende Rolle verzichten. Wenn sie jedoch auf ihrem Bündnis mit der Ideologie besteht, muß sie mit der „industriellen Elite“ in Konflikt y kommen. Deshalb besteht für sie das Risiko, „entweder Hen-[90]ker oder Opfer der Industriegesellschaft zu werden, die sie selbst schuf“.<sup>97</sup>

Die konsequente Verwirklichung des Standpunkts von der Entideologisierung erschwert dabei eine realistische Beurteilung der Verhältnisse des „industriellen Systems“ und der individuellen „Freiheit“, weil sie in Wirklichkeit mit ihren Postulaten den allgemeinen Interessen der Bourgeoisie entspricht und objektiv ideologische Funktionen übernimmt. Es muß Galbraith zur Ehre angerechnet werden, daß er sich bemüht, diesem Problem ins Auge zu schauen. Sein positivistischer Standpunkt machte es ihm allerdings von vornherein unmöglich, das Problem richtig als einen der Widersprüche zwischen Imperialismus und bürgerlicher Demokratie zu untersuchen. Die Problemstellung vom Verhältnis zwischen dem industriellen System im allgemeinen und der individuellen Freiheit schließt nämlich die gesellschaftlichen Dimensionen aus, ohne die jede Analyse notwendigerweise bei den Erscheinungsformen stehen bleibt, obgleich diese bedeutsam für die Bestimmung des Wesentlichen sind. Deshalb scheint es so, als ob nicht ein bestimmtes System der gesellschaftlichen Verhältnisse der Ursprung dieser Erscheinungen wäre, sondern die technische Entwicklung selbst.

Galbraith grenzt sich jedenfalls radikal von den üblichen Banalitäten der sich über Freiheit und Demokratie auslassenden Demagogie ab und behauptet mit ziemlicher Eindeutigkeit, daß das Fehlen der Freiheit in dem „industriellen System“ höchstens durch ihre Illusion ersetzt wird. Diejenigen sprechen am meisten von der Freiheit, betont er, die am wenigsten geneigt sind, sie zur Entfaltung kommen zu lassen. Losungen – wie „Souveränität des Konsumenten“, „freier Konkurrenzkampf“, „freie Welt“ – besitzen nach Galbraith lediglich ideologische und propagandistische Funktion, weil man die Menschen dann am wirkungsvollsten lenken kann, wenn sie nicht wissen, daß sie gelenkt werden. Das „industrielle System“ unterwirft seiner Macht alle Gebiete der Gesellschaft, die es für sein Funktionieren braucht. Galbraith schöpft eigentlich nur aus dem angeblich „entpolitisierten“ Charakter des „industriellen Systems“ etwas Trost, indem er für dieses schlußfolgert, daß es entsprechend der „entideologisierten Technostruktur“ Sphären des gesellschaftlichen Lebens gibt, [91] die sich dem Einfluß des imperialistischen Macht- und Herrschaftssystems entziehen. Die auf diese Weise gewonnenen Möglichkeiten könnten dann unter der Führung einer „intellektuellen Elite“ stufenweise erweitert werden.

## **Die Widersprüchlichkeit der ökonomischen Ideologie des gegenwärtigen Kapitalismus**

Im Interesse einer richtigen Bewertung muß in Betracht gezogen werden, daß die Konzeption der Industriegesellschaftstheorie, die – mit mehr oder minder starken Abweichungen – Galbraith, Tinbergen, Perroux und andere vertreten, in einigen wesentlichen Punkten traditionelle Positionen der bürgerlichen Ideologie bedroht, mehrere Eckpfeiler der heute herrschenden Richtung der bürgerlichen Ideologie untergräbt. Für diese ist in erster Linie die Schlußfolgerung unhaltbar, die eine

---

<sup>97</sup> Ebenda, Bd. I, S. 143-144.

ziemlich umfassende Konfrontation des „industriellen Systems“ mit der „offenen Gesellschaft“ ergibt. Der sich aus der Akzeptierung dieser These ergebende ideologische Druck zwingt die bürgerlichen Ideologen, sich gegen Kräfte aus den eigenen Reihen zu verteidigen. Unter diesem Blickwinkel verdient der Standpunkt von Galbraith, der sich scharf gegen Verkünder solcher Anschauungen wie Herrschaft des „Marktes des Käufers“, „Souveränität des Konsumenten“ in der „modernen Industriegesellschaft“ wendet, besondere Aufmerksamkeit.

Die Idee von der „Souveränität des Konsumenten“ wurde nicht nur als unantastbare Grundwahrheit der „neoklassischen“ Theoreme betrachtet, sondern stellte auch einen unentbehrlichen Eckpfeiler – und in vieler Hinsicht bedeutet er das auch heute noch – der offenen oder getarnten Apologetik des Kapitalismus gegenüber dem Sozialismus dar. E. J. Mishan, einer der englischen Anhänger der Auffassungen von Galbraith, behauptet in einem Abschnitt seines vor kurzem erschienenen Buches „Der Mythos von der Souveränität des Konsumenten“ unter Berufung auf die vollkommen neue Produktionsposition der großen Monopole unter anderem folgendes: „Wenn jemand den Markt in der reichen und wachsenden Wirtschaft auch weiterhin als ‚bedürfnisbefriedigenden Mechanismus‘ be-[92]trachtet, so verschließt er die Augen vor der weit wichtigeren Tatsache, daß der Markt zum bedürfnisschaffenden Mechanismus geworden ist.“<sup>98</sup> Zur Veranschaulichung fügt er hinzu: „Die Modeindustrie ist das beste Beispiel für eine Tätigkeit, die ihre Ressourcen nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse verwendet, sondern dazu, Unzufriedenheit zu stiften gegenüber dem, was die Menschen bereits besitzen, so daß noch, völlig angemessene Produkte als veraltet erscheinen.“<sup>99</sup>

Galbraith selbst griff in neuerer Zeit – wobei er sich noch dazu auf die Ideologieauffassung von Marx berief – diese peinliche Frage in einer für einen guten Teil der bürgerlichen Ideologen noch beunruhigenderen Weise auf. In einer seiner Studien schreibt er dazu folgendes: „Die Lehre der Nationalökonomie muß sich lossagen von dem ..., was man für die Souveränität des Konsumenten hält – und, hinsichtlich der Rolle des modernen Staates in der Wirtschaft, auch von dem, was man ‚staatsbürgerliche Souveränität‘ nennt. Tun wir dies nicht, wird die Wissenschaft nicht dazu dienen, und zur Zeit dient sie auch wirklich nicht dazu, die gesellschaftlichen Erscheinungen zu erklären, sondern sie wird zum Mittel der Unterdrückung unangenehmer gesellschaftlicher Schlußfolgerungen und Handlungen.“<sup>100</sup>

An die Stelle der „Souveränität des Konsumenten“ ist – so behauptet Galbraith – die „Souveränität der Produzenten“ getreten, welche die großen Monopole mit Hilfe des Staates besitzen. Die „Souveränität des Konsumenten“ ist in Wirklichkeit die Ideologie der „Souveränität des Produzenten“, weil die Begriffe der „Souveränität der Konsumenten und der staatsbürgerlichen Souveränität die Aufmerksamkeit von den Grundproblemen des ökonomischen und politischen Systems ablenken, so daß damit die Souveränität des Produzenten sowie die Wissenschaft gestärkt wird, die die obigen Begriffe negiert“.<sup>101</sup> Die Konklusion seiner Analyse faßt Galbraith wie folgt zusammen: „Die Wirtschaftslehre kann auch weiterhin an der Souveränität des Konsumenten bequem festhalten, frei von Widersprüchen und in ihren Modellen immer ausgefeilter und vom Leben immer losgelöster – vielleicht auch dramatischer. Oder aber sie akzeptiert die Souveränität des Produzenten – die Folgen der Souveränität der großen Organisationen. „ In diesem Fall wird sie herausfordernd, politisch gefährlich [93] und wird vielleicht für einige Zeit, hinsichtlich ihrer Modelle, die Eleganz vermissen lassen. Aber als Entschädigung wird sie für die unmittelbarsten, furchtbaren Sorgen der Industriegesellschaft wichtig sein.“<sup>102</sup>

Es fällt nicht schwer zu erkennen, daß diese – trotz einiger realer Elemente – verabsolutierte Auffassung von der „Souveränität des Produzenten“ ein sehr einseitiges Bild von der Wirklichkeit der heutigen kapitalistischen Wirtschaft gibt. Man kann auch ohne detaillierte Argumentation unschwer erkennen, daß zum Beispiel die großen Monopole auf dem Markt nicht nur als Verkäufer, sondern auch als Käufer auftreten. In diesem Fall wendet sich ihre ökonomische Macht gegen die Verkäufer, die Produzenten – ganz zu schweigen von den gar nicht so seltenen Fällen, wo die Riesenmonopole –

<sup>98</sup> E. J. Mishan, *The Costs of Economic Growth*, London 1968, S. 111.

<sup>99</sup> Ebenda, S. 144.

<sup>100</sup> J. K. Galbraith, *Economics as a System of Belief*, in: *The American Economic Review*, May 1970, S. 470.

<sup>101</sup> Ebenda, S. 475.

<sup>102</sup> Ebenda, S. 478.

ob nun als Verkäufer oder Käufer – anderen, Line ähnlich starke ökonomische Macht verkörpernden Monopolen gegenüberstehen. Trotz der offensichtlichen Einseitigkeit seiner Theorie bedroht Galbraith mit seiner Auffassung traditionelle Positionen der bürgerlichen Ideologie, woran auch der Umstand im wesentlichen nichts ändert, daß er den Gültigkeitsbereich seiner Anschauungen nicht auf den heutigen Kapitalismus beschränkt, sondern ihn auf die „Industriegesellschaft“ im allgemeinen ausdehnt.

Abgesehen davon, daß der von Galbraith in dieser Studie dargelegte Standpunkt in sich selbst den im weiteren aufgestellten Satz von der Machtlosigkeit der Ideologien in Frage stellt, untergräbt er hier den Grund einer mit der Losung vom „Ende der Ideologie“ auftretenden Richtung an einem sehr wichtigen Punkt.

Die Richtung, die mit der Losung vom „Ende der Ideologie“ Mitte der fünfziger Jahre in Erscheinung trat, weist vor allen Dingen zwei Hauptmerkmale auf: einerseits proklamiert sie – wobei sie sich auf die Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution beruft – das stufenweise Versiegen der Quellen früherer gesellschaftlicher Konflikte und damit das Verschwinden der objektiven Bedingungen des ideologischen Kampfes; andererseits versucht sie – indem sie die heutigen Formen des kapitalistischen Gesellschaft mit vom Klassenstandpunkt neutralen Etiketten versieht – zu beweisen, daß die theoretische Rechtfertigung des Sozialismus veraltet ist. Diese Funktion [94] impliziert eine Konfrontation mit einigen Grundthesen des sogenannten ökonomischen Liberalismus, obwohl diese Konfrontation bei weitem nicht so einschneidend war, wie das auf den ersten Blick erscheinen mag. Sie impliziert weiterhin die tausendfach wiederholte Behauptung, daß der Marxismus unter den Bedingungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur nicht zeitgemäß, sondern generell tot sei. Die Weiterentwicklung der Konzeption vom „Ende der Ideologie“, die durch die Theorie des „neuen Industriestaates“ von Galbraith verkörpert wird, reicht jedoch in einigen wichtigen Punkten über die ursprünglichen Intentionen dieser Auffassung hinaus und gerät zu ihr in Gegensatz.

Die Begründer der Richtung vom „Ende der Ideologie“ mußten sich auf Grund der objektiven Gegebenheiten bis zu einem gewissen Grade von dem früher in erster Linie antisozialistische Argumente liefernden ökonomischen und teilweise politischen Liberalismus abgrenzen, der übrigens als bürgerliche Ideologie auch selbst nicht unverändert blieb. Eben deshalb bewahrt sich der Standpunkt vom „Ende der Ideologie“ – unmaßgeblich modifiziert und den neuen Bedingungen angepaßt – einige vom Standpunkt der bürgerlichen Ideologie *im ganzen* ebenfalls ziemlich schwer zu entbehrende Thesen der Polemik gegen den Sozialismus und den Marxismus-Leninismus.

Man könnte die innere Evolution des bürgerlich-liberalen Standpunkts auch folgendermaßen kurz zusammenfassen: In den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts vertrat diese Strömung – in erster Linie durch Ludwig von Mises – die definitive Ansicht, daß eine zentral geleitete Wirtschaft notwendigerweise funktionsuntüchtig sei, weil das Fehlen des Marktmechanismus Alternativentscheidungen unmöglich mache. (Über diese Frage wurde übrigens Mitte der dreißiger Jahre eine weitestgehend sterile theoretische Diskussion geführt.) Die Tatsachen – die Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft und die Folgen der die kapitalistische Welt erschütternden Wirtschaftskrisen – machten die stufenweise Modifizierung dieses Standpunktes unumgänglich. Das erste wesentliche Zeichen der Modifikation machte sich in der Veränderung der Akzentsetzung seines 1936 geäußerten Standpunkts bei dem ziemlich einflußreichen amerikanischen Öko-[95]nomen F. H. Knight bemerkbar. Er warf zu dieser Zeit der zentralen Leitung der Wirtschaft nicht mehr den Mangel an Effektivität und an Funktionsfähigkeit, sondern Unterdrückung der Freiheit vor. Diese Ansicht formulierte dann in der Folgezeit Hayek am wirkungsvollsten und verteidigt sie ungebrochen bis in die heutige Zeit.

Das Wesentliche seiner Anschauung faßte Hayek 1950 zusammen: „Es liegt offen zutage, daß sich nur wenige Planer mit der Behauptung zufriedengeben, die zentrale Planung wäre wünschenswert. Die meisten behaupten, daß wir keine Wahl mehr haben, sondern durch außerhalb unserer Kontrolle stehende Umstände dazu gezwungen sind, den Konkurrenzkampf durch die Planung zu ersetzen. Sie verbreiten absichtlich den Mythos, daß wir die neue Richtung nicht aus freiem Willen einschlagen, sondern deshalb, weil technologische Veränderungen, denen wir weder ausweichen können noch wollen, auf spontane Art und Weise den Konkurrenzkampf eliminieren. Dieses Argument wird selten

detailliert dargelegt. Es ist eine der Behauptungen, die ein Autor vom anderen übernimmt, bis sie allein durch die Wirkung der ständigen Wiederholung als A-priori-Tatsache akzeptiert wird. Dies entbehrt jedoch jeglicher Grundlage. Monopol und Planung sind nicht Folge außerhalb unserer Kontrolle stehender ‚objektiver Tatsachen‘, sondern Produkt von seit einem halben Jahrhundert genährten und propagierten Standpunkten, die auf diese Weise in unserer ganzen Politik vorherrschend wurden.“<sup>103</sup>

D. Bell charakterisierte nicht grundlos die Situation nach dem Erscheinen von Keynes so: „Das den konservativen Gegenangriff eröffnende Buch war Friedrich Hayeks Buch ‚Der Weg in die Knechtschaft‘. Hayek argumentiert so: ‚Die Laissez-faire-Wirtschaften streben das Gleichgewicht an, und Krisen entstehen vor allem deshalb, weil der Staat willkürlich in den Funktionsablauf der ökonomischen Systeme hineinpfuscht.“<sup>104</sup> Lipset gab bei der im September 1955 in Mailand zum Thema: „Die Zukunft der Freiheit“ geführten Diskussion des „Intellektuellen Weltkongresses“ – wo die Richtung vom „Ende der Ideologie“ offiziell die Fahne einholte – folgenden Bericht: „Am letzten Tag der eine Woche dauernden Konferenz passierte etwas Interessantes. Professor Hayek beschuldigte in seiner Schlußrede die Delegierten, daß sie anstatt die Frei-[96]heit zu beschützen, ihr Begräbnis vorbereiteten. Er war der einzige, den die allgemeine Stimmung beunruhigte. Was ihn störte, war die Übereinstimmung aller Delegierten darin – unabhängig vom politischen Glaubensbekenntnis –, daß zwischen den Linken und Rechten bestehende traditionelle Diskussionsthemen ziemliche Bedeutungslosigkeit erlangt hätten. In der Tat waren sich alle einig darin, daß die Verstärkung der staatlichen Kontrolle, die in allen Ländern zu beobachten war, nicht zum Rückgang der demokratischen Freiheit geführt habe. Die Sozialisten verkündeten nicht mehr den Sozialismus. Sie waren sich ebenso wie die Konservativen der Gefahr des plenipotenten Staates bewußt.“<sup>105</sup>

Die Krise der Ideale des bürgerlichen Liberalismus erscheint in dieser Polemik als „das Ende der ideologischen Epoche“. S. W. Rousseas und J. Ferganis „legen in ihrer oft zitierten Studie diesen Zusammenhang treffend dar: ‚Der Liberalismus ist in diesem Land gestorben und das Ende der Ideologie sein hinterlassenes Erbe.“<sup>106</sup> Die wirkliche Polemik wurde nicht gegen den traditionellen Liberalismus, sondern für eine wirkungsvollere Anpassung der bürgerlichen Ideologie an die neuen Bedingungen geführt, mit der auch gar nicht verheimlichten Zielstellung zu beweisen, daß der Marxismus-Leninismus nicht zeitgemäß sei. In dieser Sache waren sich die rechten Anhänger und die „linken“ bürgerlichen Antipoden von Bell und Lipset völlig einig. Für die ersteren ist der Beitrag von I. Kristol charakteristisch: „Es scheint, als ob Bell unter dem Begriff ‚Ende der Ideologie‘ vor allen Dingen den Zusammenbruch der sozialistischen Idee versteht. Er hat völlig recht, wenn er hierauf die Betonung legt. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß der Zusammenbruch der sozialistischen Idee das auffälligste Ereignis unseres Jahrhunderts in der Geschichte ökonomischen Denkens ist.“<sup>107</sup> Die Meinung der „linken“ Opposition faßte H. D. Aiken treffend zusammen: „Der Zielpunkt ersten Ranges ist für unsere heutigen westlichen Antiideologen natürlich der Marxismus. Und das das Ende der Ideologie voraussagende Ende des Marxismus ist das, wovon sie in erster Linie träumen.“<sup>108</sup> Den ganzen geistigen Gehalt der Richtung vom „Ende der Ideologie“ charakterisiert er folgendermaßen: „Das allgemeine Bild ist eigenartigerweise eine Art Hegelsches ‚Grau in Grau‘. Der einzige [97] Unterschied besteht darin, daß Hegel im Gegensatz zu unseren Antiideologen wußte: Grau in Grau ist die Farbe der Öde, des Spätherbstes und des sich nähernden Winters.“<sup>109</sup>

Wenn wir die Auffassung vom „neuen Industriestaat“, deren ausgereifteste Form wir bei Galbraith finden, mit der traditionellen bürgerlichen Gesellschaftsauffassung vergleichen, stellen wir vor allem in zwei Punkten Abweichungen fest. *Erstens* wurden mit dem Nachweis der Illusion von der „Souveränität des Konsumenten“ alle diejenigen, die die Überlegenheit der „pluralistischen“ Formen der

<sup>103</sup> F. A. Hayek, *The Road to Serfdom*, Chicago 1944, S. 43.

<sup>104</sup> D. Bell, *The End of Ideology*, a. a. O., S. 80.

<sup>105</sup> S. M. Lipset, *Political Man*, New York 1963, S. 440.

<sup>106</sup> S. W. Rousseas und J. Ferganis, *American Politics and the End of Ideology*, in: *The New Sociology. Essays in Social Science and Social Theory in Honor of C. Wright Mills*, New York 1964, S. 270.

<sup>107</sup> I. Kristol, *Keeping up with Ourselves*, in: *The End of Ideology Debate*, a. a. O., S: 113.

<sup>108</sup> H. D. Aiken, *The Revolt Against Ideology*, in: *The End of Ideology Debate*, a. a. O., S. 237.

<sup>109</sup> Ebenda, S. 258.

Industriegesellschaft gegenüber der totalitären Form betonten, um eines ihrer bis dahin wirkungsvollsten Argumente gebracht. *Zweitens* widerspricht sie einem der wichtigsten Ansprüche der Apologetik des Kapitalismus, der Behauptung, daß der heutige Kapitalismus und die Demokratie zusammengehören, daß dagegen Sozialismus und Demokratie nicht zu vereinen sind. (Demgegenüber definiert Galbraith eine der wichtigsten Thesen der *modernisierten* bürgerlichen Apologetik, wenn er verkündet: In der Industriegesellschaft stehen sich nicht Kapitalisten und Arbeiter als Hauptfeinde gegenüber, sondern „Bürokraten“ und eine „intellektuelle Elite“.)

Die konsequente Verfolgung des Standpunkts von der „Entideologisierung“ erweist sich auch für die bürgerliche Ideologie als risikvoll, und so grenzen sich auch diejenigen, die im übrigen zu den bekanntesten Vertretern dieses Standpunkts gehören, von ihm ab. So gelangte D. Bell, als er die Ausichtslosigkeit des Nachhutkampfes nachwies, den Hayek gegen Keynes führte und noch führt, zu der folgenden, zwar zynischen, die Realität jedoch gut widerspiegelnden Meinung: „Kurz gesagt: in Wirklichkeit will keiner den ‚ökonomischen Liberalismus‘ – ausgenommen als Ideologie.“<sup>110</sup> Dieses „ausgenommen als Ideologie“ könnte man auch für eine Art Freudschen Versprechers bei einem der Apostel der Richtung vom „Ende der Ideologie“ halten. Auf jeden Fall macht dies ein Dilemma der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsanschauung deutlich: die Aufgabe, auf der einen Seite den ökonomischen Liberalismus zu verwerfen und auf der anderen einige seiner wichtigsten Thesen zu retten. Auf die praktischen Belange der Lösung dieser Aufgabe verweist die Behauptung von Lipset – einem Geistesfreund von Beil – hin: „Ideologie und Leiden-[98]schaft scheinen in einer reichen und festen Demokratie nicht mehr notwendig zu sein, um den Klassenkampf aufrechtzuerhalten. Offensichtlich werden sie jedoch bei der internationalen Kraftanstrengung gebraucht, die die Errichtung von freien politischen und ökonomischen Institutionen im übrigen Teil der Welt zum Ziel hat. Der ideologische Klassenkampf hat erst innerhalb des Westens sein Ende erreicht.“<sup>111</sup>

Lipset, der sich gemeinsam mit Beil als Vertreter der „demokratischen Linken“, ja sogar des „demokratischen Sozialismus“ bezeichnet und den der „König“ der amerikanischen Soziologen, Talcott Parsons, in einer Weise, die fast in eine Parodie passen könnte, geradezu als den Verkörperer des nicht dogmatischen Marxismus bezeichnete, dieser Lipset beschreibt die heutigen entwickelten kapitalistischen Länder so, als ob sie sich im Zustand einer geradezu vollkommenen Idylle befänden: „Charakteristisch für die gefestigten westlichen Mitte des 20. Jahrhunderts ist, daß sie in einem ‚nachpolitischen‘ Stadium leben ...“<sup>112</sup> „In dieser Veränderung des westlichen politischen Lebens drückt sich die Tatsache aus, daß die politischen Grundprobleme der industriellen Revolution gelöst wurden: die Arbeiter erlangten die industrielle und politische Staatsbürgerschaft, die Konservativen akzeptierten den Wohlstandsstaat, die demokratische Linke ihrerseits hat erkannt, daß eine allzu umfassende Vergrößerung der Staatsgewalt eher die Freiheit gefährdet als ökonomische Probleme löst.“<sup>113</sup> Dieses perfekte innerpolitische Idyll wird durch eine schon an die Grenzen der Idiotie reichende Darstellung der amerikanischen Außenpolitik ergänzt: „Jeder, der sich um ein Verstehen der amerikanischen Außenpolitik bemüht, muß j anerkennen, daß diese – beginnend bei der Zerschlagung der Kolonialherrschaft – in der Hauptsache in der Berufung der Vereinigten Staaten bestand, die Demokratie auszu dehnen und den politischen Imperialismus zu mißbilligen.“<sup>114</sup>

Mit anderen Worten: die führende Strömung in der heutigen Ideologie muß, wenn von der Wirkungsweise der kapitalistischen Wirtschaft die Rede ist, in einigen Punkten gegen die Prinzipien des „ökonomischen Liberalismus“ auftreten. Andererseits braucht sie aber diese Prinzipien – oder wenigstens einige von ihnen –, wenn der geistige Einfluß der gesellschaftlichen Prozesse in den Vordergrund tritt, der es erforderlich [99] macht, diejenigen freien „politischen und ökonomischen Institutionen, die in Wirklichkeit Ausdruck des Systems der bürgerlichen Demokratie sind, auch in den übrigen Teilen der Welt“ zu entwickeln. (Lipset empfiehlt den Führern der Entwicklungsländer direkt, die Entwicklung

<sup>110</sup> D. Bell, *The End of Ideology*, a. a. O., S. 80.

<sup>111</sup> S. M. Lipset, *Political Man*, S. 456.

<sup>112</sup> Ebenda, S. 82.

<sup>113</sup> Ebenda, S. 442-443.

<sup>114</sup> S. M. Lipset, *My View from Our Left*, in: *The End of Ideology Debate*, a. a. O., S. 157.

derartiger Institutionen mit sozialistischen Losungen zu verbinden, da die Volksmassen für diese empfänglich seien.) Der ideologische Kampf hat sein Ende nur dort erreicht, wo sich die „Industriegesellschaft“ mit der „offenen Gesellschaft“, dem „politischen Pluralismus“ paart. Da die durch Galbraith deklarierte „Konvergenz der industriellen Systeme“ jedoch gerade zu entgegengesetzten Folgeerscheinungen führt und damit die Ziellosigkeit des ideologischen Kampfes verkündet wird, bleibt kaum zu erwarten, daß diese Anschauungen allgemeine Anerkennung finden. (Hier sei darauf hingewiesen, daß der oft zitierte – von Galbraith 190 verfaßte – Artikel in mancher Hinsicht ganz andere Schlußfolgerungen suggeriert, als sie in dem Buch „Der neue Industriestaat“ zu finden sind.)

Daneben wird die Verletzung einiger Prinzipien des „ökonomischen Liberalismus“ auch durch den Versuch begründet, die Überlegenheit der westlichen Wirtschaft gegenüber der „Sowjetwirtschaft“ im Auffrischen des von Galbraith als „Volksmärchen“ bezeichneten Satzes zu finden, der besagt, daß der dominierende Faktor im heutigen Kapitalismus nicht die Existenz der Monopole sei, sondern die „Souveränität des Konsumenten“. „Andererseits behält hier der Verbraucher seine Vorrangstellung, was bedeutet, daß die Vorlieben der wirtschaftenden Subjekte dahin tendieren, der Produktion selbst die Richtung zu geben.“<sup>115</sup> Das ist eben der Punkt, wo sich die sogenannten Neoliberalen – die die Wirkung von Keynes gezwungenermaßen offen oder insgeheim anerkennen müssen – scharf gegen die Auffassung von Galbraith wenden, der den Keynesischen Standpunkt weiterentwickelt. Dies brachte G. N. Halm sehr deutlich zum Ausdruck: „In bezug auf die kapitalistischen Wirtschaftssysteme spricht Galbraith von einer ‚Sozialisierung der entwickelten Gesellschaften‘. Die Art und in der er diesen Ausdruck hier gebraucht, ist weit eher beanstanden als bei Keynes, der ihn für die ‚Sozialisierung‘ der staatlichen Kontrolle der gesamten Nachfrage verwendet. Keynes hielt es für wichtig zu betonen: diese Sozialisierung [100] dient der Stärkung des auf Privatunternehmungen basierenden Systems; Galbraith aber verwischt mit der Verwendung dieses Begriffs den Unterschied zwischen Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft.“<sup>116</sup>

Die „Souveränität des Konsumenten“ in der „Industriegesellschaft“ würde bedeuten, daß in all den Ländern, in denen das System der bürgerlichen Demokratie existiert, die Garantie für die Verwendung der Ressourcen der Gesellschaft entsprechend den Interessen der gesamten Bevölkerung gegeben ist. Rostow – neben Burnham die vielleicht trübste Gestalt im amerikanischen Geistesleben und einer der Hauptinspiratoren des schändlichen Krieges gegen das vietnamesische Volk – wollte in seiner fragwürdigen „Wachstumstheorie“ geradezu beweisen, daß die bestehende Machtform die sozialistischen Länder daran hindere, den entwickelten kapitalistischen Ländern in ihre „hochentwickelte Gesellschaft des Massenkonsums“ zu folgen. Aron und Rostow ersetzen den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der den Grundwiderspruch unserer Epoche ausmacht, durch den zwischen Pluralismus und Totalitarismus. Sie schließen sich damit einer Richtung an, deren eigentliches Wertesystem die fanatische Antikommunistin Hannah Arendt – Schülerin von Karl Jaspers – schuf. (Siehe H. Arendt, *The Origins of Totalitarianism*, New York 1951.)

Die Methode von Rostow und seinen Anhängern ist ziemlich einfach: sich auf einige ohne Zweifel zu beobachtende Erscheinungen der Realität berufend, versuchen sie, indem sie diese Erscheinungen in einen völlig falschen gesellschaftlichen Zusammenhang bringen, ihre Schlußfolgerungen irgendwie akzeptabel zu machen. So weisen sie darauf hin, daß in der Sowjetunion – im Gegensatz zu den USA – der kleinere Teil des Nationaleinkommens für die unmittelbare Konsumtion und der größere für die Rüstungsausgaben und Akkumulation verwendet wird. Diese Distribution der Ressourcen erklären sie mit dem bestehenden politischen System, und die Schlußfolgerung ist dann offensichtlich, wie E. Bregel schreibt: „Die Bedingung für den Übergang zur ‚Konsumgesellschaft‘ bildet die grundlegende Umgestaltung des politischen Systems nach dem Muster der bürgerlichen Demokratien. Diese Gruppe von bürgerlichen Ideologen führt demzufolge die [101] Wirkung, die die Existenz des Imperialismus auf die Distribution der wirtschaftlichen Ressourcen – und nicht nur darauf – in den sozialistischen Ländern ausübte und ausübt, nicht auf ihre wirkliche Ursache zurück, sondern auf das

<sup>115</sup> R. Aron, *Die industrielle Gesellschaft*, a. a. O., S. 112.

<sup>116</sup> G. N. Halm, *Will Market Economies and Planned Economies Converge?*, in: *Roads to Freedom*, S. 79.

politische System der sozialistischen Länder, und versucht so durch Vertauschen der tatsächlichen Ursache Argumente für die Richtigkeit ihrer These zu finden.“ Bregel bemerkte treffend, daß sich aus der Theorie der Industriegesellschaft die Annahme der umfassenden Konvergenz beider Systeme nicht notwendigerweise ergibt.<sup>117</sup> In der Tat schwenken diejenigen Vertreter der Theorie der Industriegesellschaft, die die Galbraithsche Definition der „totalen Konvergenz“ ablehnen, zum Popperischen Standpunkt um, weil dieser die heutigen Bedürfnisse der bürgerlichen Apologetik adäquater zum Ausdruck bringt. Dieser Standpunkt fordert eine scharfe Trennungslinie zwischen der mit den Ansprüchen der „offenen Gesellschaft“ abgestimmten „Industriegesellschaft“ und den „Antipoden der offenen Gesellschaft. Aron formulierte diese Unterscheidung folgendermaßen: „Das System der bürokratischen Hierarchie und der autoritativen Planung ist mit der entwickelten Industriegesellschaft vereinbar. Mir scheint es unmöglich zu beweisen, daß die entwickelte Industriegesellschaft zwangsläufig zu solch einem gesellschaftlichen und politischen System führen muß, wie wir es heute im Westen kennen.“<sup>118</sup>

Die Konzeption der „Industriegesellschaft“ bedeutet ohne Zweifel ein Zurückgreifen auf ideologische Illusionen in Verbindung mit der „offenen Gesellschaft“, deren Überwindung ein ernstes Verdienst von Galbraith war. Die heutige bürgerliche Ideologie braucht allerdings viel dringender ideologische Illusionen als eine begrenzt gültige, sich jedoch an einige auffällige Realitäten haltende und so eine Menge interessanter, neuer Momente beinhaltende Darstellung der Wirklichkeit, wie sie in den Arbeiten von Galbraith erscheint. (Behauptungen Galbraith sei der „wahrhaft wissenschaftliche“ Analytiker der Wirtschaft der entwickelten kapitalistischen Länder, sind völlig unhaltbar, da sie den apologetischen Grundton seiner Werke außer acht lassen.) Auf jeden Fall weist dieser Unterschied darauf hin, daß es – wenn wir eine scharfe Trennungslinie zwischen dem Marxismus-Leninismus und jeder Richtung der bürgerlichen Ideologie ziehen – nicht gestattet ist, darüber [102] die oftmals wichtigen Unterschiede innerhalb der bürgerlichen Ideologie zu vergessen.

Die Konzeption vom „Ende der Ideologie“ führte entsprechend ihrer positivistischen Untermauerung – zu einer Bestimmung der Funktion der bürgerlichen politischen Ökonomie, deren Wesen in der Bezweiflung der objektiven Determiniertheit der gesellschaftlichen Entwicklung besteht. Damit bemüht sich diese Konzeption, das klassenmäßige Herangehen an die gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme unserer Epoche für unzeitgemäß zu erklären. Die verschiedenen Varianten der „Industriegesellschaftstheorie“ setzten sich das Ziel, diese Auffassung zu bestätigen. Mit dem Etikett der „einheitlichen industriellen Gesellschaft“ versehen, wollen sie die qualitativen Unterschiede zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus außer acht lassen und die Lösung der brennenden Probleme unserer Epoche vom Kampf zwischen dem Imperialismus und dem Sozialismus trennen. Zu einer Zeit, da die offene Stellungnahme für die bürgerliche Gesellschaft keine besonders dankbare Aufgabe ist, besteht die Funktion der „Industriegesellschaftstheorie“ in der ideologischen Verteidigung des heutigen Kapitalismus.

<sup>117</sup> Siehe E. Bregel, Teorija konergencii duch èkonomičeskich sistem, in: Mirovaja Èkonomika i Meždunarodnye Otnošenija, Januar 1968.

<sup>118</sup> R. Aron, Démocratie et totalitarisme, Paris 1965, S. 450.